

155. Sitzung

Mittwoch, den 25.06.2014

Erfurt, Plenarsaal

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Bleichschmidt, DIE LINKE

14541,
14542,
14542

Eckardt, SPD

14541,
14542

Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

14543

**a) Aktuelle Stunde auf Antrag
der Fraktion der FDP zum Thema:
„Wie weiter mit der Spielbank
Erfurt? - Konsequenzen
aus dem Rückzug des Spielbankbetreibers“**

14544

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags

- Drucksache 5/7901 -

Barth, FDP

14544,
14545

Hey, SPD

14545

Huster, DIE LINKE

14546

Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

14547

Gumprecht, CDU

14547

Geibert, Innenminister

14548

**b) Aktuelle Stunde auf Antrag
der Fraktion DIE LINKE zum
Thema: „Gute Löhne auch in
Thüringen stärken - Schluss
mit der Niedriglohnstrategie“**

14549

Unterrichtung durch die Präsi-
dentin des Landtags
- Drucksache 5/7910 -

Leukefeld, DIE LINKE

14549,
14557,
14558, 14558
14549
14550
14551,
14552,
14559
14552,
14554,
14560
14554
14558
14559,
14559

Holzappel, CDU
Kemmerich, FDP
Weber, SPD

Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Höhn, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie
Barth, FDP
Heym, CDU

**c) Aktuelle Stunde auf Antrag
der Fraktionen der CDU und
der SPD zum Thema: „Hohe
Schrecke - Alter Wald mit Zu-
kunft“ - Touristisches Potenzial
einer Region“**

14561

Unterrichtung durch die Präsi-
dentin des Landtags
- Drucksache 5/7914 -

Holbe, CDU
Kummer, DIE LINKE
Mühlbauer, SPD
Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

14561
14562
14562
14563,
14567
14564
14565
14566
14566

Hitzing, FDP
Korschewsky, DIE LINKE
Weber, SPD
Reinholz, Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz

**d) Aktuelle Stunde auf Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN zum Thema: „Rote
Karte für Fracking in Thürin-
gen - mit oder ohne gefährli-
che Chemikalien“**

14567

Unterrichtung durch die Präsi-
dentin des Landtags
- Drucksache 5/7915 -

Aussprache

Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Primas, CDU

14567,
14568
14569

Kummer, DIE LINKE	14570
Hitzing, FDP	14571, 14572
Weber, SPD	14572
Reinholz, Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz	14573

**Erarbeitung eines modernen
Sportberichts mit Perspektiven
für den Sport in Thüringen
hier: Nummern I, III und IV** 14573

Antrag der Fraktionen der CDU
und der SPD
- Drucksache 5/6126 -
dazu: Beschlussempfehlung des
Ausschusses für Soziales,
Familie und Gesundheit
- Drucksache 5/7878 -

Die Nummern I, III und IV des Antrags werden angenommen.

Meißner, CDU	14574, 14586
Pelke, SPD	14574
Koppe, FDP	14577
Grob, CDU	14579
Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	14581
Korschewsky, DIE LINKE	14583
Taubert, Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit	14586

Anwesenheit der Abgeordneten:**Fraktion der CDU:**

Carius, Diezel, Emde, Grob, Groß, Gumprecht, Heym, Holbe, Holzapfel, Kellner, Kowalleck, Krauß, von der Krone, Lehmann, Lieberknecht, Meißner, Mohring, Primas, Reinholz, Scherer, Tasch, Dr. Voigt, Walsmann, Wetzel, Worm, Wucherpennig

Fraktion DIE LINKE:

Bärwolff, Berninger, Blechschmidt, Hausold, Hellmann, Hennig-Wellsow, Huster, Jung, Kalich, Dr. Kaschuba, Dr. Klaubert, König, Korschewsky, Kubitzki, Kummer, Kuschel, Leukefeld, Lukasch, Dr. Lukin, Möller, Nothnagel, Ramelow, Dr. Scheringer-Wright, Sedlacik, Skibbe, Stange

Fraktion der SPD:

Baumann, Döring, Doht, Eckardt, Dr. Hartung, Hey, Höhn, Kanis, Künast, Marx, Matschie, Mühlbauer, Pelke, Dr. Pidde, Scheerschmidt, Taubert, Weber

Fraktion der FDP:

Barth, Bergner, Hitzing, Kemmerich, Koppe, Sparmberg, Untermann

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Adams, Dr. Augsten, Meyer, Rothe-Beinlich, Schubert, Siegesmund

Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:

Ministerpräsidentin Lieberknecht, die Minister Matschie, Carius, Geibert, Gnauck, Höhn, Reinholz, Taubert

Beginn: 14.01 Uhr

Präsidentin Diezel:

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich begrüße Sie herzlich zur heutigen Sitzung des Thüringer Landtags, die ich hiermit eröffne. Ich begrüße die Gäste auf der Zuschauertribüne und die Vertreterinnen und Vertreter der Medien.

Für die Plenarsitzung hat als Schriftführer der Abgeordnete Koppe neben mir Platz genommen und die Redeliste führt Frau Abgeordnete Kanis.

Es haben sich entschuldigt: Herr Abgeordneter Günther, Herr Abgeordneter Bergemann, Herr Abgeordneter Fiedler, Herr Abgeordneter Gentzel, Herr Abgeordneter Metz, Herr Abgeordneter Schröter, Herr Minister Dr. Poppenhäger, Frau Ministerin Lieberknecht zeitweise und Herr Minister Dr. Voß.

Gestatten Sie mir folgende allgemeine Hinweise: Das Präsidium des Landessportbundes Thüringen hat für heute Abend zu einem parlamentarischen Abend in das Haus des Sports in der Werner-Seelenbinder-Straße eingeladen. Nach Ende der Plenarsitzung um 19.00 Uhr soll dieser parlamentarische Abend beginnen.

Der Ältestenrat hat gemäß § 17 Abs. 4 Satz 1 der Geschäftsordnung Herrn Jens Jeske eine Dauergenehmigung für Bild- und Tonaufnahmen erteilt. Die Fraktionen der CDU, DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben mich darüber unterrichtet, dass durch deren Mitarbeiter Heiko Senebald (CDU-Fraktion), Annette Rudolph, Stefan Wogawa und Peter Lahn (Fraktion DIE LINKE), Elisabeth Lier und Daniel Iliev (SPD-Fraktion) sowie Thomas Tappert, Jörg Schwabe, Katharina Bautz und Silke Fließ (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) in den Juni-Plenarsitzungen von den dafür vorgesehenen Flächen im Plenarsaal Bild- und Tonaufnahmen von den Abgeordneten der jeweiligen Fraktionen gefertigt werden sollen. Die Fraktion der FDP hat Frau Catherine Ouvrier und Lena Liberta von Salve.TV beauftragt. Gemäß Ältestenratsbeschluss vom 15. Dezember 2009 ist dazu keine Genehmigung, sondern lediglich die Unterrichtung der Präsidentin erforderlich. Ich habe die Parlamentarischen Geschäftsführer vorab informiert.

Kommen wir zur Tagesordnung. Dazu folgende Hinweise: Der Ihnen vorliegenden Neufassung der Tagesordnung können Sie entnehmen, dass die Tagesordnungspunkte 2, 4, 7 a, b und c sowie 11 a und b abgesetzt wurden, weil die zuständigen Ausschüsse noch nicht abschließend beraten haben.

Der Tagesordnungspunkt 30 a wurde gemäß § 77 Abs. 4 Geschäftsordnung auf die Tagesordnung gesetzt und wird in diesen Plenarsitzungen auf jeden Fall aufgerufen.

Außerdem wurde die Tagesordnung um die Aktuellen Stunden ergänzt.

Die Fraktionen sind im Ältestenrat übereingekommen, dass am Donnerstag der Tagesordnungspunkt 1, die Regierungserklärung, als erster und der Tagesordnungspunkt 29, Beratung der Großen Anfrage „Wasser- und Abwasserpoleik“, gegen 17.00 Uhr als letzter Punkt aufgerufen werden.

Am Freitag werden der Tagesordnungspunkt 27, Arbeitsbericht des Petitionsausschusses, als erster und der Tagesordnungspunkt 30, Beratung der Großen Anfrage „20 Jahre Hungerstreik in Bischoferode - Schlussfolgerungen auch noch heute“ gegen 18.00 Uhr als letzter Punkt aufgerufen.

Gibt es weitere Änderungen zur Tagesordnung? Ja. Bitte schön, Herr Abgeordneter Blechschmidt.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Danke, Frau Präsidentin. Namens meiner Fraktion und im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantrage ich die Aufnahme der Drucksache 5/7927 „Abschiebestopp in die Balkanstaaten aufgrund der Flutkatastrophe“ in die aktuelle Tagesordnung. Die Begründung der Dringlichkeit wird die Kollegin Astrid Rothe-Beinlich vornehmen.

Präsidentin Diezel:

Ich sammle erst einmal die Anträge und dann machen wir das mit der Dringlichkeit. Herr Abgeordneter Eckardt, bitte.

Abgeordneter Eckardt, SPD:

Frau Präsidentin, namens der Koalitionsfraktionen beantrage ich, die Drucksache 5/7742 „Thüringer Gesetz über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung“ und die dazugehörige Beschlussempfehlung in der Drucksache 5/7879 in die Tagesordnung aufzunehmen und sie nach den zweiten Lesungen der Gesetze einzuordnen, des Weiteren die Drucksache 5/7716 „Thüringer Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Errichtung und den Betrieb einer gemeinsamen JVA in Zwickau“ und die dazugehörige Beschlussempfehlung mit der Drucksache 5/7871 in die Tagesordnung aufzunehmen und diese am Freitag nach dem Bericht des Petitionsberichts abzuordnen. Minister Poppenhäger ist zur Justizministerkonferenz in Berlin, sein Staatssekretär ist zur Kur, daher also die Bitte, dies am Freitag zu behandeln.

Des Weiteren beantrage ich, den TOP 6 „Thüringer Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher Vorschriften“ von der Tagesordnung dieser Plenarsitzung abzusetzen und in Absprache aller Fraktionen den TOP 9 „Erarbeitung eines modernen Sportberichts mit Perspektiven für den Sport in Thüringen“ heute

(Abg. Eckardt)

als letzten Tagesordnungspunkt zu behandeln. Wir sind heute Abend, wie Sie schon gesagt haben, beim LSB zum parlamentarischen Abend eingeladen und da haben die Fraktionen empfunden, dass dies ein hervorragender Platz wäre, diesen Tagesordnungspunkt zu behandeln.

Präsidentin Diezel:

Gut. Dann beginnen wir mit der Absetzung des Tagesordnungspunkts 6, das brauchen wir nicht abzustimmen. Doch? Gut, dann stimmen wir darüber ab. Wer den Tagesordnungspunkt 6 abgesetzt haben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen der CDU, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Fraktion DIE LINKE. Wer ist dagegen? Dagegen sehe ich niemanden. Wer enthält sich? Es enthält sich die Fraktion der SPD und es enthält sich Frau Berninger von der Fraktion DIE LINKE

(Zwischenruf Abg. König, DIE LINKE: ... und Herr Hellmann und die FDP.)

und Frau Dr. Scheringer-Wright. Damit ist der Tagesordnungspunkt von unserer heutigen Plenarsitzung abgesetzt.

Wir kommen zum nächsten Antrag, und zwar geht es hier um die Aufnahme des Thüringer Gesetzes zu dem Staatsvertrag über die Errichtung und den Betrieb einer gemeinsamen Justizvollzugsanstalt in Zwickau in zweiter Beratung in der Drucksache 5/7871. Die Frist ist - es ist verteilt - innerhalb von zwei Werktagen. Es liegt Ihnen allen vor. Wir brauchen hier daher nur die einfache Mehrheit. Wer dafür ist, dass wir das - und das wurde beantragt - am Freitag - da Herr Minister Dr. Poppenhäger am Freitag, aber nicht am Donnerstag anwesend ist - als zweiten Tagesordnungspunkt behandeln... Dann stimmen wir als Erstes über die Aufnahme ab und dann über die Platzierung.

Wer dafür ist, dass wir diese Drucksache 5/7871 - Justizvollzugsanstalt in Zwickau - auf die Tagesordnung am Freitag nehmen, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Da sehe ich die Zustimmung der CDU-Fraktion, SPD-Fraktion, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Wer ist dagegen? Dagegen ist die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? Ich sehe keine Enthaltung. Damit ist dieser Punkt auf der Tagesordnung. Jetzt noch einmal: zweiter Tagesordnungspunkt am Freitag, wer möchte das? Bitte? Geschäftsordnung?

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, der Antrag lautete, nach den Gesetzen einordnen. Wir wissen nicht, wie morgen abgearbeitet wird, nach den zweiten Beratungen der Gesetze war der Antrag.

Präsidentin Diezel:

Nein, nein. Das war das Patientenmobilitätsgesetz.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Und dennoch, wenn die noch nicht abgearbeitet sind, kommen die erst an dieser Stelle und nicht gleich auf dem Punkt 2, demzufolge erst dann, wenn die Gesetze abgearbeitet sind. Das ist der Antrag und so würde ich ihn auch verstehen.

Präsidentin Diezel:

Jetzt fragen Sie noch einmal den Antragsteller, wie er es möchte. Herr Eckardt.

Abgeordneter Eckardt, SPD:

Sollten wir am morgigen Donnerstag mit den zweiten Beratungen der Gesetze noch nicht durch sein, dass es dann hinter den zweiten Beratungen angesetzt wird. Aber da ich davon ausgehe, dass wir morgen die zweiten Beratungen schaffen, bitte ich darum, das am Freitag nach dem Bericht des Petitionsausschusses zu behandeln.

Präsidentin Diezel:

Das ist wieder so ein „sollte“. Zweiter Punkt nach dem Petitionsausschuss, also der Punkt nach dem Petitionsausschuss, also zweiter Tagesordnungspunkt am Freitag. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? Ich sehe keine Gegenstimmen. Wer enthält sich? Es enthalten sich die Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die FDP-Fraktion.

Dann kommen wir zum Thüringer Patientenmobilitätsgesetz, auch in zweiter Beratung. Die entsprechende Beschlussempfehlung liegt Ihnen ebenfalls in der Drucksache 5/7879 vor. Die Frist von zwei Tagen ist eingehalten, wir können also mit einfacher Mehrheit entscheiden. Das sollte an die Gesetze nach der zweiten Lesung angeschlossen werden. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen der CDU, der SPD und die Fraktion DIE LINKE. Wer ist dagegen? Ich sehe keine Gegenstimmen. Wer enthält sich? Es enthalten sich die Fraktionen der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke schön. Dann verfahren wir so.

Es wurde der Antrag gestellt, heute nach der Aktuellen Stunde den Tagesordnungspunkt 9 aufzurufen. Das ist der Sportbericht. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Ich sehe Zustimmung aus allen Fraktionen. Wer ist dagegen? Ich sehe keine Gegenstimmen. Wer enthält sich? Ich sehe auch keine Enthaltungen. Dann würden wir so verfahren, den Tagesordnungspunkt 9 heute nach der Aktuellen Stunde aufzurufen.

(Präsidentin Diezel)

Es gibt den Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE über die Aufnahme des Antrags „Abschiebestopp für die Balkanstaaten“ in der Drucksache 5/7927 und den würde Frau Rothe-Beinlich begründen. Bitte schön.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE haben einen Antrag eingebracht, der einen Abschiebestopp in die Balkanstaaten aufgrund der Flutkatastrophe vorsieht. Sie alle wissen vermutlich um die schwierige Situation in den Ländern des Westbalkans und erst vor fünf Tagen hat es eine erneute Flutkatastrophe in Bulgarien gegeben. Es wird noch Monate dauern, bis in diesen Ländern ein halbwegs normales Leben wieder einkehrt. Warum dieser Dringlichkeitsantrag? Ich glaube, es erschließt sich von selbst. Eine solche Extremwetterlage hat extreme Folgen für die Betroffenen und das in ganz besonderer Weise für die Minderheitenangehörigen in diesen Ländern - in Serbien, Mazedonien und in Bosnien. Es ist die schlimmste Flutkatastrophe auf dem Balkan seit Beginn der Wetteraufzeichnungen und mehr als eine Million Menschen sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. Viele Dutzend Menschen haben ihr Leben in den Fluten verloren und zehntausende Häuser und Wohnungen sind im Zusammenhang mit der Flut zerstört worden, Verkehrswege sind kaum passierbar, auch die Landwirtschaftsbetriebe und ganze Ernten sind verloren gegangen, etwa 80.000 Hektar Ackerland wurden überflutet. Auch jetzt sind noch viele Menschen ohne Strom und Frischwasserversorgung. Flut und Erdbeben in den Landstrichen haben diese faktisch vernichtet. Zehntausende Menschen sind obdachlos geworden und durch das verendete Vieh, was sich an vielen Orten findet, steigt zudem die Gefahr von Seuchen. Außerdem sind die Lebenshaltungskosten in der Region seit der Flut drastisch gestiegen. Es gibt einen Mangel an Medikamenten und Nahrung. Besondere Gefahren entstehen durch die im Zusammenhang mit der Flut verrutschten Landminenfelder. Erst 70 Prozent der Minenfelder in den ehemaligen Kriegsgebieten sind überhaupt gefunden worden.

Ein Abschiebestopp gerade für diskriminierte Minderheitenangehörige ist also dringend vonnöten, weil in den betroffenen Gebieten menschenwürdige und sichere Lebensbedingungen und angemessene Wohnverhältnisse derzeit weder absehbar sind, noch garantiert werden können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, am Freitag in der letzten Woche war Weltflüchtlingstag. An diesen Tag haben viele erinnert, auch aus diesem Haus, so auch die SPD-Fraktion. Die SPD-Fraktion hat aus Anlass des Weltflüchtlingstages Innenmini-

ster Geibert und die Ministerpräsidentin aufgefordert, sich für einen vorläufigen Abschiebestopp für Ägypterinnen und Ägypter sowie für Roma und Aschkali in den Ländern des Westbalkans einzusetzen. Gestatten Sie mir ein Zitat aus der Pressemitteilung der SPD-Fraktion dazu: „Es wäre unzumutbar und herzlos, diese Menschen jetzt in eine Region zurückzuschicken,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die gerade von einer verheerenden Flutkatastrophe heimgesucht wurde’, sagt SPD-Flüchtlingspolitikerin Regine Kanis mit Blick auf den morgigen Weltflüchtlingstag. ‚Flüchtlingspolitik darf nicht nur eine Worthülse sein, sie muss konkret werden,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wenn Menschen nachweislich in Not sind oder geraten könnten’, betont Kanis. In der SPD herrsche Einigkeit darüber, dass die oben genannten Menschen wegen der besonderen Umstände in ihrem Heimatland auch besondere Rücksicht verdienen.“

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE: Wir werden sehen.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben das sehr ernst genommen und deswegen heute diesen Antrag in den Landtag eingebracht. Wir hoffen, dass dieser natürlich auch im Rahmen der Plenarsitzung behandelt wird, denn wie Sie alle wissen, ist die Situation jetzt akut und rechtlich möglich ist es auch, einen solchen Abschiebestopp in Thüringen herbeizuführen. Gemäß § 60 a des Aufenthaltsgesetzes kann die oberste Landesbehörde aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen anordnen, dass die Abschiebung von Ausländergruppen allgemein oder in bestimmte Staaten für sechs Monate ausgesetzt wird. Insoweit hoffen wir natürlich auf eine breite Unterstützung aus allen Fraktionen und hoffen, ein humanitäres Zeichen aus Thüringen zu setzen. Wir setzen auf Ihre Zustimmung. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Möchte jemand gegen die Dringlichkeit sprechen? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Der Antrag wurde nicht in der nach § 51 Geschäftsordnung vorgesehenen Frist von sieben Tagen verteilt,

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Ich widerspreche.)

deshalb ist er mit Zweidrittelmehrheit zu beschließen, wenn jemand widerspricht. Danke.

(Präsidentin Diezel)

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer mit der Aufnahme in die Tagesordnung und der Verkürzung der Frist einverstanden ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die FDP. Wer ist dagegen? Dagegen sind die Fraktionen der CDU und der SPD. Wer enthält sich? Es enthält sich niemand. Damit ist die Dringlichkeit abgelehnt und die Aufnahme nicht möglich.

Gibt es weitere Anträge zur Tagesordnung? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann treten wir in die Tagesordnung ein und ich rufe den **Tagesordnungspunkt 32**, Aktuelle Stunde, auf.

Die Fraktionen der FDP, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben jeweils eine Aktuelle Stunde eingereicht. Die Fraktionen der CDU und der SPD haben eine gemeinsame Aktuelle Stunde eingereicht. Jede Fraktion hat in der Aussprache eine Redezeit von 5 Minuten für das Thema. Die Redezeit der Landesregierung beträgt grundsätzlich 10 Minuten für jedes Thema. Hat die Landesregierung eine Redezeit von mehr als 10 Minuten in Anspruch genommen, so verlängert sich die Aussprache für die jeweiligen Themen um die über 10 Minuten hinausgehende Zeit. Die Aufteilung der Verlängerungszeit auf jede Fraktion erfolgt zu gleichen Teilen.

Ich rufe auf den **ersten Teil** der Aktuellen Stunde

a) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der FDP zum Thema: „Wie weiter mit der Spielbank Erfurt? - Konsequenzen aus dem Rückzug des Spielbankbetreibers“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/7901 -

Als Erstes zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Uwe Barth von der FDP-Fraktion. Bitte.

Abgeordneter Barth, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, der Presse haben wir in der letzten Woche entnommen, dass der Betreiber der Spielbank Erfurt zum Jahresende seine auslaufende Konzession nicht verlängern wird, was wieder einmal zur Frage nach der Zukunft der Spielbank hier in der Landeshauptstadt führt. Die FDP-Fraktion hat diese Frage der Landesregierung in den letzten Jahren immer wieder mal gestellt und wir haben als Antwort wiederholt zu hören bzw. zu lesen bekommen, „dass die Landesregierung in angemessener Zeit vor Ablauf der aktuellen Konzession entschieden wird, ob es ein neues Konzessionsverfahren gibt, und der Landtag im Rahmen der Berichterstattung durch die Landesregierung unterrichtet wird“.

Das mit der Berichterstattung hat geklappt - siehe oben, in der Zeitung hat es gestanden. Ob das so gemeint war, lasse ich jetzt mal offen.

(Beifall FDP)

Festhalten können wir, dass die Landesregierung offenbar nichts getan hat, um die Weichen für eine Zukunft der Spielbank zu stellen, sie will den Laden dichtmachen. Für meine Fraktion will ich sagen, wir halten das zumindest für eine vorschnelle Entscheidung.

Es ist richtig, es besteht keine Verpflichtung des Freistaats, eine Spielbank vorzuhalten. Gleichwohl kann es aus Sicht der FDP sinnvoll sein, dass es in Thüringen eine Spielbank gibt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es steht nämlich nirgends geschrieben, dass das Land deren Betreiber oder auch nur deren größter Sponsor sein muss, wie das in den letzten Jahren gewesen ist.

(Beifall FDP)

Aber eine Spielbank mit einem seriösen Betreiber ist ein Standortfaktor für eine Landeshauptstadt und sie bringt auch Einnahmen. Alle, die jetzt lachen und die sonst so gerne Geld ausgeben hier in diesem Hohen Hause, müssen sich diesem Gedanken zumindest auch einmal nähern.

(Beifall FDP)

Die Frage des Betreibers, meine Damen und Herren, ist in verschiedenen Bundesländern ganz unterschiedlich entschieden. Es gibt staatliche und es gibt auch private Betreiber. In Thüringen hat die landeseigene Spielbankgesellschaft vor vielen Jahren Räumlichkeiten für mehr als 25 €/m² angemietet und diese dann an den Betreiber der Spielbank für 10 €/m² weitervermietet. Dass das zunächst mal nur ein Erfolgsmodell für den Betreiber ist, liegt auf der Hand. Im Laufe der Jahre hat dieses Modell den Freistaat mehr als 2 Mio. € gekostet. Im Gegenzug - hören Sie auch weiter zu, Herr Ramelow - sind auch Einnahmen in den Landeshaushalt geflossen. Seit 2007 hat der Freistaat jährlich 1,6 Mio. € vom Bund als Kompensation für die eingeführte Umsatzsteuerpflicht erhalten. Zusammen mit den 700.000 €, die die Spielbank im Schnitt im Jahr an Umsatzsteuer bezahlt hat, und 200.000 € Spielbankabgabe fehlen dem Finanzminister im Jahr ungefähr 2,5 Mio. € in seinem Haushalt. Der eingesparte Mietzuschuss von eben käme noch dazu, wenn man das ordentlich macht. Aus Sicht der FDP-Fraktion, meine Damen und Herren, sollte die Landesregierung aus diesem Grund zumindest ernsthaft darüber nachdenken, diese Konzession neu auszuschreiben und in einem transparenten Verfahren von Interessenten entsprechend Angebote zu erbitten.

(Beifall FDP)

(Abg. Barth)

Klar ist für die FDP erstens, der Freistaat Thüringen darf sich an dieser Spielbank finanziell weder direkt noch indirekt beteiligen. Wenn es einen privaten Investor gibt, der das wirtschaftliche Risiko eines Spielbankbetriebes tragen will, der ein wirtschaftlich tragfähiges Konzept vorlegt und der natürlich auch die notwendige Zuverlässigkeit nachweisen kann, dann gibt es keinen Grund, eine Konzession nicht zu erteilen.

(Beifall FDP)

Und klar ist für uns zweitens, der Freistaat ist angehalten, der Glücksspielsucht entgegenzuwirken. Die wirksame Maßnahme dazu ist es, Glücksspiel zu kanalisieren, in einem staatlichen Ordnungsrahmen und unter staatlicher Aufsicht anzubieten. Dass dazu der Staat und nur der Staat als Betreiber auftreten müsse, ist keineswegs zwingend.

(Beifall FDP)

Wer so denkt und, beispielsweise wie bei der Erteilung der Konzessionen für Sportwetten, Möglichkeiten, Regeln für gutes Glücksspiel zu setzen, seit mittlerweile zwei Jahren nicht nutzt, der handelt am Ende im Sinne der Suchtbekämpfung kontraproduktiv, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP)

Menschen warten, wenn sie spielen wollen, nämlich nicht auf staatlich lizenzierte, auf legale Angebote, Spieler weichen aus und suchen sich andere Möglichkeiten im Internet. Die Spiele dort sind dann natürlich unreglementiert und auch unkontrolliert, meine sehr verehrten Damen und Herren. Der Blick über die Grenzen

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Da haben sie Pech gehabt.)

- da haben sie Pech gehabt, genau, auch ein guter Ansatz. In Hessen bestehen drei Spielbanken, ebenso in Brandenburg und Sachsen. In Sachsen-Anhalt hat es im letzten Jahr eine Ausschreibung gegeben, da hat ein privater Investor eine Konzession für bis zu drei Standorte bekommen. Wir finden, was in Hessen, in Sachsen, in Sachsen-Anhalt und in Brandenburg möglich ist, das sollte in Thüringen doch nicht von vornherein ausgeschlossen sein. Deshalb wollen wir heute mit dieser Aktuellen Stunde versuchen, zumindest den Appell loszuwerfen: Schreiben Sie die Konzession für die Spielbank Erfurt aus und überprüfen Sie dann, wenn Sie Angebote vorliegen haben, ob die Betreiber, die sich bewerben, seriös sind

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Barth, FDP:

- vielen Dank, Frau Präsidentin, ich bin auch beim letzten Satz -, ob die Betreiber seriös sind und ein staatlich reglementiertes und auch die Spielsucht bekämpfendes Glücksspielangebot anbieten können. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Matthias Hey das Wort.

Abgeordneter Hey, SPD:

Frau Präsidentin, vielen Dank. Meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt hat Herr Barth begründet, was Anlass der FDP-Fraktion war, diese Aktuelle Stunde anzusetzen. Wir wissen also, die WestSpiel GmbH zieht sich zurück, es gab rückläufige Besucherzahlen und alle anderen Gründe, die den Betreiber legitimerweise dazu bewogen haben, Erfurt aufzugeben. Aber es ist immer ganz gut, den Titel der Aktuellen Stunde, das ist die Drucksache 5/7901, noch einmal genau zu lesen. Da heißt es: „Wie weiter mit der Spielbank Erfurt?“ und „Konsequenzen aus dem Rückzug des Spielbankbetreibers“. Wenn wir ganz hinten anfangen bei „Konsequenzen aus dem Rückzug des Spielbankbetreibers“, der möchte also in Erfurt dieses Geschäftsmodell nicht fortführen, ist es ganz einfach: Die Spielbank in Erfurt wird geschlossen. Punkt. Das wissen wir jetzt auch aus der Zeitung, Sie haben es vorhin schon so geschildert.

Nun hat das Kabinett - und man kann über die Landesregierung immer geteilter Meinung sein und die Opposition schimpft immer darüber und die Regierungskoalition findet das in der Regel immer ganz toll, was die Minister machen - entschieden, die Konzession für den Zeitraum nach dem 31.12.2014 fortzuführen, nicht mehr zu verlängern. Damit, muss ich sagen, endet ein mehr als zehnjähriges Trauerspiel für diesen Freistaat Thüringen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Barth, nehmen Sie es mir nicht übel, aber wir müssen hier auch mal wissen, worüber wir heute eigentlich reden. Wenn Sie mal eine richtige Spielbank sehen wollen, dann fahren Sie bitte nach Baden-Baden, fahren Sie nach Wiesbaden,

(Zwischenruf Abg. Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nach Las Vegas.)

fahren Sie nach Bad Homburg. Es gibt Leute, die finden das schön, das ist ein mondäner Auftritt, da gibt es wie im Film diese großen Spieltische, wo man Roulette mit den Croupiers spielen kann, es gibt die Herren im Sakko und mit Fliege und Kra-

(Abg. Hey)

watte und im Smoking, die Dame in der Abendgarderobe - das ist ja auch ein schönes Ambiente. Aber dann gehen Sie bitte einmal und kommen in der Realität an, Herr Barth, dann gehen Sie bitte einmal an den Theaterplatz 2 nach Erfurt. Da gibt es überhaupt keinen Roulettetisch. Es gibt ein elektronisches Roulette, es gibt ein paar einarmige Banditen. Wir reden hier über ein besseres Kasino, über eine bessere Spielhalle, darüber reden wir. Und wenn Sie das dann wissen, dann wissen Sie auch, was allein um diese Einrichtung in den letzten zehn Jahren hier in diesem Hohen Hause gestritten und debattiert und diskutiert wurde und wie viel Lebenszeit da draufgegangen ist, eigentlich, wie gesagt, für eine bessere Spielhalle. Mein Kollege Günter Pohl, 2004 hat er vor mehr als zehneinhalb Jahren als Fraktionär der SPD hier vorne gestanden und damals gesagt: Die Einrichtung einer Spielbank steht unter keinem guten Stern. Ich kann das nur unterstreichen, weil Sie das ganze Theater, Herr Barth, auch kennen, mit dem Untersuchungsausschuss, mit dieser damaligen Patronatserklärung, mit dem Zuschuss des Freistaats, 2,2 Mio. € hat das im Prinzip gekostet. Mal geradeso hat sich das gerechnet, Sie haben es eben im Prinzip mit dargestellt. Aber die Erwartungen an diese Spielhalle, die sind in keinem Fall erfüllt worden, weil man damals in einer Art von Großmannssucht in Erfurt auch mal ein bisschen Wiesbaden spielen wollte, auch mal ein bisschen Bad Homburg, und das hat nicht geklappt.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Aber in Halle klappt es.)

Deswegen bleibe ich dabei, das Kabinett hat eine sehr weise Entscheidung getroffen, denn schlussendlich, Herr Barth, ist es so: Damals wurde eine politische Entscheidung hier in diesem Hohen Hause getroffen, die keiner so richtig verstanden hat, mit Geld, das schon damals der Freistaat so gar nicht richtig besessen hat, für eine Spielbank, die eigentlich gar keine war, sondern nur ein besseres Kasino ist, das heute keiner mehr will. In diesem Sinne, denke ich, ist es gut, wenn sich am 31.12. dort zum letzten Mal die Türen öffnen, und wenn wir Silvester feiern, dann feiere ich mit Ihnen auch gerne mit, wie es sich als Sozialdemokrat gehört, auch mit einem Glas „Rotkäppchen“. Ich sage für die Spielbank „Rien ne va plus“, das ist gut so für uns beide, dann „Prost“. In diesem Sinne: Danke fürs Zuhören.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Für die Fraktion DIE LINKE spricht der Abgeordnete Mike Huster.

Abgeordneter Huster, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir als Fraktion DIE LINKE begrüßen die angekündigte Schließung des Erfurter Kasinos.

(Beifall DIE LINKE)

Dieser hochsubventionierte Unsinn, den wir allein dem Spieltrieb einer alleinregierenden CDU besonders in den Jahren 1999 bis 2009 zu verdanken haben, wird endlich beendet und wir sind froh, dass dieses Zocken mit Steuergeldern endlich aufhört.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn die Kehrseite, meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses und vieler anderer CDU-Prestige-Projekte sind unsere hohen Schulden und hohen Zinszahlungen im Land, die unsere derzeitigen und künftigen finanziellen Spielräume mindern.

Bereits seit langer Zeit fordern wir, dass es keine neue Konzession nach 2014 geben soll und es ist gut, wenn die Landesregierung nun offenbar auch zu dieser Einsicht kommt.

Ich erinnere an die unrühmliche Rolle, die das Kasino in einem Untersuchungsausschuss 4/1 in der 4. Legislatur des Landtags spielte. Ich erinnere daran, dass der damalige Finanzminister unter Missachtung des Parlaments eine harte Patronatserklärung ohne haushaltsrechtliche Grundlage abgegeben hat. Damit wurden die hohen Mietzahlungen für zehn Jahre vom Land abgesichert, fast 20.000 € im Monat, Jahr für Jahr. GA-Fördermittel in Millionenhöhe flossen in das Gesamtprojekt „Hotel/Spielbank“, während sich die finanziellen Erwartungen an die Spielbank nie erfüllt haben.

Bei der Beratung des Thüringer Spielbankgesetzes hier im 1. Thüringer Landtag hörte sich das ganz anders an. Am 21.10.1993 führte der damalige Innenminister Schuster, CDU, aus - ich zitiere, Frau Präsidentin -: „Ein solches Gesetz hat natürlich auch eine weitere Triebfeder, nämlich die, dass Spielbanken traditionelle Einnahmequellen des Staates sind. Dies wird deutlich, wenn man sich vor Augen hält, dass eine mittelgroße Spielbank heute etwa 20 bis 30 Mio. DM jährlich an Gewinnen abwirft.“ Die Realität zeigte, gerade mal ein Zehntel der versprochenen Mittel kamen im Landeshaushalt an.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Spielbank konnte nur durch staatliche Subvention betrieben werden. Sobald es kein Geld mehr vom Staat gibt, macht der Betreiber den Laden dicht. Damit wird wieder einmal klar, wie die CDU mit dem Geld der Steuerzahler umgegangen ist: Sie haben sich verzockt, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Abg. Huster)

Dabei wäre Geld in vielen anderen Bereichen der Gesellschaft wirklich nötig gewesen und ist weiter nötig - für die Thüringer Kommunen, für Investitionen in Schulen, in unsere Kultur oder in Sporteinrichtungen und in viele andere sinnvolle Bereiche. Dafür, meine Damen und Herren, reicht allerdings die Schließung der Spielbank nicht aus, dafür braucht es einen Politikwechsel in Thüringen. Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Abgeordnete Astrid Rothe-Beinlich.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, es ist soeben schon viel Richtiges gesagt worden und manchmal muss man in der Tat zurückschauen. Und, sehr geehrte Frau Präsidentin, ich hoffe, Sie gestehen mir jetzt zu, zu zitieren, nämlich die Finanzministerin Birgit Diezel im Jahr 2005. Damals hat sie die Kritik der Landtagsopposition am Mietvertrag für die erste Thüringer Spielbank zurückgewiesen. Zitat: „Bei einer gebotenen Gesamtbetrachtung liegt auch keine Verschwendung von Steuermitteln vor“, sagte sie am Donnerstag im Landtag in Erfurt. Der Haushalt werde später entlastet und nicht weiter belastet. „Abgerechnet wird nach einigen Jahren.“ Die SPD sieht ein finanzielles Risiko, die PDS sprach von einem „faulen Kompromiss.“ So weit dieses Zitat aus einer dpa-Meldung von 2005.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE:
Man darf sich irren.)

Was aber ist inzwischen passiert? Auch wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sagen, es ist gut so, dass sich diese Spielbank im wahrsten Sinne des Wortes ausgespielt hat, denn gebracht hat sie nie, was sich von ihr versprochen wurde. Es war in der Tat ein Projekt, das ein Stück weit schillerte, das einen Glanz bringen sollte, der mindestens fragwürdig war und welcher vielen die Dollarzeichen in die Augen brachte. Auch hier gestatten Sie mir ein Zitat vom damaligen CDU-Abgeordneten Wolfgang Wehner aus dem Jahr 2005. Er nämlich rechnete mit Einnahmen von mindestens 2,5 Mio. € pro Jahr - Zitat, wie der Abgeordnete damals sagte, „wenn die Thüringer alle gar keine Zocker wären“. Diese 2,5 Mio. € sollen der Stiftung Ehrenamt zugute kommen, die bisher aus dem Etat gespeist wird. Für 2005 waren dann im Haushalt Kasinoeinnahmen von 600.000 € vorgesehen. Wenn wir es ernst meinen damit, dass nach einigen Jahren abgerech-

net und bilanziert wird, dann müssen wir uns einmal anschauen, was diese Spielbank tatsächlich gebracht hat. Sie hat nicht einmal ein Zehntel der Erwartungen, die der CDU-Abgeordnete Wehner hier vollmundig verkündet hatte, erfüllt. Deshalb sagen auch wir, es ist in der Tat gut so, dass diese Spielbank zum Jahresende schließt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erinnern wir uns aber auch an einen anderen Punkt zurück: Hier wurden Mietverträge gemacht, bei denen nur ein Drittel der Miete vom Betreiber gezahlt wurde. Herr Barth - an der Stelle muss ich Ihnen einmal recht geben - hat tatsächlich richtig formuliert, hier ist nur der Betreiber entlastet worden. Aus unserer Sicht jedenfalls gab es hier ein weiteres Großprojekt der CDU, was lediglich verschleiern sollte - was leider nicht richtig gelang -, nämlich dass wir in Thüringen gar nicht die Grundlage für eine solche Spielbank haben. Wenn wir uns anschauen, welches Problem hinter einer Spielbank steht, nämlich ein ernstes Problem, die Sucht, dann wissen wir, dass eine Spielbank dagegen nicht hilft. Die Menschen, die spielsüchtig sind, gehen ganz bestimmt nicht in die Erfurter Spielbank, sondern spielen an anderen Stellen; beispielsweise sehr unkontrolliert im Internet, sie verzocken zum Teil ihr gesamtes Vermögen und noch viel mehr, sie verschulden sich. Zu glauben, man könnte das staatlich in einer Spielbank kontrollieren, das war ein ganz klarer Fehler.

Insoweit sage ich auch ganz deutlich - wir haben es der Zeitung entnommen, der Betreiber zieht sich nach zehn Jahren endlich zurück -, das Trauerspiel hat ein Ende. Das ist auch gut so, meine sehr geehrten Damen und Herren. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Christian Gumprecht das Wort.

Abgeordneter Gumprecht, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, im März 2011 haben wir hier in diesem Raum letztmalig über das Spielbankgesetz debattiert. Ich darf aus meinem eigenen Redebeitrag einiges hinzufügen. Ich habe die Frage gestellt: „Braucht man denn überhaupt eine Spielbank in Thüringen?“ und weiter geantwortet, Zitat: „Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich brauche sie nicht. Aber wenn man davon ausgeht, dass Menschen dem Spiel nachgehen wollen, dann bin ich der Meinung, dass das sicherlich erlaubt sein soll, aber unter staatlicher Aufsicht.“ Meine Damen und Herren, meine Meinung zu diesem Thema hat sich seitdem nicht geändert. Geändert hat sich jedoch die Wirtschaftlichkeit der einzigen Thüringer Spielbank; sie

(Abg. Gumprecht)

ist schlechter geworden. Der Zuspruch der Besucher ist seit der Gründung des Erfurter Kasinos stetig zurückgegangen. Bereits 2011 war die Situation schwierig, weshalb wir auch eine Befristung des Gesetzes auf fünf Jahre beschlossen haben. Nun lässt der derzeitige Betreiber noch vor Ablauf der Befristung die Konzession auslaufen. Über die Gründe für diese Entwicklung kann man lang und breit diskutieren. Die Konkurrenz durch die privat betriebenen sogenannten Spielotheken oder durch Angebote wie Onlinepoker spielt bestimmt eine große Rolle. Fakt ist auch, das Aus für das Kasino Erfurt bestätigt auch einen bundesweiten Negativtrend bei Spielbanken. Im vergangenen Sommer schlossen die Spielbanken in Warnemünde und Schwerin. Die von den Betreibern in Mecklenburg-Vorpommern genannten Gründe, wie vergleichsweise strenge Zugangskontrollen im Vergleich zu Spielotheken oder privat betriebenen Spielhallen, die vermehrten Spielersperrern, die Konkurrenz durch das Internet und illegale Spielangebote, sind natürlich auch Themen, die hier immer wieder genannt wurden und die sicherlich auch für Erfurt zutreffen. Aber die Entwicklung macht auch vor Standorten nicht halt, die dem Spielkasino Erfurt in puncto Prestige und Historie um einiges voraus sind und waren. So schloss vor Jahren das Spielkasino in Travemünde, eine der ältesten Spielbanken in Deutschland.

Meine Damen und Herren, allerdings ist der Betrieb einer Spielbank kein Selbstzweck. Für mich war das Hauptargument für das Kasino Erfurt die Schaffung einer staatlich beaufsichtigten Konkurrenz zum illegalen Glücksspiel. Wenn man das unter wirtschaftlich gesunden Bedingungen nicht mehr betreiben kann, wenn das nicht möglich ist, dann muss der Betrieb eingestellt werden. Genau das geschieht. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Ich sehe keine Wortmeldung seitens der Abgeordneten mehr. Will die Landesregierung sprechen? Bitte schön, Herr Innenminister.

Geibert, Innenminister:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, die Konzession zum Betrieb einer Spielbank in Erfurt ist bis zum 31. Dezember 2014 befristet, und das ohne Verlängerungsoption. Ebenso ist der Mietvertrag der ersten Thüringer Spielbankgesellschaft mit dem Hotelinvestor bis zum 31. Dezember 2014 befristet. Es war also notwendig, über das weitere Vorgehen in Sachen Spielbank zu entscheiden. Dies hat das Kabinett in seiner Sitzung am 24. Juni 2014 getan. Maßgeblich ist hier insbesondere, dass auf der Grundlage des geltenden Glücksspielstaatsvertra-

ges sowie des Thüringer Spielbankgesetzes keine glücksspielrechtliche Pflicht, das Angebot einer Spielbank in Thüringen vorzuhalten, besteht. Ob in Thüringen zur Kanalisierung des Spieltriebes der Bevölkerung eine Spielbank notwendig ist, steht daher im pflichtgemäßen Ermessen der Landesregierung. Dies ist bei anderen Glücksspielen, insbesondere den Lotterien, anders. Hier besteht ein sogenannter Sicherstellungsauftrag der Länder, zur Kanalisierung des Spieltriebes der Bevölkerung entsprechende Angebote mit bestimmten Standards zu gewährleisten.

Im Hinblick auf die rückläufige Entwicklung der Besucherzahlen der Spielbank Erfurt, die negative Entwicklung der Bruttospielerträge in den letzten Jahren sowie die allgemeine Entwicklung des Spielbanksektors in Deutschland ist es derzeit nicht zweckmäßig, ein neues Konzessionsverfahren einzuleiten. In seiner Prüfungsmittelteilung vom April bzw. Mai 2013 hat auch der Thüringer Rechnungshof ausgeführt, dass der Vergleich von Einnahmen und Ausgaben deutlich mache, dass sich die Erwartungen zum Betrieb einer Spielbank in Erfurt nicht erfüllt haben. Das Geschäftsmodell der Spielbanken befindet sich im Umbruch. Das Internet mit seinen legalen und leider auch illegalen Angeboten hat sich in den letzten Jahren als sehr starke Konkurrenz zu den etablierten Spielbanken entwickelt; hinzu kommt das Angebot der Spielhallen. Auch andere Spielbankstandorte leiden unter Besucherrückgang und wirtschaftlichen Problemen. Hinzu kommt gerade in Thüringen, dass in den angrenzenden Bundesländern, zum Beispiel in Bad Harzburg und Bad Pyrmont in Niedersachsen, Kassel in Hessen, Leipzig im Nachbarland Sachsen sowie in Bad Kissingen und Bad Steben in Bayern, ein entsprechendes Spielbankangebot für Spielwillige aus Thüringen verkehrstechnisch gut zu erreichen ist. Vor diesem Hintergrund hat sich die WestSpiel-Gruppe entschieden, den Betrieb am Standort Erfurt einzustellen. Mit dieser Entscheidung geht aber selbstverständlich auch eine soziale Verantwortung einher. Ich erwarte deshalb, dass die WestSpiel-Gruppe ihre Verantwortung für die in Erfurt beschäftigten Arbeitnehmer auch wahrnimmt. Wie die WestSpiel-Gruppe bereits selbst in den Medien angekündigt hat, werden den betroffenen Arbeitnehmern Ersatzarbeitsplätze angeboten. Die Landesregierung hat daher nach Abwägung aller Gesichtspunkte entschieden, vorerst keine neue Spielbankkonzession auszuschreiben. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Dann schließe ich den ersten Teil der Aktuellen Stunde.

Ich rufe auf den **zweiten Teil** der Aktuellen Stunde

(Präsidentin Diezel)

b) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: „Gute Löhne auch in Thüringen stärken - Schluss mit der Niedriglohnstrategie“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/7910 -

Als Erste spricht zu diesem Thema Frau Abgeordnete Leukefeld von der Fraktion DIE LINKE.

Abgeordnete Leukefeld, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, das Thema ist gesagt: „Gute Löhne auch in Thüringen stärken - Schluss mit der Niedriglohnstrategie“. Ich erkläre Ihnen gleich, warum uns das wert war, dieses Thema für eine Aktuelle Stunde aufzurufen, denn aktuell im übertragenen Sinne ist das Thema eher weniger, weil wir uns hier pausenlos damit auseinandersetzen, auseinandersetzen müssen. Wenn es auch nicht den Durchreißer gab, aber doch sind wir auch einen Schritt nach vorn gekommen. Der Hintergrund, das kann ich Ihnen sagen, war die Wartburger Erklärung der wirtschaftspolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen von CDU und CSU vom 16. Juni in diesem Jahr, wo - ich darf das vielleicht zitieren - erneut Ausnahmen beim gesetzlichen Mindestlohn gefordert werden. Hier wird mit Nachdruck darauf hingewiesen, „dass es dringend notwendig ist, im Gesetzgebungsverfahren durch Ausnahmen negative Beschäftigungswirkungen zu vermeiden“. Dort wird gefordert, hinsichtlich des Mindestalters von 21 Jahren Ausnahmen zu machen, bei nicht zeitabhängiger Entlohnung - zum Beispiel bei Zeitungsträgern oder Taxifahrern, bei Praktikanten im Studium, bei Saisonkräften usw. - Ausnahmeregelungen zu sichern.

Meine Damen und Herren von der CDU, ich sage Ihnen, damit muss jetzt mal Schluss sein,

(Beifall DIE LINKE)

weil Sie von der CDU immer und immer wieder Ängste schüren. Das, was Sie hier fordern, ist arbeitnehmerinnenfeindlich, das ist rückwärts gewandt und es ist auch die Frage legitim, wie viel Ihnen eigentlich das in Thüringen entwickelte und hochgepriesene eigene Mindestlohnmodell in der Realität wert ist. Ich sage Ihnen, dieses Schüren von Ängsten, dieses bürokratische Herangehen, jetzt wieder mit Ausnahmeregelungen zu kommen, wo Sie doch sonst immer für Entbürokratisierung sind, das wollen wir nicht mittragen, das muss hier noch einmal angeprangert werden. Übrigens auch aus dem zweiten Grund, denn seit gestern hat unsere Aktuelle Stunde noch einmal an aktueller Bedeutung gewonnen, denn - Sie haben das sicherlich verfolgen können - das Statistische Bundesamt hat bundesweit bescheinigt, dass das Land Thürin-

gen wieder die rote Laterne bei den Bruttoarbeitslöhnen hat. 15,02 € in Thüringen, während das Brutto im Durchschnitt bundesweit bei 19,65 € liegt. Deshalb: Jawohl, wir müssen weiter vorankommen bei einem Mindestlohn ohne Ausnahme. Jetzt ist er mit 8,50 € ein bisschen halbherzig festgelegt. Wir fordern diese 10 € als ersten Schritt, dabei bleibt es auch.

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Wir werden sehen, was es bringt.)

Genau. Das ist erst einmal der erste Schritt. Wir fordern natürlich auch - und das möchte ich an der Stelle auch sagen

(Unruhe im Hause)

- jetzt würde ich gern hier reden, Frau Präsidentin -, die Linke will, dass die Durchsetzung kontrolliert wird, meine Damen und Herren. Ansonsten wird das noch mit Tausend Ausnahmen untermauert und das bloß ein zahnloser Tiger bleiben. Deswegen möchten wir gern, dass auch die personelle Stärkung des Zolls - so, wie auch angekündigt - durchgesetzt wird. Und wir wollen auch eine anonyme Hotline beim Zoll oder hier im Land Thüringen, um schwarzen Schafen hier das Handwerk zu legen. Wir wollen flächendeckend einen Mindestlohn, gesetzlich für alle ohne Wenn und Aber und ohne Ausnahme. Ich sage Ihnen auch noch, warum das so wichtig ist, auch auf diesem Weg jetzt wirklich weiterzugehen, weil selbst die 8,50 € nicht die Altersarmut verhindern. Wir wissen genau, was da auf uns zukommt. Ich sage Ihnen, die Bundesregierung plant schon die Aufstockung der Grundsicherung im Alter um 2 Mrd. €, weil die das schon genau wissen. Deswegen ist es besser, für gute Arbeit guten Lohn zu zahlen, mit dem Mindestlohn einen Riegel nach unten einzuziehen, den zügig in der vorgeschlagenen Art und Weise mit den Tarifpartnern aufzustocken und fortzuschreiben, um endlich auch im Land Thüringen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen deutlichen Schritt nach vorn zu kommen. Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Für die CDU-Fraktion hat das Wort die Abgeordnete Elke Holzapfel.

Abgeordnete Holzapfel, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer, ich habe großes Verständnis, Frau Leukefeld, das Thema „Gute Löhne auch in Thüringen stärken“ in die Aktuelle Stunde zu bringen, nachdem nun zum dritten Mal Ihr Antrag zu sittenwidrigen Löhnen auf der Tagesordnung steht und es bei dieser Fülle der Ta-

(Abg. Holzapfel)

gesordnung immer noch nicht absehbar ist, ob er überhaupt aufgerufen wird. Allerdings halte ich den zweiten Teil des Titels Ihres Antrags „Schluss mit der Niedriglohnstrategie“ für fragwürdig.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE:
Ehrlich? Das haben wir uns gedacht.)

Das Wort „Niedriglohnstrategie“ ist für unsere mittelständischen Betriebe und Handwerksbetriebe ehrabschneidend.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE:
Das war Ihre Formulierung.)

(Beifall FDP)

Richtig ist, dass für gute Arbeit auch guter Lohn gezahlt werden muss.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE:
Nein. Sie haben es nicht verstanden. Es ging nur um die CDU.)

(Beifall CDU)

Richtig ist, dass in Thüringen neben Mecklenburg-Vorpommern immer noch die niedrigsten Löhne gezahlt werden. Ich weigere mich hier aber von einer Strategie zu sprechen.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE:
Nicht? Das stand in all Ihren Broschüren.)

Richtig ist, dass wir von einer Arbeitslosenquote von 11,4 Prozent 2009 zu einer Quote von 7,8 Prozent gekommen sind. Das gehört auch dazu. Wir sind hier auf einem guten Weg. Jede Stunde wird in Thüringen ein sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplatz geschaffen.

(Beifall CDU)

Wir haben in Thüringen seit zehn Jahren die höchste wirtschaftliche Wachstumsrate. Und wie Frau Gleicke gestern im Fernsehen kundtat, der Tag war gestern wirklich sehr interessant, und was der gestern veröffentlichte Industrialisierungsatlas zur Wirtschaftsentwicklung der neuen Länder sagt, wirken die Folgen - schön zuhören! -, wirken die Folgen der wirtschaftlichen Umbrüche 1989/90 und die Folgen der sozialistischen Planwirtschaft bis heute immer noch nach.

(Beifall CDU)

Thüringen ist aber auf einem guten Weg. Das sieht auch die IHK so und das TMWAT plant bei der GRW-Förderung neue Kriterien einzuführen, wie die Einführung eines Mindestjahresentgelts von 25.000 € brutto pro Jahr für alle mit der GRW-Förderung neu zu schaffenden Arbeitsplätze. Bei arbeitsplatzsichernden Investitionen mithilfe von GRW-Fördermitteln soll ein Lohnsteigerungskriterium für die gesicherten Arbeitsplätze eingeführt werden. Eine sehr gute Entscheidung! Diese Entwicklung ist auch für unsere Wirtschaftsunternehmen le-

bensnotwendig, da der Ruf nach Facharbeitern und generell nach Arbeitskräften wie der Ruf in der Wüste verhallen wird. Der gesetzliche Mindestlohn - Frau Leukefeld hat ihn hier noch einmal ausgebreitet - ist bereits in die parlamentarische Beratung gekommen. Bestätigen kann man nur, wieder erlesen aus der „Wirtschaftswoche“, dass also hier ein großer Aufbau im Zoll erfolgen wird, nämlich, wir brauchen zusätzlich 2.000 Arbeitskräfte, die das Ganze dann kontrollieren. Ja, aber mit dem Mindestlohn, das ist ganz einfach zu sagen, ist der Einstieg auch für unsere Forderung „Gute Arbeit, guter Lohn!“ erfüllt. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Für die Fraktion der FDP hat das Wort der Abgeordnete Kemmerich.

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Zuschauer, immer wieder dasselbe und durch permanente Wiederholung wird es auch nicht wahrer. Wir beleuchten die Auswirkungen der Strategien, die hier gewählt worden sind.

Erst einmal zu den Fakten: Die Arbeitslosenquote hat sich binnen Jahresfrist im Mai-Vergleich von 8,3 Prozent bei den Arbeitslosen auf 7,8 Prozent abgesenkt und die sogenannte Unterbeschäftigung ist von 10,9 auf 10,2 gesenkt worden. Wir konnten nachlesen, dass in Thüringen ein Durchschnittslohn von 15,02 € gezahlt wird. Das ist tatsächlich im Bundesvergleich der niedrigste mit Mecklenburg-Vorpommern.

Aber was können die Ursachen sein und vor allen Dingen, was sind die Rezepte, diese zu beheben? Ursache ist sicherlich, und das habe ich vorangestellt, der durchaus beeindruckende Aufbau von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Das verewässert Statistiken. Auch die jetzt amtierende Regierung hat dadurch teilgenommen, indem sie in großen Maßen, Gott sei Dank, Unternehmen wie Zalando angesiedelt hat, die andere in der Logistik beschäftigte Unternehmen, die auch in sehr niedrigen Bereichen, deutlich übrigens unter 25.000 € Jahresbrutto, überwiegend sozialversicherungspflichtige Beschäftigung geschaffen haben. Wollen wir das jetzt verteufeln? Ich denke, eher nein. Wie gesagt, jetzt kommen wir zu den Rezepten, denn fünf Minuten sind nicht viel. Da wird immer einmal wieder dieses Mindestlohngesetz angeführt. Er ist gewählt mit 8,50 €, Sie sagen, am besten 10, mal sehen, wann Sie 12 brüllen. Wir haben aber eben gelernt, dass der Durchschnitt 15,02 € ist. Jetzt ist die Frage: Kann ich das mit einem Mindestlohn von 8,50 € beseitigen, insbesondere, wie er hier gemacht wird? Es droht, und das sind gerade die Bei-

(Abg. Kemmerich)

spiele, die genannt werden, wie gesagt, Salbe soll es für die sein, die Single und vollbeschäftigt sind. Das sind in ganz Deutschland 40.000. Nach einer einfachen Berechnung sind das in Thüringen zwischen 2.000 und 4.000 Leute. Aber wir haben ganz viele Leute, die sich eben in dem Bereich mit Stückkosten und Ähnlichem bewegen. Das sind Zeitungsausträger. Das ist der vielleicht etwas ältere Herr, der früh den Morgenspaziergang mit seinem Hund dazu nutzt, auch Zeitungen zu verteilen und das bis jetzt nach Stücken abgerechnet bekommen hat, wenn Sie sich durchsetzen mit dem, was Sie vorhaben, das nicht mehr machen kann. Diese Beispiele kann man jetzt um vieles erweitern, das ist in der Presse vollkommen ausgeführt. Ich denke, das kann jeder nachlesen. Wir können nur davor warnen, das hier über einen Kamm zu scheren.

Es wurde von 2.000 Leuten beim Zoll gesprochen. Das kann man sich dann vorstellen, wenn dann die anonyme Hotline wirkt, da kennen sich ein paar der hier Anwesenden aus, wenn man den Mitbewerber anzinkt,

(Beifall FDP)

wenn dann schwer bewaffnet das Hauptzollamt vor der Tür steht und erst einmal Arbeitszeitznachweise, Arbeitszeitkonten und viele Flexibilisierungselemente, die zu dem Aufschwung beigetragen haben, kontrolliert und hier ins Abseits stellt. Ich denke, wir erweisen hier der Wirtschaft einen Bärendienst und werden es nicht schaffen, den sogenannten Niedriglohn in Thüringen zu beseitigen. Die andere Frage ist, was die Landesregierung mit ihrer neuen Initiative bei der GRW-Förderung vorhat, ob das denn wirkt. Hier haben wir eben von Frau Holzapfel gehört, dass eine neue Richtlinie mit einem Jahresbrutto von 25.000 € gebildet wird. Das mag zwar in einigen Bereichen durchaus helfen, um produktivinvestivere Investitionen anzuschieben - aber hilft es den Menschen? Denn wenn ich eine Investition fahre und am Ende neue Arbeitsplätze auch in dem Bereich schaffe, heißt das nicht, dass andere Arbeitsplätze zugunsten von Investitionen in maschinenbetriebene und produktionsintensive Beschäftigung aus Thüringen hinaus verlagert werden oder einfach abgebaut werden. Das können Sie damit nicht ausschließen, jedenfalls nicht so, wie wir die Richtlinien bis jetzt verstehen.

Meine Damen und Herren, es hat sich bewiesen, dass die Förderpolitik - und Sie schreiben auch die Fördersätze weiter hoch, wenn mit den Verlagerungen in Thüringen Investoren fehlen - dass die Förderungen, wie sie bis jetzt stattgefunden haben, eben nicht zu einem breit gefächerten Aufbau von Beschäftigung in produktionsintensiver Beschäftigung geführt haben. Deshalb fordern wir mehr Forschung, mehr Förderung von technologieoffenen Bereichen und nicht einseitig auf Großbetriebe ausgelegte Förderungen.

(Beifall FDP)

EUROGATE 7,7 Mio. €, Solarkompetenzzentrum am Erfurter Kreuz 8,5 Mio. € und, und, und. Kaufland wird heute beklagt, was da passiert, 16 Mio. €. Der Mittelstand in den letzten fünf Jahren hat überwiegend nichts bekommen, der ist überwiegend durch unsinnige Priorisierungen, Pferdewechsel etc. pp. leer ausgegangen, die gucken in die Röhre.

Meine Damen und Herren, es sind Wahlkampfzeiten. Liebe Mittelständler und vor allem auch die Mitarbeiter in Unternehmen, überlegen Sie sich ganz genau, ob Sie auf die weiße Salbe hereinfallen oder ob Sie wirkliche Mittelstandsförderung wollen. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Frank Weber das Wort.

Abgeordneter Weber, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Zuschauertribüne, wenn die Fraktion DIE LINKE dieser Landesregierung eine Niedriglohnstrategie unterstellt, dann ist das eine Unverschämtheit. Seit Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in diesem Land Verantwortung tragen, gehen wir aktiv gegen Niedriglohn vor und versuchen, mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln etwas zu bewegen, was dazu führt, dass Menschen vernünftige Bedingungen in den Arbeitsverhältnissen in Thüringen vorfinden.

Die GRW-Förderung - sie ist schon angesprochen worden - ist ein Punkt. Ein Punkt, der letztendlich deutlich macht, dass man als Landespolitik aktiv handeln kann. Man kann aktiv handeln, indem man sagt, wir fördern nur noch diejenige Arbeit, die auch tatsächlich in der Lage ist, Menschen zu ernähren, und diejenige Arbeit und diejenige Wirtschaft, die Arbeitsplätze schafft, von denen die Menschen im Land leben können. Arbeit, die nur dazu dient, Gewinnmaximierung, Gewinne abzuschöpfen und einzelne reich zu machen, während es andere trotz Vollzeitarbeit nötig haben, soziale Transferleistungen in Anspruch zu nehmen, solche Arbeit brauchen wir in Thüringen nicht und wir müssen sie,

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Deswegen haben Sie Zalando angesiedelt.)

Herr Barth, auch nicht durch öffentliche Mittel und durch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler fördern. Das haben wir auf den Weg gebracht, das hat das SPD-geführte Wirtschaftsministerium auf den Weg gebracht - unter anderem. Darüber hinaus - erst die Initiative zur Leiharbeit in der GRW-Förderung, jetzt die Initiative des Ministers Höhn zum

(Abg. Weber)

Thema „25.000 € Mindestentgelt pro Jahr“, auch das geht in die richtige Richtung, die Initiative zum Vergabegesetz, an die ich erinnern darf, und natürlich auch die sozialdemokratische Initiative zum Mindestlohngesetz.

Der Mindestlohn wird zum 01.01. kommen und wir werden deutlich machen, dass es sinnvoll ist und auch nicht wirtschaftsschädlich, wenn Menschen für ihre Arbeit ordentliches Geld bekommen und von ihrer Arbeit auch leben können. Liebe Frau Leukefeld, ob 8,50 € oder 10,00 €, darüber kann man diskutieren. Mir - und ich denke, meinen Kolleginnen und Kollegen vonseiten der SPD-Fraktion - wäre es natürlich auch lieber, wenn wir in dem Kontext über andere Lohnsummen reden würden. Aber Sie müssen doch zugestehen, dass es ein großer Schritt in Deutschland ist, dass wir uns endlich darauf verständigen können, in einer politischen Entscheidung überhaupt mal eine untere Auffanglinie einzuziehen und überhaupt mal Löhne festzulegen, die in deutschen Betrieben bezahlt werden müssen.

Darüber hinaus möchte ich eines deutlich machen, weil Herr Kemmerich die Statistik des Statistischen Bundesamtes angesprochen hat: Natürlich stehen wir auf dem letzten Platz, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen. Das ist schwierig und das ist traurig, aber man muss natürlich auch den Hintergrund dieser Statistik kennen. Da steht Hamburg mit 22 € auf Platz 1. Das hängt aber auch damit zusammen, dass die Bestverdienenden und Besserverdienenden nun einmal vermehrt in Hamburg und weniger in Thüringen unterwegs sind. Das macht am Ende das statistische Mittel. Denn wenn Sie rausgehen und in der Bevölkerung fragen, wer denn 15,02 € brutto die Stunde bekommt, da werden Sie oftmals die Antwort bekommen, die sind meilenweit davon entfernt, überhaupt diese 15 € zu erhalten. Meilenweit. Gehen Sie doch mal raus und reden mit den Leuten. Die sind meilenweit von diesen 15 € weg. Deshalb ist es unanständig, ich sage das in aller Deutlichkeit, unanständig, so etwas wie eine Wartburger Erklärung zu verabschieden - da bin ich voll bei Ihnen, Frau Leukefeld - und deutlich zu machen, dass man hier auch noch eine Ausnahme nach der anderen auf den Weg bringen muss. Ich weiß ja,

(Unruhe FDP)

dass die FDP in ihren letzten Zügen darauf hofft, noch einige in den Wirtschaftsbereichen von sich zu überzeugen. Das werden Sie aber nicht schaffen,

(Unruhe FDP)

indem Sie das, was die Menschen beschäftigt - und das ist nun mal ihre Lohnarbeit und das ist das Geld, was sie für ihrer Hände Arbeit bekommen und das, was letztendlich auch die Wertschätzung des Menschen ausmacht, denn wir sehen die Frage

der Entlohnung nicht von der Tätigkeit her, sondern vom Menschen her. Wenn jemand Vollzeit arbeitet, muss er davon leben können, und zwar völlig egal, ob er als Saisonarbeiter arbeitet, ob er Zeitungen austrägt oder ob er im Kaufland an der Kasse sitzt. Das ist völlig egal. Wenn jemand Vollzeit arbeitet, muss er davon leben können.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte zum Schluss noch eines sagen, wir werden auch, das muss man auch in aller Deutlichkeit sagen, wir werden es auch mit einer gesetzlichen Mindestlohninitiative und mit allen Förderinstrumenten nicht schaffen, auch mit 10 € Mindestlohn im Übrigen nicht, ordentliche Löhne zu erreichen, solange wir es nicht schaffen, dass die politische Klasse in Thüringen und der Bundesrepublik Deutschland sich deutlich für Sozialpartnerschaften ausspricht. Dafür, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Mitglied in den deutschen Gewerkschaften sind, dafür, dass Unternehmerinnen und Unternehmer Mitglied in den Sozialpartnern auf der Arbeitgeberseite sind

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Weber, SPD:

- herzlichen Dank, Frau Präsidentin -, das ist der Schlüssel zu vernünftigen Löhnen. Das schaffen wir nicht durch Gesetzesinitiativen und auch nicht durch Förderpolitik. Herzlichen Dank.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Dafür muss jeder für seine Anschlussverwendung Werbung machen.)

(Beifall SPD)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Das Wort hat Frau Abgeordnete Anja Siegesmund von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, na klar, in der Vorwahlkampf- oder Wahlkampfzeit reden alle von guter Arbeit und guten Löhnen und Herrn Weber ist es jetzt in der letzten Minute gerade noch einmal gelungen, sich von der Großen-Koalitions-Soße in Berlin abzusetzen. Natürlich kann die Linke jederzeit eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema beantragen. Ich finde es gut, ich finde es richtig. Ich glaube, beim Thema Mindestlohn muss sich Rot-Rot-Grün hier gegenseitig gar nicht agitieren. Aber eines ist doch mal klar, der ak-

(Abg. Siegesmund)

tuelle Anlass, nämlich der Murks, der in dieser Wartburger Erklärung steht, ist gegeben und da darf man auch mal deutlich machen, wofür jede Partei steht. Niedriglohnstrategie war hier im Raum. Da war Herr Weber ganz pikiert und hat gefragt: Was soll denn das, wir machen doch alles richtig? Sie müssen sich aber mal die Geschichte Thüringens ansehen. Ich glaube, das hat die Linke hier gemeint und das weiß auch jeder in diesem Saal, dass Thüringen unter der CDU jahrelang ein Niedriglohnimage gepflegt hat.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wissen als Parteien der einen oder anderen Seite alle, wie das ist, wenn man sich einmal ein Image zugelegt hat, wie schwer oder leicht es ist, das wieder abzulegen. Wenn sich herumgesprochen hat, in Thüringen sieht es so aus, dass man billig Arbeitskräfte ausbeuten kann, dann versuchen Sie mal in ihren vier schwarz-roten Jahren - ich erinnere an die Koalitionssöße -, das wieder loszuwerden. Das wird ein Stück Arbeit, Herr Weber, und dessen müssen Sie sich auch annehmen. Es ist gerade spannend, wenn man sich die bundespolitischen Debatten ansieht, zu schauen, wie sieht es dann in Thüringen aus. Natürlich haben wir uns diese Erklärung der CDU angesehen und wenn Sie das lesen, dann sehen Sie, das tut einigen innerhalb der Christdemokraten doch sehr, sehr weh, die Tatsache, dass der Mindestlohn auf Bundesebene zum 01.01.2015 endlich umgesetzt wird. Die Sprache in diesem Papier ist doch Folgendes: Der Mindestlohn soll die Ausnahme sein und nicht umgedreht.

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Das ist Schmarrn, was Sie erzählen.)

Es geht darum, konsequent Ausnahmen zu schaffen, weil Sie nicht dazu stehen, weil Sie als die vermeintlichen Wirtschaftsweisen - an dieser Stelle ruft freundlicherweise auch Herr Heym dazwischen - besser wissen, was für dieses Land gut ist. Da liegen Sie aber falsch, da sind Sie auf dem Holzweg.

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Aber Sie wissen es immer.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt nicht nur zig Studien, es weiß inzwischen jeder, dass man von seiner Hände Arbeit nicht nur leben können muss, da geht es auch um Würde. Da geht es übrigens auch um die Frage - und das haben Sie nämlich nicht erwähnt, Frau Holzapfel -, wie viel der Staat eigentlich jährlich in Subventionen von Unternehmen steckt, weil Aufstockerinnen und Aufstocker nicht von dem Geld leben können, was sie verdienen, sondern noch einmal zusätzlich zum Amt laufen müssen. Das ist schäbig und wir wissen das. Wir wissen, dass es in anderen Ländern besser geht und dass das beendet werden muss, wis-

sen wir auch. Armut trotz Erwerbstätigkeit - gegen dieses Phänomen der „Working Poor“, Sie können sich überall umschaun in den europäischen Ländern, ist es richtig, etwas zu tun. Deswegen ist es auch vernünftig, dass der Mindestlohn kommt.

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, FDP: Die Arbeitslosigkeit ist doppelt so hoch.)

Jetzt will ich die SPD auch mal bei ihrer Ehre packen, sie habe das ja schon immer gesagt und gewusst. Ich möchte mal daran erinnern, dass es die bündnisgrüne Fraktion in Thüringen war, die im Mai 2012 ein Mindestlohngesetz für Thüringen vorgelegt hat

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und dass wir die Möglichkeit geboten haben, die Tür aufgemacht haben, sämtliche Vergaben öffentlicher Aufträge daran zu orientieren, dass vernünftig bezahlt wird. Allein Sie haben sich mit Frau Lieberknecht untergehakelt, sind nach Berlin gelaufen, haben so ein bisschen Pseudo-Bundesratsinitiative gemacht und dann darauf gehofft, dass das passiert, was jetzt ist - zum 01.01.2015 regnet es Ausnahmen. Ja, der Mindestlohn kommt, aber über die Ausnahmen muss man diskutieren. Offenbar gibt es da innerhalb der Koalition auch immer noch Druck.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage Ihnen, ein Image wird man ganz schlecht von heute auf morgen los, da müssen Sie hier auch mit einer gemeinsamen Sprache auftreten, das kann ich an dieser Stelle auch Frau Holzapfel nur empfehlen, weil Sie über Menschen reden, die es verdient haben, die es wirklich verdient haben, von ihrer Hände Arbeit leben zu können. Und wenn Sie dann Jugendlichen sagen, dass sie doch in Supermärkten, weil sie unter 21 sind, besser aufgehoben sind als Menschen, die jahrelang im Einzelhandel tätig sind und ein Recht darauf haben, vernünftig bezahlt zu werden, auch da sind Sie auf dem Holzweg, wenn Sie Ausnahmen fordern. Das sage ich in Richtung CDU-Fraktion. Oder wenn Sie für Saisonbeschäftigte, die definitiv eine hohe Leistung bringen und von denen viel erwartet wird, wenn Sie für diejenigen behaupten, auch dafür sind Ausnahmen das Richtige, auch da liegen Sie falsch. Ich glaube, auch im Bau, auf dem Feld und ringsherum geht es darum, dass Arbeit angemessen bezahlt wird. Was Sie wollen, ist eine Dauerausnahme; das ist nicht das Richtige.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zur gestern veröffentlichten Studie zum Aufbau Ost noch ein Satz: Ich glaube, wer heute meint, sagen zu können, der Aufbau Ost kann als Nachbau West - und das ist lange die Strategie gewesen - nach 25 Jahren auf Herz und Nieren geprüft werden und dann kann man Schlüsse ziehen, der liegt falsch.

(Abg. Siegesmund)

Das wird noch viele Jahre dauern, das ist richtig, aber dazu gehört auch, dass man konsequent

Präsidentin Diezel:

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit.

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

daran arbeitet und gute Arbeit für Thüringen auch wirklich umsetzt. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Es gibt keine Wortmeldungen der Abgeordneten mehr. Herr Minister Höhn hat das Wort.

Höhn, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie:

Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin, dann wollen wir mal versuchen, in der Debatte, die ich für sehr notwendig und auch für richtig erachte - das will ich durchaus an der Stelle betonen -, hier eine ehrliche Bestandsaufnahme von dem, was war, und vor allen Dingen von dem, was jetzt ist, vorzunehmen. Ich weiß nicht, vielleicht war es Absicht, vielleicht auch nicht, aber mit dem Titel der Aktuellen Stunde „Gute Löhne auch in Thüringen stärken - Schluss mit der Niedriglohnstrategie“ hat die Fraktion DIE LINKE genau die Thüringer Arbeitsmarktpolitik beschrieben, die schon vorher in den letzten viereinhalb Jahren in Thüringen gewesen ist. Ob das ihre Absicht war, ich unterstelle mal ja; das ist in Ordnung. Ich will Ihnen das auch ganz gerne an dieser Stelle begründen. Man muss sich nämlich nicht nur fragen - und da ist insoweit auch einmal ein Stück weit Bilanz gestattet, auch wenn ich weiß, dass das möglicherweise wieder etwas Redezeit für die Fraktionen generiert, aber das nehme ich dankend in Kauf, aber es gibt Dinge, die müssen an dieser Stelle zu diesem Thema ganz einfach gesagt werden. Die Frage, die sich stellt, wenn man heute die Bilanz zieht oder wenn man die Strategie, die Niedriglohnstrategie kritisiert: Wo standen wir vor zehn oder - vielleicht sogar besser - wo standen wir vor 20 Jahren in Sachen Arbeitslosigkeit? Vielleicht doch einmal zur Erinnerung: 1994 190.400 Arbeitslose, das waren 15,6 Prozent. Drei Jahre später waren fast 218.000 Menschen in Thüringen arbeitslos, 17,8 Prozent; wir waren damit ziemlich am Ende der Statistik in der Bundesrepublik angelangt. Es wurden damals wirklich schnell viele Arbeitsplätze benötigt. Das müssen wir uns doch an dieser Stelle eingestehen. Es ging darum, Massenarbeitslosigkeit wirksam einzudämmen und einer ganzen Generation - das klingt etwas pathetisch, ist aber durchaus angebracht - wieder eine Perspektive zu

bieten, und zwar in Arbeit, möglichst jenseits der sozialen Sicherungssysteme. Dass dabei jedes Mittel recht und niedrige Löhne eines davon war, das vermag ich noch nachzuvollziehen, meine sehr geehrten Damen und Herren, aber - und auch das gehört zu einer ehrlichen Bestandsaufnahme dazu - viel zu lange hat man das Niedriglohnniveau in Thüringen als Standortvorteil angepriesen. Viel zu lange hat man der Abwanderung von jungen Menschen, von motivierten Arbeitskräften taten- und manchmal auch ideenlos zugeschaut und viel zu lange haben wir uns damit zufriedengegeben, verlängerte Werkbank zu sein. Ich sage es ganz offen, meine Damen und Herren, mit den Spätfolgen dieser Politik haben wir noch heute zu kämpfen und werden auch noch eine Weile zu kämpfen haben. Die Auswirkungen werden die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik unseres Freistaats - ob wir das wollen oder ob wir das nicht wollen -, sie werden uns nach wie vor beschäftigen und noch über Jahre bestimmen.

Ich verweise an dieser Stelle auf den wirklich enormen Fachkräftebedarf. Sie wissen, dass ich an dieser Stelle nicht oder ungern von Fachkräftemangel rede. Der enorme Fachkräftebedarf und vor allem die Schließung der doch immer noch sehr relevanten Produktivitätslücke - das wurde übrigens auch gestern bei der Vorstellung der Studie durch Frau Gleicke wieder deutlich - diese beiden Dinge sind nur die Spitze des Eisbergs.

Genau das sind die großen wirtschaftspolitischen Herausforderungen, die es zu lösen gilt. Dass die trotz der letzten fünf Jahre weiter bestehen, dazu komme ich gleich noch. Das hat natürlich auch etwas mit der Politik zu tun, die in den zehn Jahren zuvor gemacht worden ist.

Aber wir haben in dieser Legislatur etwas geschafft - gemeinsam im Übrigen, Herr Kollege Mohring, bevor die Befindlichkeiten zu groß werden -, was bisher so keine Landesregierung geschafft hat.

Nur noch einmal zu einem Stück Bilanz vor 2009: Auf das Jahr gerechnet, erhielten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Freistaat 40, fast 41 Prozent weniger Geld als die Menschen in Westdeutschland, obwohl sie dafür rund 100 Stunden länger als ihre Kollegen in den alten Bundesländern gearbeitet haben. Dass das Image oder das Bild, das in den Medien über Thüringen gezeichnet worden ist, immer noch vorherrschend ist und sich nur langsam wandelt, wir waren das Billiglohnland in Deutschland, ja, das waren wir, meine Damen und Herren. Wir waren die verlängerte Werkbank westdeutscher Großunternehmen. Da ist ein Image entstanden. Ich habe gestern erst wieder eine Runde in Südthüringen im Kreis von Unternehmen bestritten. Da entsteht ein Image, das Fachkräfte und auch den einen oder anderen innovativen Unternehmer wirklich abgeschreckt hat. Von

(Minister Höhn)

denen, die konnten - wer ist denn da gegangen? Es sind die Hochmotivierten gegangen. Es sind die gut Ausgebildeten, es sind die Jungen, die Leistungsfähigen, die Kreativen, die unserem Land damals den Rücken gekehrt haben. Sie zurückzubekommen ist ganz schwer, auch wenn es dafür in Thüringen mittlerweile gute Ansätze gibt.

Heute, meine Damen und Herren, ein Bericht der „Deutschen Welle“ vom vergangenen Jahr, wir werden jetzt mittlerweile als die „Schwabens des Ostens“ bezeichnet - ob das ein Lob ist, das müssen die Schwaben beantworten. Es ist jedenfalls positiv gemeint gewesen von der „Deutschen Welle“, das will ich an dieser Stelle ganz deutlich sagen. Andere schreiben von der „Number One“ der neuen Länder oder vom „ostdeutschen Tigerstaat“. Ich will damit sagen, das Image beginnt sich langsam, aber es beginnt sich zu verändern. Es ist kaum noch die Rede vom Billiglohn oder vom Billiglohnland. Es stehen genau die richtigen Wettbewerbsvorteile im Mittelpunkt. Wie gesagt, nicht mehr billige Arbeitskräfte, die zentrale Lage in der Mitte Europas spielt eine Rolle, kurze Wege, im Übrigen auch, weil das Herr Kemmerich vorhin angesprochen hat, zwischen Forschung und Unternehmen. Die große Wirtschaftskonferenz in der letzten Woche in Weimar hat genau diese kurzen Wege in Thüringen noch einmal deutlich zum Tragen gebracht. Das wird auch auf Bundesebene anerkannt. Ein starker Industriestandort, der wirklich tief verwurzelt ist zwischen Tradition und Moderne, das ist unser Thüringen 2014. Wir sind ein gutes Beispiel dafür, dass Arbeitsmarkt-, und jetzt sage ich es auch selbstbewusst, sozialdemokratische Arbeitsmarktpolitik wirkt. Die Durchsetzung

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Ha ha ha, es wird nicht besser.)

- da können Sie lachen, Herr Kollege Heym. Ich weiß, wir haben das trotz Ihres Wirkens als wirtschaftspolitischer Sprecher geschafft. Ich sage das ganz deutlich: Der Thüringer Arbeitsmarkt ist robust, weil Unternehmen und Beschäftigte an einem Strang ziehen und die Sozialpartnerschaft ausgebaut wurde. Sie ist noch nicht da, wo wir sie haben wollen, aber sie ist ausgebaut worden. Insofern teile ich die Einschätzung des Kollegen Weber in seinem Redebeitrag. Es war eben nicht selbstverständlich, diesen Imagewandel zu vollziehen. Das haben wir zum einen den gemeinsamen Anstrengungen aller Thüringerinnen und Thüringer zu verdanken, aber es gehört auch dazu, dass wir es geschafft haben, Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammenzubringen und dass wir ein Umdenken generiert haben, meine Damen und Herren, ein Einsehen. Und wir haben die Lohnentwicklung gemeinsam mit Gewerkschaften und den Unternehmen gedacht, denn allen ist doch klar gewesen oder ist mittlerweile klar, sie müssen es wollen. Sie müssen es wollen, ansonsten können wir den Problemen,

die ich beschrieben habe, Stichwort Fachkräfte, eben nicht beikommen. Es gehört wirklich zu den Leistungen dieser Landesregierung, dass wir es wirklich zum ersten Mal geschafft haben, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zusammengebracht und zusammengedacht zu haben. Und es gehört dazu, auch das will ich nicht unter den Tisch kehren, dass wir möglichst jeder und jedem die Chance ermöglichen, am Arbeitsleben teilzuhaben, auch denen, die in früheren Zeiten vielleicht schon abgeschrieben gewesen sind und es kommt auch darauf an, dass man den Menschen eine zweite und, wenn es notwendig ist, auch eine dritte Chance gibt, auf den Arbeitsmarkt zurückzukommen.

Wir haben uns damals - mein Vorgänger im Amt, Matthias Machnig, hat sich und damit die gesamte SPD - dem Vorwurf aussetzen müssen, wir würden eine ideologische Debatte führen, wenn wir sagen, billige Löhne können kein Geschäftsmodell sein. Meine Damen und Herren, das bezweifelt niemand mehr, niemand. Die konzertierte Aktion in Thüringen 2010 war der Startschuss und es war ein Startschuss zum Umdenken. Noch im gleichen Jahr wurde die „Initiative für höhere Tarifbindung und höhere Akzeptanz tariflicher Entlohnung in Thüringen“ verabschiedet. Dabei ging es nicht nur um die Erhöhung der Tarifbindung, sondern vor allem auch darum, betriebliche Mitbestimmung zu erhöhen, denn, meine Damen und Herren, wir alle wissen, Demokratie hört eben nicht am Werkstor auf, auch nicht in Thüringen.

Es gibt ein Gremium, den Wirtschafts- und Innovationsrat, damit haben wir zusätzliche Möglichkeiten geschaffen, dass sich die Sozialpartner regelmäßig zusammenfinden, um gemeinsam Lösungen zu erarbeiten. Wer die letzten beiden Sitzungen dieses Gremiums, die ich leiten durfte, mitgemacht hat, der hat gespürt, dass beide Seiten oder die gesamten Sozialpartner diesen Willen mittlerweile auch leben.

Meine Damen und Herren, wir haben weiterhin so effektiv wie keine andere Landesregierung in Deutschland arbeitsmarktpolitische Instrumente entwickelt und unsere Förderrichtlinien so angepasst, dass gute Arbeit wirklich zum Grundsatz der Wirtschaftsförderung werden konnte. Ich denke zum Beispiel an ein solches Thema, das auch hier dieses Haus damals beschäftigt hat. Das war das Thema der Leiharbeitsquote in der GRW-Förderung. Wird ein bestimmtes Niveau an Leiharbeit überschritten, wird weniger oder gar kein öffentliches Geld zur Verfügung gestellt. Mittlerweile haben die Unternehmer das verinnerlicht. Es gibt niemanden, ich habe das selbst ausgetestet und darüber mit den Kammern und Wirtschaftsverbänden diskutiert, es gibt niemanden mehr, der dieses Prinzip anzweifelt oder infrage stellt. Wir haben mit dem Thüringer Vergabegesetz seit 2011 zum ersten Mal ein Gesetz, das bei der Vergabe von staatlichen Aufträgen die Einhaltung sozialer, ökologischer und

(Minister Höhn)

tarifrechtlicher Standards einfordert. Auch die Lohnkostenförderung aus dem Europäischen Sozialfonds wird nur für gute Arbeit vergeben. Gewerbliche Leiharbeit wurde ganz von der Förderung ausgeschlossen. Die Leiharbeit ist sicher ein notwendiges Instrument, um konjunkturelle Schwankungen für die Unternehmen, vor allem, wenn es so kleinteilig ist wie in Thüringen, zu überstehen. Dieses Prinzip bestreitet auch niemand, es soll aber nicht zum Unternehmensmodell oder zum Geschäftsmodell missbraucht, sondern muss auf den ursprünglichen Zweck zurückgeführt werden. Das konnten wir noch nicht ganz, auch das will ich eingestehen, aber zunehmend besser organisieren, als das früher der Fall gewesen ist.

Meine Damen und Herren, das Thema „Mindestlohn“ wurde jetzt schon mehrfach von fast allen Rednern angesprochen. Ich habe den Eindruck, es diskutiert jeder, ich sage es mal so, wie es ihm aus seiner Sicht gerade einfällt. Das will ich gar nicht kritisieren, aber Fakt ist eins, ob das nun jedem gefallen hat oder nicht, dass das Thema Mindestlohn auch seinen Ursprung in Thüringen genommen hat, von mir aus auch durch die Initiative der bündnisgrünen Fraktion, das will ich auch gar nicht bestreiten, aber letztendlich konsequent auf die bundespolitische Bühne gehoben hat es diese Landesregierung. Nicht umsonst ist das, was dem deutschen Bundestag jetzt als Mindestlohn-Gesetzentwurf vorliegt - nicht in allem, aber in wesentlichen Zügen - am Thüringer Modell orientiert. Auch das sollten wir, meine Damen und Herren, hier selbstbewusst darlegen und nicht verschämt versuchen, das schlechtzureden. Es ist nach wie vor so, 34 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Freistaat, es sind fast 270.000 Personen, verdienen bislang weniger als den Mindestlohn und deshalb wird der Mindestlohn auch für Thüringen eine positive Wirkung haben. Das sei allen Kritikern an dieser Stelle noch einmal gesagt.

(Beifall SPD)

Ein weiterer Punkt: Wir haben die Fachkräftesicherung in den Fokus der Thüringer Arbeitsmarktpolitik gerückt. Fast jeder kennt die Zahl, ich habe sie schon oft referiert, den Bedarf bis 2025: Rund 280.000 brauchen wir in Thüringen, nur dann können wir unsere positive und dynamische wirtschaftliche Entwicklung fortsetzen. Dafür haben wir zum Beispiel das Programm „Thüringen braucht dich“ für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Niedriglohnbereich ohne abgeschlossene Berufsausbildung ins Leben gerufen, ein Projekt, das nun mit dem Programm „Zweite Chance“ auf Bundesebene durchaus auch Nachahmer gefunden hat. Ich war dabei, als die Bundesarbeitsministerin gesagt hat, dass sie dieses Programm „Thüringen braucht dich“ aus Bundessicht einer verstärkten, ja positiven Evaluierung unterziehen will und es Überlegungen gibt, das noch weiter auf die Bundesebene zu rücken.

Ein voller Erfolg, meine Damen und Herren, ein wirklich voller Erfolg ist auch unser Landesarbeitsmarktprogramm. Wenn ich daran denke, welche Diskussionen wir in diesem Haus geführt haben, damit dieses Programm überhaupt auf die Tagesordnung genommen wurde. 13.900 Menschen, also fast 14.000 Menschen, die in früheren Zeiten bereits abgeschrieben waren, meine Damen und Herren, wurden und werden betreut. Fast 5.000 von ihnen - 4.700 - konnten bereits in eine Arbeit oder eine Ausbildung vermittelt werden. Das sind Zahlen, die darf man sich ruhig auch einmal zu Gemüte führen, vor allen Dingen bei denjenigen, die immer noch die Absicht haben, dieses Programm in Zukunft nicht mehr weiterzuführen.

Wir haben außerdem, ein weiterer Punkt, die Berufsvorbereitung und Berufsorientierung intensiviert, wir haben die individuelle Förderung und Begleitung für die Jugendlichen verbessert, damit Fehlentscheidungen und Abbrecherquoten minimiert werden. Wir haben mit der Agentur für Fachkräftegewinnung und mit dem Welcome Center eine Servicestelle für ausländische Studenten und Fachkräfte eingerichtet. Und jetzt, meine Damen und Herren, ist es die Aufgabe, die Umsetzung der Mobilisierungsstrategie 55 + weiter voranzubringen, damit auch ältere Beschäftigte länger im Erwerbsleben bleiben können, wenn sie es wollen. Es gilt, meine Damen und Herren, wir müssen alle Thüringerinnen und Thüringer gemäß ihren Fähigkeiten fördern und wir lassen niemanden zurück, der bereit ist, mit anzupacken und unser Land voranzubringen. Dieser Dreiklang aus Ausweitung der Sozialpartnerschaft, neuer Ausrichtung der Förderrichtlinien und Fachkräftesicherung durch Integration und Stärkung der Mitbestimmung zeigt erste Erfolge. Ich nehme an, Sie haben alle registriert, dass das Thüringer Landesamt für Statistik erstmals seit fast 20 Jahren den reinen Wanderungssaldo positiv gemeldet hat. Da lassen wir solche Aspekte wie Geburtenrückgang und den sogenannten Sterbeüberschuss - ein hässlicher Begriff, aber er ist nun einmal so - außen vor, der reine Wanderungssaldo in Thüringen ist positiv, er ist erst leicht positiv. Ich würde mir wünschen, es wären 15.000 im Plus, es sind nur rund 150, aber wichtig ist der Trend und der zeigt in dieser Richtung ganz klar nach oben. Wenn man sich vor Augen hält, 2006 - das ist noch nicht so lange her - haben wir 14.000 Menschen allein als Defizit nur im Wanderungssaldo gehabt. Daran kann man erkennen, dass mittlerweile die Maßnahmen, die wir eingeleitet haben, beginnen zu greifen. Die Arbeitslosenquoten sind hier schon von verschiedenen Rednern referiert worden, der letzte Stand 7,8 Prozent im Mai, das bringt uns an die Spitze der ostdeutschen Länder und in der Gesamtschau in das gute Mittelfeld. Wie gesagt, die Unternehmen suchen nicht nur nach Fach- und Arbeitskräften, sondern sie suchen mittlerweile auch nach Auszubildenden oder nach Auszubildenden.

(Minister Höhn)

Interessenten. Da hat sich das Verhältnis fast umgekehrt. Wir haben heute etwa 100 Bewerber und dem stehen 120 Ausbildungsplätze gegenüber. Das war vor wenigen Jahren noch deutlich anders.

Meine Damen und Herren, ich wollte noch ein paar Sätze zu der von einigen Vorrednern hier angesprochenen Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung sagen. Zum einen bin ich erst einmal dankbar dafür, dass das von zumindest den meisten hier im Hohen Haus positiv gesehen wird; ich nehme da an der Stelle ausdrücklich die FDP-Fraktion aus, aber wundern tut mich das nicht wirklich. Diese Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung, die erstens ganz klar, und ich sage Ihnen das, ich weiß nicht zum wievielten Male, dass die Förderrichtlinie, die GRW-Förderung in Zukunft ganz klar auf die kleinen und mittelständischen Unternehmen ausgerichtet ist. Da heißt die Maus keinen Faden ab. Da können Sie das auch geringschätzen, wie Sie wollen, das bleibt eine Tatsache. Wir tun zum ersten Mal etwas, was es in vorherigen Förderperioden so nicht gab. Wir fördern die Qualität der Arbeitsplätze; zum einen, wenn es darum geht, neue Arbeitsplätze zu schaffen, die Bruttoentgeltgrenze ist hier schon mehrfach genannt, das ist ein Kriterium, und wir fördern, auch zum ersten Mal übrigens, meine Damen und Herren, bestehende Arbeitsplätze, die sind in Zukunft förderfähig. Das ist etwas, was uns vor allen Dingen von den Kammern und Wirtschaftsverbänden seit Jahren vorgehalten bzw. gewünscht wird, dass wir es schaffen müssen, den Bestand an Unternehmen auch hier zu halten. Dass da eine Lohndynamik nachgewiesen sein muss, auch das geht in Richtung Qualität der Arbeitsplätze, um nicht zuletzt die vorhin schon beschriebene Produktivitätslücke nicht zu schließen, aber zumindest zu verkleinern, meine Damen und Herren. Wissen Sie, was wir geschafft haben, Herr Kemmerich? Wir haben das geschafft, diese Vereinbarung, diese Richtlinien gemeinsam mit Arbeitgeberverbänden, Kammern, Handwerkskammern, Wirtschaftsverbänden und den Gewerkschaften hinzubekommen. Das können Sie zur Kenntnis nehmen oder eben auch nicht. Das bleibt eine Tatsache, weil nämlich beide Seiten eingesehen haben, dass es, ohne in die Qualität der Arbeitsplätze zu investieren, in Thüringen nicht gelingen wird, diese Arbeitsplätze zu sichern. Diese Erkenntnis dürfte Ihnen normalerweise als FDP nicht schwerfallen, aber ich weiß nicht, von welchen wirtschaftspolitischen Linien Sie sich leiten lassen, sie können jedenfalls nichts damit zu tun haben, was in Thüringen gefordert und in Thüringen gebraucht wird. So viel dazu, meine Damen und Herren.

Sie sehen aus all dem, was ich Ihnen vorgetragen habe, es wurde ein mächtiger Stein ins Rollen gebracht. Es ist wichtig, dass wir gemeinsam dafür sorgen, dass er weiter an Fahrt aufnehmen wird. Der Paradigmenwechsel der vergangenen Jahre,

nicht nur in der Wirtschafts- und in der Arbeitsmarktpolitik, sondern vor allem, und da will mich ausdrücklich auch bei den Thüringer Unternehmen bedanken, zeigt erste Erfolge und bringt den Freistaat auf den richtigen Weg, vor allen Dingen bringt er ihn auf einen besseren Weg, als den, den wir vor 10/15 Jahren eingeschlagen haben.

Ganz zum Schluss, meine Damen und Herren, ich habe zur Kenntnis genommen, der eigentliche Anlass der Aktuellen Stunde ist ein wirtschaftspolitisches Papier der CDU. Ich sage Ihnen ganz offen, man muss manche Dinge nicht ernster nehmen, als es unbedingt notwendig ist. Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Durch die Verlängerung der Redezeit für die Erklärung des Wirtschaftsministers haben wir erneut Redezeit für die Fraktionen, und zwar 2 Minuten und 30 Sekunden pro Fraktion. Es hat sich zu Wort gemeldet die Abgeordnete Leukefeld von der Fraktion DIE LINKE. Ich sehe Herrn Heym, Herrn Barth.

Abgeordnete Leukefeld, DIE LINKE:

Danke, Herr Minister, dass Sie uns noch einmal Redezeit verschafft haben. Im Übrigen sollte man den politischen Kontrahenten immer ernst nehmen, schon allein deshalb, dass es uns nicht so geht, wie mit dem Stein von Sisyphos, als er nämlich oben war, krachte er wieder runter. Deswegen sollen auch Wählerinnen und Wähler, Bürgerinnen und Bürger in diesem Land wissen, wer welche Position wozu einnimmt. Das halte ich schon für wichtig.

(Beifall DIE LINKE)

Ansonsten, Herr Minister, könnten Sie uns jetzt sehr dankbar sein, dass Sie noch mal die „stolze Bilanz“ hier darlegen konnten.

(Zwischenruf Höhn, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Ich habe mich nicht beschwert.)

Nein. Es ist eben mit der guten Arbeit in Thüringen - das haben Sie selbst gesagt - nicht ganz so, wie man manchmal glauben möge. Entlohnung ist immer konkret. 270.000 Menschen in Thüringen verdienen weniger als 8,50 € - haben Sie selber gesagt. Ich will nur mal sagen, nach der Böckler Stiftung kämpfen 54 Prozent im Bereich der Gastronomie, 42 Prozent in der Landwirtschaft, 29 Prozent im Dienstleistungsbereich und 28 Prozent im Handel - schönen Gruß auch an Undine Zachlot von ver.di, gut, dass du heute hier bist - darum, bessere Löhne zu bekommen, weil sie weniger als 8,50 € verdienen; nicht zu reden von den 35 Prozent Aufstockern. Das ist Demütigung, das ist würdelos - auch das will ich hier noch einmal sagen.

(Abg. Leukefeld)

(Beifall DIE LINKE)

Deswegen muss etwas getan werden. Herr Minister, Sie können sicher sein, dass wir uns immer, wenn es um gute Arbeit, um Stärkung der Gewerkschaften, um stärkere Arbeitnehmerrechte geht, an der Seite derjenigen befinden, die dafür eintreten. Da will ich gar nicht das „Hase und Igel“-Spiel mitmachen nach dem Motto: Wir waren schon da. Ich kann nur sagen, als wir vor 12 Jahren 7,50 € Mindestlohn auf irgendeinem Parteitag beschlossen haben, haben alle gelacht, sogar noch die Gewerkschaften und haben gesagt, das bekommen die nie hin. Ich denke, mit politischem Druck, mit Engagement und Kampf, vor allen Dingen auch mit denen, die es betrifft, kann man viel hinbekommen.

Zum Schluss vielleicht noch: Die Tarifbindung in Thüringen ist rückläufig trotz der konzertierten Aktion, deswegen, sage ich, brauchen wir starke Gewerkschaften auf diesem Weg. Ich sage auch, wir brauchen die Bereitschaft und Offenheit von

Präsidentin Diezel:

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordnete Leukefeld, DIE LINKE:

- einen Satz noch - Unternehmern. Ich habe mich gerade gestern mit einem unterhalten, der sagt, er wird Festeinstellungen zum Mindestlohn machen, die die

Präsidentin Diezel:

Frau ...

Abgeordnete Leukefeld, DIE LINKE:

- ja - zusätzlich ...

(Heiterkeit im Hause)

Er wird Festeinstellungen machen. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Diezel:

Ich bin schon wohlwollend, aber das ist dann doch zu viel gewesen. Danke schön. Als Nächster hat sich der Abgeordnete Barth von der FDP-Fraktion zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Barth, FDP:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister, das waren wirklich sehr spannende Ausführungen und, ich will mal sagen, wissen Sie, die FDP-Fraktion hat in den letzten knapp fünf Jahren hier bei vielen wirtschaftspolitischen Debatten mit Ihnen, insbesondere auch mit Ihrem verblichenen Vorgänger - mit Ihrem aus dem

Amt verblichenen, meine ich nur - immer wieder darauf hingewiesen, dass wir es für notwendig halten, dass die Wirtschaftsförderung, die Wirtschaftspolitik dieser Landesregierung sich an den kleinen und mittleren Betrieben in diesem Land ausrichtet. Und wenn wir das gesagt haben, dann wurde uns immer erzählt, das sei völlig überflüssig und dummes Zeug, weil das nämlich längst passieren würde. Jetzt ist Herr Machnig ein halbes Jahr nicht mehr da und Sie erzählen uns, Sie haben die Wirtschaftspolitik des Landes neu ausgerichtet mit Schwerpunkt auf kleine und mittlere Betriebe. Jetzt frage ich mich: Wieso war denn das notwendig, wenn es die ganze Zeit schon stattgefunden hat?

(Beifall FDP)

Das würde mich nun wirklich einmal interessieren. Und weil das so ist, lieber Uwe Höhn, muss ich jetzt mal sagen, politisch habe ich Herrn Machnig in der Frage nicht über den Weg getraut und ich habe aus dem Wirtschaftsministerium bis jetzt nichts vernommen, was mich dazu verleiten sollte, von dieser skeptischen Grundhaltung gegenüber dem Ministerium abzuweichen, nur weil es dort einen neuen Minister gibt.

(Zwischenruf Höhn, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Schauen Sie mich doch einfach an: Können diese Augen lügen?)

(Beifall FDP)

Ja, das konnten die von Ihrem Vorgänger schon genauso gut. Das ist genau das Problem. Die Worte höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.

(Beifall FDP)

Die Mittel sind alle gebunden, es gibt überhaupt keine Möglichkeit mehr, in diesem Jahr groß irgendwas neu auszurichten. Deswegen ist, auch mit Blick auf Zalando und viele andere, das, was mein Kollege Thomas Kemmerich hier gesagt hat, die Wahrheit. Da sind die Fördermittel verbuddelt worden. Wenn es nach Herrn Machnig gegangen wäre, wären 63 Mio. € an Opel auch noch weg gewesen, ohne dass dort irgendetwas passiert wäre. Das ist die Wahrheit der Wirtschaftsförderung dieser Landesregierung von 2009 bis 2014, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das muss sich in einer nächsten Legislatur ändern. Es wird sich nicht ändern, wenn dann hier Leute ans Ruder kommen, die noch mehr damit beschäftigt sind, das Geld auszugeben und überhaupt keine Gedanken daran verschwenden, wer das erarbeitet. Das sind nämlich genau die kleinen und mittleren Betriebe in diesem Land. Die gibt es dann irgendwann nicht mehr. Dann könnt ihr alle mal sehen, wo ihr das Geld herbekommt, was ihr ausgeben wollt. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Für die CDU-Fraktion hat das Wort der Abgeordnete Heym.

Abgeordneter Heym, CDU:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können hier jeden Tag drei Stunden darüber reden, wie gut das ist, dass der gesetzliche Mindestlohn für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingeführt wird; alles richtig. Und wenn der Wirtschaftsflügel der Union sich Gedanken darüber macht, wie das umsetzbar ist, dann ist das nicht Murks, Frau Siegesmund, kann ja sein, Sie nehmen früh die Weisheit mit Ihrem Müsli ein, aber die Lebenswirklichkeit ist eine andere.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Bio-Müsli.)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Probieren Sie es doch mal mit dem Müsli!)

Ich will Ihnen ein Beispiel sagen. In Frankreich haben wir einen staatlich festgelegten Mindestlohn von 9,53 € und der französische Staat wendet 2 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts auf, um staatliche Lohnsubventionen vorzunehmen, weil viele Bereiche der Wirtschaft dieses Lohnniveau nicht erwirtschaften. Wir werden an dieser Weisheit nicht vorbeikommen, dass für die Lohnzahlung am Ende einzig und allein nur die Produktivität der Unternehmen maßgeblich sein kann.

(Beifall CDU, FDP)

Deshalb werden wir erleben, wie die Einführung dieses gesetzlichen Mindestlohns wirkt. Ich bin doch vollkommen bei denen, die sagen - gerade in der Gastronomie und in den ganzen Bereichen, wo wenig Löhne gezahlt werden können. Aber das ist nicht deshalb der Fall, weil die Gastronomen nun besonders arbeitnehmerfeindlich sind, sondern weil es offensichtlich nicht erarbeitbar ist, was wir uns alle gern wünschen. Demzufolge werden wir uns möglicherweise darauf einstellen müssen, dass mancher Arbeitnehmer, der zu einem niedrigeren Lohn eingestellt worden ist, in Zukunft nicht mehr eingestellt werden kann. Dann hat der Staat die Leute wieder zu 100 Prozent auf seiner Tasche liegen, denn dann reicht es nicht, dass nur Lohnanteile dazugezahlt werden, sondern dann hat er die Leute ganz in seiner Unterhaltung.

(Unruhe FDP)

Deshalb ist es nicht unanständig, darüber nachzudenken, ob das in allen Bereichen so richtig ist.

Ein Wort zur Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung, Herr Minister. Wir begrüßen ausdrücklich diese Neuausrichtung, vollkommen richtig, aber es ist auch richtig, was der Kollege Barth gesagt hat. Wenn es nicht falsch gewesen wäre, hätte man es

nicht tun brauchen. Es sind in den drei Jahren viele Millionen ausgegeben worden, die an anderer Stelle sinnvoller hätten verwendet werden können, denn - das ist mein letzter Satz - unsere Thüringer Wirtschaft ist kleinstrukturiert. Es ist richtig, wenn wir unsere Wirtschafts- und die Förderpolitik genau auf die Unterstützung dieser Unternehmen ausrichten. Deshalb werden wir alle gemeinsam erleben, wie diese Einführung des gesetzlichen Mindestlohns wirkt. Wir haben darauf aufmerksam gemacht

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Heym, CDU:

- sofort -, dass es da Probleme geben wird, wir werden uns wieder sprechen.

(Beifall CDU, FDP)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Als Nächster spricht der Abgeordnete Weber von der Fraktion der SPD.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Aber wir wissen doch jetzt schon, dass er zur Gewerkschaft geht.)

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Wo soll er auch hin?)

Abgeordneter Weber, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich würde gern noch ein Wort zu Ihnen, Frau Leukefeld, sagen. Sie haben gesagt, Sie machen nicht das „Hase und Igel“-Spiel. Dann kommen Sie und sagen, die ganze Welt hätte über Sie gelacht, als Sie auf dem Parteitag die 7,50 € beschlossen haben. Wissen Sie, das ist der Unterschied zwischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und den Linken. Das ist der entscheidende Unterschied, denn wir glauben schon, dass diejenigen, die für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sprechen, die Gewerkschaften in Deutschland, diejenigen sind, die mitbestimmen sollten, wo, in welcher Höhe und ob es eine untere Auffanglinie gibt. Deswegen hat die Sozialdemokratie zunächst mit den Interessenvertretern der Beschäftigten darüber verhandelt und diskutiert, ob wir einen gesetzlichen Mindestlohn wollen. Und erst, nachdem die Gewerkschaften, die Einzelgewerkschaften und der DGB, dem zugestimmt haben, erst dann haben wir deutlich gemacht, dass auch wir diese politische Forderung für richtig halten.

(Zwischenruf Abg. Leukefeld, DIE LINKE: Als der Zug fuhr, sind Sie aufgesprungen.)

Wissen Sie, Herr Barth, es bleibt mir ja nicht erspart, Sie haben es schon befürchtet, dass ich noch

(Abg. Weber)

etwas zur FDP sage. Sie haben jetzt zum wiederholten Mal gesagt, die Wirtschaftspolitik muss sich einzig und allein an den mittelständischen und an den kleinen Unternehmen messen. Also erstens einmal spiegelt das nicht Ihre Politik wider. Zweitens wäre es schön, wenn wir es schaffen würden, dass sich die Politik, und zwar in allen Politikfeldern, endlich einmal an den Menschen orientiert, an denjenigen, die regiert werden, an denjenigen, die von schlechten Arbeitsbedingungen und von sozialen Schieflagen betroffen sind.

(Zwischenruf Abg. Bergner, FDP: Sie haben es fünf Jahre lang nicht gemacht.)

Wir haben es fünf Jahre mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln

(Zwischenruf Höhn, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Das ist Käse, was Sie erzählen, wir hätten es fünf Jahre lang nicht gemacht.)

(Unruhe FDP)

auf den Weg gebracht, dass die soziale Situation für viele, viele Beschäftigte in Thüringen besser geworden ist.

Jetzt noch ein Satz zu dem wirtschaftspolitischen Statement der wirtschaftspolitischen Sprecher der Union auf der Wartburg oder wo auch immer, es heißt „Wartburger Erklärung“: Wissen Sie, wenn ich mich an die Diskussion zur GRW-Förderung erinnere - die wirtschaftspolitischen Sprecher der Union waren dagegen. Als wir uns über das Vergabegesetz in Thüringen unterhalten haben - die wirtschaftspolitischen Sprecher der Union waren dagegen. Als wir uns unterhalten haben zu Mindeststandards GRW-Förderung, die zweite - die wirtschaftspolitischen Sprecher waren dagegen. In keinem dieser Punkte hat sich die wirtschaftspolitische Linie, haben sich die wirtschaftspolitischen Sprecher in Thüringen innerhalb der Union durchgesetzt oder auch nicht innerhalb der Koalition. Das macht Hoffnung, dass die „Wartburger Erklärung“ auch das bleibt, was es ist, ein Stück Papier, auf dem ein paar Dinge stehen, die nicht besonders gut sind. Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Siegesmund das Wort.

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, nachdem der Freundlichkeiten jetzt hier ge-

nug ausgetauscht worden sind, möchte ich einmal drei Punkte glattziehen.

Herr Heym, Sie sagen, Sie können den Blick in die Kugel: Es wird Probleme geben. Er begründet das nicht sachlich, sondern er stellt es einfach in den Raum. Jetzt kann man diese heute schon zitierte Böckler-Stiftung hernehmen und kann sagen: Was ist denn mit den Bedenkenträgern, wie kann man denen denn entgegen und argumentieren? Ich halte Ihre Denkweise für nichts anderes als apokalyptische Drohungen. Das muss ich jetzt einmal an der Stelle so sagen. Wenn Sie es eigentlich vertreten sollen und mit so einer Haltung durch das Land gehen, weiß ich, was das am Ende heißt. In dieser Studie heißt es, ich zitiere einmal: „Deutschland zählt nach Studien der EU zu den Innovationsführern in Europa, daher könnten Betriebe gut mit Effizienzsteigerungen auf die Lohnuntergrenze reagieren.“ Ein Grund, warum die Böckler-Stiftung sagt, habe Vertrauen darin, dass der Mindestlohn auch für die Bundesrepublik das Richtige ist. Ich ziehe aus Ihrer kritischen Haltung, Herr Heym, folgende Konsequenz: Sie haben kein Vertrauen in die Innovationskraft und Fähigkeit dieses Landes. Und indem Sie durch das Land ziehen und sagen, der Mindestlohn ist etwas, was Probleme macht, entziehen Sie den mittelständischen Unternehmen auch in Thüringen das Vertrauen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das halte ich für eine fatale Wirtschaftspolitik.

(Unruhe FDP)

Das will ich Ihnen einmal sagen. Auf solche Gedanken kommt man vielleicht, wenn man zum Frühstück immer nur eine Bratwurst isst.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann gibt es einen zweiten Punkt, den ich wichtig finde. Das eine ist, dass CDU und SPD, da nehmen Sie sich beide gar nichts, durch das Land gehen und sagen: Wer hat es gemacht? Wir haben es gemacht, die Arbeitslosenquote in Thüringen gesenkt. Aber solange Sie auch gleichermaßen hergehen und behaupten, dass eine niedrigere Arbeitslosenquote auch gute Arbeit ist, haben Sie nichts verstanden.

(Zwischenruf Höhn, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Haben wir auch nicht behauptet.)

Doch, ich habe auch den Zungenschlag bei Ihnen so gehört, Herr Höhn, denn Sie haben an der einen oder anderen Stelle eine andere Betonung gehabt. Aber Sie müssen bitte auch einmal von dem hohen Ross herunterkommen und deutlich machen, dass gute Arbeit mehr ist, nämlich dass das gut finanziert wird.

(Abg. Siegesmund)

(Zwischenruf Höhn, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Ich habe es doch wirklich sehr differenziert ausgedrückt.)

Und in einem Punkt stimme ich Ihnen allen sehr zu, nämlich den Durchschnittslohn von 15 € für Thüringen runtergebrochen, da ist eine Marge drin, ich glaube, auf solche Zahlen sollte man sich in der Debatte gar nicht einlassen. Was heißt denn 15 € im Durchschnitt, dass mancher vielleicht 50 € verdient und ein anderer wieder nur 6,50 € oder die Schere noch weiter auseinandergeht? Ich glaube, da sollten wir qualitativ einfach sehr genau sehen, was das am Ende heißt. Ich rate einfach dazu, dass man, wenn man über gute Arbeit redet, auch gute Arbeit meint. Dazu gehört ein vernünftiger, guter, auskömmlicher Lohn und davon ist die CDU anhand ihres Papiers jedenfalls noch weit entfernt. Danke.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Jetzt haben wir alle Redezeit abgearbeitet. Ich schließe den zweiten Teil der Aktuellen Stunde und rufe auf den **dritten Teil** der Aktuellen Stunde

c) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD zum Thema: „Hohe Schrecke - Alter Wald mit Zukunft‘ - Touristisches Potenzial einer Region“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags

- Drucksache 5/7914 -

Das Wort hat die Abgeordnete Holbe.

Abgeordnete Holbe, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ein sehr schönes Thema „Hohe Schrecke - Alter Wald mit Zukunft‘ - Touristisches Potenzial einer Region“. Vielleicht für diejenigen, die nicht viel mit der Hohen Schrecke anfangen können, obwohl wir vor Kurzem hier im Landtag auch eine Ausstellung hatten: Sie liegt im Kyffhäuserkreis, im Burgenlandkreis und im Landkreis Sömmerda, 7.000 Hektar fast unzerschnittenes Buchenwaldgebiet mit einem sehr hohen Artenreichtum. Wir haben bei uns zum Beispiel alle 14 Fledermausarten, die es in Thüringen gibt, nachweisen können. Wir haben die Wildkatze, wir haben den Schwarzspecht und wir haben 2010 einen Glanz-Knochenkäfer entdeckt, der seit 100 Jahren verschollen war. Leider fehlt die Zeit, hier eine ausführliche Darstellung dieser Einmaligkeit der Landschaft vorzunehmen.

Die Hohe Schrecke hat sich im Wettbewerb idee.natur 2009 gegen 121 Regionen in ganz Deutschland durchgesetzt. Sie hat hier mit vier weiteren Preisträgern die Chance bekommen, ein Projektgebiet zu entwickeln, und zwar haben wir in einer ersten Phase einen Pflege- und Entwicklungsplan und ein integriertes Entwicklungskonzept erstellt. Erstmals in Deutschland, da sind wir praktisch modellhaft Vorreiter, hat man hier die Umweltförderung mit der Regionalentwicklung gekoppelt.

Passend zum Projekt, denke ich, sind auch die Projektträger. Hier arbeiten 12 Anrainerkommunen sehr intensiv mit der David-Stiftung zusammen. Es werden zurzeit Themenwege entwickelt, Hauptwanderwege ausgewiesen, neues Kartenmaterial erstellt, ein prägnantes Marketing unter dem Titel „Alter Wald mit Zukunft“ entwickelt. Neben Naturranger, Fachvorträgen, Seminaren wurden bereits Projekte gefördert wie ein Holzatelier, mehrere private Unterkünfte, ein Kräuterhaus und eine Kelterei.

Wieso diese hohe Akzeptanz? Wir haben erkannt, dass die Hohe Schrecke der einzige Rohstoff bei uns in der ländlich geprägten Region ist, der die Chance, das Potenzial hat, weiterentwickelt zu werden und daraus regional eine Wertschöpfungskette zu entwickeln. Mit dieser Regionalentwicklung haben wir bereits 2009 begonnen, es ist jetzt bis 2016 mit einem Betrag von 1,25 Mio. € verlängert worden.

Wir haben am 25. März 2014 bei uns die Scheckübergabe gehabt, wo der zuständige Umweltminister, Herr Reinholz, und der Wirtschaftsminister mit anwesend waren, die Sozialministerin. Ich habe sehr wohl die umfangreiche Unterstützung, die uns hier von beiden maßgeblichen Häusern zuteilgeworden ist, vernommen. Ich habe auch gehört, wie Minister Höhn zugesagt hat, über die touristische Förderung in den nächsten Jahren auch in der Hohen Schrecke präsent zu sein. Das finde ich erst einmal sehr gut. Wir werden ihn da beim Wort nehmen, soweit das möglich ist.

Ich möchte an der Stelle natürlich auch einfordern - wir haben bei uns im Kyffhäuserkreis vor Jahren die Wachstumsinitiative begründet, eine, denke ich, sehr gute Sache mit vielen Projekten. Die Projekte werden über die interministerielle Arbeitsgruppe betreut. Ich wünsche mir, dass auch die Hohe Schrecke mit aufgenommen wird. Es gibt auch einen Projektantrag zur Internationalen Bauausstellung, die in Thüringen stattfinden wird. Auch hier hoffen wir auf entsprechende Beachtung.

Die Hohe Schrecke ist ein Geheimtipp, aber das soll es nicht bleiben. Wir arbeiten dran und ich will eingestehen, es war nicht immer einfach. Wir mussten schon ordentlich kämpfen, aber letztendlich zählt der Erfolg und ich weiß, der Erfolg hat bekanntlich viele Väter, aber Herr Weber, Sie nehme

(Abg. Holbe)

ich da ausgesprochen mal aus. Sie haben hier im letzten Plenum dazu gesprochen, unsere Ministerpräsidentin hätte gerade die Hohe Schrecke entdeckt. Da muss ich sagen, sie war mit mir schon 2004 dort wandern, hat mehrere Veranstaltungen wahrgenommen und uns auch an vielen Stellen mit unterstützt und begleitet. Deshalb möchte ich mich abschließend bei denen bedanken, die hier zum Erfolg beigetragen haben; die Mitglieder des ALF Gotha, des Landeswirtschaftsministeriums, der TLUG in Jena und der David-Stiftung, die hier hervorragend mit uns zusammengearbeitet haben, um eine touristische Entwicklung einzuleiten. Danke schön.

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Für die Fraktion DIE LINKE hat das Wort der Abgeordnete Tilo Kummer.

Abgeordneter Kummer, DIE LINKE:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Es ist schon ein ganz schöner Umschwung von der vorherigen Aktuellen Stunde vom Tigerstaat jetzt ins Reich der Wildkatze zu kommen, aber ich denke,

(Zwischenruf Abg. Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es sind beides Katzen.)

das ist dem Anliegen angemessen. Aus der Hohen Schrecke kann man drei Lehren ziehen, aus ihrer Entwicklung in den letzten zehn Jahren. Die erste: Dass öffentliches Eigentum ein hohes Gut ist, was man nicht zugunsten Einzelner ohne Gedanken privatisieren sollte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Außerdem, dass vor Ort entstandene Regionalentwicklungskonzepte von Anfang an gestärkt werden sollten, statt ihnen Knüppel zwischen die Beine zu werfen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und die dritte und das ist wirklich ein gutes Signal: Engagement und Beharrlichkeit lohnen sich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, als ich das erste Mal in der Hohen Schrecke war, das war auch etwa vor zehn Jahren, war ich fasziniert von den Urwaldstrukturen, die man im Wiegental antreffen konnte. Ein Wald, wie ich ihn sonst in Deutschland bisher nur auf der Insel Vilm gesehen habe. Man steht dort in Hallen unter riesigen Bäumen und sieht daneben, wo so ein Riese zusammengebrochen ist, wie sich junge Bäume mit aller Kraft den Weg ins Licht brechen. Dieses herrliche Bild schrie eigentlich schon damals danach, unter Schutz gestellt zu werden. Die LEG hatte den Auftrag, diese Fläche zu entmunitionieren und hat sie hinterher verkauft

und seitdem rudert man eigentlich, um diesen Fehler wiedergutzumachen. Es hatte damals ein Konzept gegeben: BUND, die David-Stiftung und die Kommunen vor Ort gemeinsam; sie wollten diesen Wald kaufen, da sich das Land nicht dafür ausgesprochen hat, ihn selbst zu behalten. Sie hatten ein Konzept unterbreitet. Dieses Konzept fand leider bei den Entscheidern keine Zustimmung und man verkaufte an jemanden, der zwar mehr bot, was aber in Jahrestrenchen eigentlich durch Holzeinschlag mehr oder weniger zusammenzubringen war. Letzten Endes hatte der Staat davon nicht wirklich etwas. Man hat nicht aufgegeben. Die Kommunen haben anschließend versucht, ihr Vorkaufsrecht wahrzunehmen. Dagegen klagte die LEG dann noch, eine sehr, sehr schwierige Auseinandersetzung. Als dann die Idee mit dem Naturschutzgroßprojekt aufkam, hat das Umweltministerium ein anderes Projekt unterstützt und nicht die Hohe Schrecke. Trotzdem waren die regionalen Akteure erfolgreich. Frau Holbe, vielen Dank dafür. Auch Sie waren dort immer mit an der Spitze der Bewegung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Beifall SPD)

Bei Ihnen kann man wirklich sagen, Sie gehören mit zu den Eltern des Erfolgs, aber wir müssen bedenken, dass wir in Zukunft, wenn sich solche Entwicklungen in Thüringen bieten, die eine einmalige Chance sind, sie von Anfang an unterstützen. Das sollten wir aus der Hohen Schrecke mitnehmen und auch wenn jetzt LEG-Wald unter Schutz gestellt, nicht weiter bewirtschaftet wird, auch wenn jetzt die Konsequenzen gezogen werden - in Zukunft bitte etwas eher. Das hat dieser natürliche Reichtum unseres Landes verdient. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Für die SPD-Fraktion hat das Wort Frau Abgeordnete Mühlbauer.

Abgeordnete Mühlbauer, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! „Hohe Schrecke - Alter Wald mit Zukunft“. 100 Jahre wächst sie, 100 Jahre steht sie, 100 Jahre vergeht sie - die Buche. Frau Holbe, ich möchte Ihnen heute von hier auch meinen außerordentlichen Dank aussprechen, weil Sie waren fast schon „APO“ in Ihren Reihen, also außerparlamentarische Opposition, was den Naturschutz angeht, und ich weiß, welche Kämpfe Sie hier und in der Region auskämpfen mussten.

(Beifall CDU, SPD)

Ich denke, das ist einen Applaus wert, weil - ich sage das hier so ganz deutlich - Sie ein Hoffnungs-

(Abg. Mühlbauer)

punkt des Naturschutzes in Ihrer Fraktion sind. Ich hoffe, dieses kleine Flämmlein, das Sie beleuchten, bestrahlen, weitet sich in Ihre Reihen aus und dieses Verständnis schlägt über in die Rhön, in den Südharz, in den Hainich - Moment, was haben wir noch -, ins Vessertal und dieses Vorbild und dieses Beispiel, das Sie in der Region und in der Regionalentwicklung am Beispiel Hohe Schrecke und ihre Region entwickeln konnten, kann vorbildlich für die anderen Dinge in Thüringen laufen und weiterentwickelt werden. Da haben wir Defizite, das sage ich Ihnen ganz deutlich. Es möge mir hier erlaubt sein, an diesem Tag, wo wir uns alle über die Hohe Schrecke freuen, auch zu sagen, wir haben hier ein Beispielprojekt und dieses Beispiel kann auch für andere Regionen positive Entwicklungen bringen,

(Beifall SPD)

positive Entwicklungen in der Regionalplanung, positive Entwicklungen in Bereichen, die durchaus Wachstum benötigen. Ich denke hier an den Südharz. Das ist einer der Punkte, wo ich ein bisschen mit Traurigkeit rausgehe, denn gerade diese strukturschwache Region hätte mit einem landesweit übergreifenden Konzept durchaus auch Chancen. Das Beispiel, dass dieses möglich ist, haben Sie uns heute gebracht.

Lassen Sie mich noch eine Anmerkung aus Ihrer Region machen. Hier lernte der Homo erectus das aufrechte Gehen, hier fand man die Himmelsscheibe von Nebra, hier hatten die Ottonen ihre Heimatpfalzen - nur kurz als kleine Ergänzung zu Ihrem Überblick. Das zeigt, mit welchem Kulturreichtum der Freistaat Thüringen, unsere Region gesegnet ist, das zeigt aber auch, dass Naturschutz, Tourismus, Regionalentwicklung Hand in Hand gehen kann, Hand in Hand gehen muss. Lassen Sie mich an dieser Stelle meinen ausdrücklichen Dank an Barbara Hendricks übermitteln, die immerhin 9,1 Mio. von den notwendigen 12 Mio. beisteuert. Ein Dank auch - neben Ihnen, denke ich - sollte an dieser Stelle an Adrian Johst gehen, der mit unermüdlichem Glauben

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

an den Naturschutz und an dessen Chancen in dieses Projekt hineingegangen ist und es ermöglicht hat, die Akteure für das Eigenkapital, wie zum Beispiel die Zoologische Gesellschaft Frankfurt, den BUND und andere, davon zu überzeugen, die 10 Prozent Eigenanteil, die zu den Mitteln notwendig sind, mit beizusteuern.

Liebe Frau Holbe und alle anderen, das ist ein Beginn. Ich habe heute eine Bitte: Ein Beginn mit einem positiven Zeichen. Aber lassen Sie mich noch eins sagen: Es gibt natürlich Dinge, die verbesserungswürdig sind. Man hat sich im Ilm-Kreis sehr gefreut, aber festgestellt, dass Nahverkehrsverbindungen durchaus ausbaufähig werden. Das viel-

leicht nur an Sie als regionale Vertretung. Lassen Sie uns das weiter aufbauen, die vier Jahre das Geld sinnvoll in die Region geben, die touristische Entwicklung mit einsteuern. Lassen Sie uns bitte weiterhin dafür kämpfen, dass Regionalentwicklung auch finanziert werden muss. Dazu haben wir neben dem Landwirtschaftsminister natürlich die Städtebauförderung und natürlich noch andere Instrumente, die Hand in Hand mit dem Naturschutz gehen müssen. Naturschutz allein muss für Menschen vor Ort auch einen Mehrwert haben.

Vielen Dank. Es ist ein tolles Projekt und danke für ihr allseitiges Engagement.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen Dank, Frau Mühlbauer. Als Nächster hat jetzt der Abgeordnete Dirk Adams für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! „Die Hohe Schrecke - Alter Wald mit Zukunft“, das ist eine ideale Verknüpfung von Naturschutz und Regionalentwicklung. Ich bin froh, dass wir ein solches Beispiel in Thüringen haben.

Kürzlich wurde eine Studie veröffentlicht, in der ausgedrückt wurde, Menschen wünschen sich mehr Wildnis. Mehr Wildnis brauchen wir auch, um in dieser technisierten und immer wieder beschleunigten Welt Ruhe- und Ankerpunkte zu finden. Die Hohe Schrecke ist die ideale, die perfekte Antwort auf dieses Bedürfnis, das immer stärker wird. Ich denke, dass hier große Potenziale bestehen. Aber auch die Wildnis, erhalten durch eine militärische Nutzung, braucht unsere Unterstützung, sonst ist sie nämlich weg. Es ist schon mehrfach gesagt worden, die enorme Anzahl gerade bei den Waldinsekten - Juchtenkäfer, Glanz-Knochenkäfer, all das ist schon genannt worden, manche schmunzeln darüber - zeigt aber die absolute Bedeutung dieses alten Waldgebietes, das praktisch dafür ursächlich ist, dass es diese Insekten dort überhaupt noch geben kann. Die naturschutzfachlichen Leuchttürme, wie zum Beispiel ganz besondere Fledermaushöhlen von enormer Bedeutung, sind ein weiterer Indikator für die Wichtigkeit. Dies zu erhalten, heißt in jedem Fall, Mensch und Natur eine Zukunft zu geben, meine sehr verehrten Damen und Herren. Deshalb bin ich froh, dass es heute keinen kleinkarierten Streit darüber gab, wer nun Vater oder Eltern dieses Projektes waren. Es war immer so, dass einige Ministerien eher unterstützt haben, andere mehr dem entgegenstanden. Aber Herr Kummer hat es schon gesagt, wichtig war das Engage-

(Abg. Adams)

ment vor Ort gewesen. Dafür stehen Frau Holbe und viele Bürgermeister vor Ort, die überhaupt erst der LEG und der damaligen Landesregierung die Stirn geboten und gesagt haben „So nicht!“.

Anstatt nun daraus zu lernen, dass man endlich gemeinsam arbeiten muss, stehen sich schon wieder einige Interessen in der Landesregierung gegenüber. Damit will ich auch zur Kritik kommen in diesem allzu schönen Tagesordnungspunkt.

Wir haben wieder die Situation, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass zum Beispiel Herr Höhn versucht, durch die touristische Förderung den Wanderbetrieb dort durch das Erstellen von Wanderkarten und Wegenetzen anzutreiben und zu befördern. Wenn man sich die Karten anschaut und die Wegekonzepte einmal genauer studiert, dann sieht man, dass der Bahnhof Reinsdorf ein enorm wichtiger Punkt dafür ist, Anfangspunkt für diese Wanderungen, Verknüpfungspunkt. Und dieser Haltepunkt, sehr geehrter Herr Minister Carius, wird von Ihnen gerade abbestellt.

(Zwischenruf Carius, Minister für Bau, Landesentwicklung und Verkehr: Ach, so ein Quatsch.)

Sie stehen diesem Haltepunkt entgegen, Sie stehen der touristischen Entwicklung in der Hohen Schrecke ...

(Zwischenruf Carius, Minister für Bau, Landesentwicklung und Verkehr: Sie erzählen einen großen Unfug.)

Dann erklären Sie doch einfach, dass der Haltepunkt bleiben wird, dann sind wir alle wieder beruhigt.

(Zwischenruf Carius, Minister für Bau, Landesentwicklung und Verkehr: Sie sollten besser lesen können!)

Sie stehen dem entgegen und wir müssen gemeinsam arbeiten. So wie bisher kann es nicht weitergehen.

Und zweitens - jetzt ist Herr Höhn leider nicht da - das SPD-Wirtschaftsministerium: Es gab einen langen Streit, alle haben davon gesprochen, viel mehr wissen noch darüber, über die Flächen. Die LEG, sie besitzt noch einiges an Filetstücken, einiges an Hektar dort. Anstatt sich endlich der Verantwortung zu stellen, anstatt sich endlich der Verantwortung für den Naturschutz zu stellen und an diesem Naturschutzgroßprojekt mitzuwirken, plant die LEG, dort ein Sonderjagdgebiet für die Trophäenjagd einzurichten. Unglaublich, meine sehr verehrten Damen und Herren! Trophäenjagd ist überhaupt diese Form, die diametral gegen die Naturschutzziele, die man dort verfolgen will, steht, weil man nämlich die Wilddichte künstlich anheben muss, um dieses Projekt voranzubringen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist unglaublich und ich erwarte von

Herrn Höhn eine Erklärung, zu sagen: Wir werden das nicht machen; diese Pläne bei der LEG kommen vom Tisch. Und ich erwarte von Ihnen, Herr Carius, eine Erklärung, dass der Haltepunkt Reinsdorf wirklich bleibt. Nur so hat dieser alte Wald eine Zukunft. Vielen Dank.

(Zwischenruf Carius, Minister für Bau, Landesentwicklung und Verkehr: Ich muss mich doch nicht erklären für Ihre Märchen.)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen Dank, Herr Adams. Als Nächste hat jetzt das Wort Abgeordnete Franka Hitzing für die FDP-Fraktion.

Abgeordnete Hitzing, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Holbe, herzlichen Glückwunsch, Sie haben sich da als Bürgermeisterin - Sie sind Bürgermeisterin da - ganz toll engagiert. Dazu kann ich Ihnen wirklich nur gratulieren, weil ich weiß, wie schwer es ist, sich als ehrenamtliche Bürgermeisterin für ein Projekt zu engagieren.

(Beifall CDU, FDP)

Dafür herzlichen Dank. Ich muss aber auch sagen - und das geht jetzt nicht an Sie, jetzt wird es allgemeiner -, es gibt sehr viele Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren und Projekte in die Gänge bringen. Sie haben jetzt natürlich das Glück gehabt und Sie haben auch die Möglichkeit, das hier zu benennen, das ist ein Riesenprojekt. Ich glaube aber, so ein kleines bisschen hat sich die Landesregierung auch gewünscht, dass hier in einer Aktuellen Stunde mal wieder was Positives benannt wird. Das ist ein tolles Projekt und mit dieser Aktuellen Stunde kann die Landesregierung mal wieder sagen, wie toll alles so läuft in Thüringen. Denn die Aktualität sehe ich jetzt nicht so ganz genau, Sie haben es selbst benannt, der Scheck wurde am 25.03. übergeben. Das ist schon eine Weile her. Es sind fast 10 Mio. €, die hier durch den Bund gefördert worden sind, das ist wirklich etwas sehr Vorzeigbares, eine angenehme Angelegenheit und natürlich auch schöner, als Koalitionsstreitigkeiten auszutragen oder die zu debattieren.

Es geht also um die Hohe Schrecke, eine wunderbare Landschaft, ein zusammenhängendes Laubwaldgebiet, das durch diese lange Nichtnutzung eine ganz besondere Besonderheit in Thüringen ist. Hier ist es gelungen - das ist im Übrigen, verehrte Frau Kollegin Mühlbauer, der Unterschied zum Südharz -, mit den Menschen vor Ort dieses Projekt über viele Jahre in die Gänge zu bringen, Frau Holbe hat es erklärt. Sie haben mit den Privatwaldbesitzern gesprochen, die Kommunen sind mit ins

(Abg. Hitzing)

Boot genommen worden und es wurde mit den Besitzern abgestimmt, wie kann man auch zum Teil Flächen, die aus der Nutzung genommen worden sind, entschädigen, den Besitzer an sich, und wie kann man bestimmten Maßnahmen zustimmen. Zum Schluss haben alle Beteiligten gesagt, das ist ein Mehrwert für die Region und wir sind damit einverstanden. Das ist der richtige Weg und das ist auch das, was wir ständig anmahnen. Wenn es darum geht, Naturschutz voranzubringen und bestimmte Gebiete auszuweisen, dann muss man das mit den Menschen vor Ort tun, die müssen es akzeptieren, anerkennen und leben, und nicht von oben aufsetzen.

(Beifall FDP)

Das ist der Unterschied zur Region Südharz, über die wir gesprochen haben. Die Umsetzung des Naturschutzprojektes ist eine sehr, sehr positive, aber Sie haben hier auch in Ihrer Aktuellen Stunde im zweiten Anstrich „touristisches Potenzial einer Region“ benannt und da ist unseres Erachtens noch ganz schön viel zu tun. Es ist auf der einen Seite diese wunderbare Landschaft und jetzt geht es natürlich um die touristische Infrastruktur. Es gibt in dem Gebiet neben dem Naturraum kulturelle Sehenswürdigkeiten, zum Beispiel das Schloss Beichlingen oder auch die Wasserburg in Heldringen, die wirklich sehr sehenswert sind. Nun muss man natürlich auch versuchen, den Besucher dorthin zu bekommen. Das ist schwierig. Die A 71 ist noch nicht fertig, wird dieses Jahr nicht fertig werden und der Abschnitt der Unstrutbahn wird nicht mehr planmäßig, sondern nur mit einzelnen Sonderzügen genutzt. Die Übernachtungskapazitäten, Sie haben es angesprochen, sind nicht ausreichend, momentan auf keinen Fall, und im Moment sieht es eben so aus, wenn diese Infrastruktur nicht belebt wird, das nicht noch intensiviert wird, dann ist es eine wunderbare Gegend, die schwer zu erreichen ist. Das ist der Punkt. Schwierig, aber daran werden Sie mit Ihrem Engagement hundertprozentig noch arbeiten.

Ein Wort noch zu Ihrem Koalitionspartner, Frau Holbe, der ja hier auch in der Regierung maßgeblich mit beteiligt ist, diese Sache auch ganz wunderbar findet und viel von Naturschutz spricht. Ich finde, Ihr Koalitionspartner, die SPD, ist ziemlich doppelzüngig, denn wenn es um den Naturschutz geht und den Wind im Wald, ist es nach unserer Auffassung vorbei mit dem Naturschutz,

(Beifall FDP)

da wird plötzlich gesagt, es ist gar nicht so schlimm, wir machen Schneisen, ist uns vollkommen egal. Und die Pachteinahmen nehmen wir dann, um den Naturschutz zu finanzieren.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Ding ist so schizophoren, da komme ich gar nicht hinterher.

(Beifall FDP)

Frau Holbe, passen Sie auf, dass Ihnen da nichts passiert in der Hohen Schrecke mit diesem Koalitionspartner. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen Dank, Frau Hitzing. Es gibt jetzt eine weitere Wortmeldung des Abgeordneten Knut Korschewsky. Herr Korschewsky, Sie haben noch 1 Minute und 40 Sekunden.

Abgeordneter Korschewsky, DIE LINKE:

Meine Damen und Herren, auch ich muss erst einmal sagen, ein tolles Projekt „Hohe Schrecke“, aber auch ich möchte mich auf den zweiten Teil konzentrieren, nämlich auf die Frage der touristischen Potenziale der Region. Hier möchte ich an meinen Kollegen Tilo Kummer anknüpfen, der von drei Lehren gesprochen hat. Ich möchte eine vierte Lehre hier anfügen: So gut, wie das einzelne Projekt ist, und so schön, wie dieses einzelne Projekt ist, wenn es aber nicht gelingt, dieses einzelne Projekt in eine Landestourismuskonzeption einzubeziehen, dann wird es schwer werden, dass dieses einzelne Projekt auf Dauer eine tatsächliche Vermarktung in diesem Gebiet bringt. Das muss ich einfach anmahnen. In der Landestourismuskonzeption steht die Hohe Schrecke 2015 eben nicht drin. Wir sind zurzeit in der Evaluierung der Landestourismuskonzeption und ich kann mir eigentlich nur wünschen, dass die Hohe Schrecke mit aufgenommen wird.

Eine zweite Frage, die ich hier ganz deutlich mit ansprechen möchte, ist die Frage der Einbeziehung der TTG, der Thüringer Tourismus GmbH.

(Beifall DIE LINKE)

Das wäre unbedingt notwendig, um diese Vermarktung tatsächlich auch übergreifend, nicht nur in der Region, sondern in ganz Thüringen und über Thüringen hinaus weiter voranzubringen. Auch hier sehe ich durchaus noch Nachholbedarf.

Lassen Sie mich eine letzte Bemerkung machen: Vor einigen Jahren ist der sogenannte Thüringenweg für viele, viele Millionen Euro 460 Kilometer lang entwickelt worden. Viel Geld ist dort reingesteckt worden. Jetzt wird viel Geld in die Hohe Schrecke reingesteckt. Ich hoffe nicht, dass es wie beim Thüringenweg ist, dass er nach einigen Jahren schon kaum noch nutzbar ist, sondern dass die Hohe Schrecke auch zukünftig für Thüringen und darüber hinaus nutzbar ist. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen Dank, Herr Korschewsky. Es gibt eine weitere Wortmeldung des Abgeordneten Weber für die SPD-Fraktion. Sie haben 30 Sekunden.

(Zwischenruf Abg. Weber, SPD: 45?)

Es tut mir leid, Sie haben 30 Sekunden.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Zählt das schon mit? Dann ist die Zeit schon vorbei.)

Abgeordneter Weber, SPD:

Ja, Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, in 30 Sekunden kann man nicht viel vorbringen. Mir ist nur ein Punkt wichtig, wenn wir über die Hohe Schrecke diskutieren: Wir sollten so einige Fehler aus anderen Regionen in Thüringen bei der Hohen Schrecke nicht wiederholen und da bin ich sehr stark bei Ihnen. Wir müssen erreichen, dass die Region tatsächlich mitgenommen wird auf diesem Weg. Das bedeutet, dass wir, wie wir vonseiten der SPD-Fraktion vorgeschlagen haben, mit dem „Hohe Schrecke Ticket“ Tourismus, Gastwirtschaft und diejenigen Sehenswürdigkeiten, die es in der Region gibt, auch zusammenbringen, einbinden und ein gemeinsames Produkt vermarkten. Ich glaube, das ist ein entscheidender Punkt, den wir mit der Hohen Schrecke auf den Weg bringen müssen. Herzlichen Dank.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen herzlichen Dank. Es liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr aus den Reihen der Abgeordneten vor. Für die Landesregierung hat sich Herr Minister Reinholz zu Wort gemeldet.

Reinholz, Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, im Rahmen des Naturschutzgroßprojekts „Hohe Schrecke - Alter Wald mit Zukunft“ werden auf einer Gesamtfläche von 15.000 Hektar Naturschutz und Regionalentwicklung miteinander sinnvoll verknüpft. Im Kerngebiet wurden 7.000 Hektar, wird der besondere naturschutzfachliche Wert erhalten und weiter verbessert. Im umgebenden Projektgebiet mit Schwerpunkt Regionalentwicklung werden regionale Wertschöpfungsketten entwickelt. Das Gebiet soll nachhaltig und naturschutzorientiert gestaltet werden. Dabei stehen drei Themen inhaltlich im Vordergrund: die Etablierung eines naturnahen Tourismus, der Erhalt und die Pflege der natürlichen und kulturellen Besonderheiten und die Stärkung der Wertschöpfung in der Land- und Forstwirtschaft. Diese drei Themen müssen natürlich im Zusammenhang betrachtet werden. Der projekttragende

Verein hat - wie Sie alle wissen - schon viel initiiert. Erstmals in diesem Jahr wurde ein Veranstaltungsflyer erstellt, der eine Übersicht über die in diesem Jahr angebotene Naturführung durch die Hohe Schrecke zu Fuß oder auch per Rad gibt. Die Veranstaltungen verteilen sich fast über das ganze Jahr und finden unter verschiedenen Themenschwerpunkten statt. Um nur ein paar Beispiele zu nennen: Es gibt Naturführungen, Kräuterwanderungen und natürlich auch kulinarische Touren. Daneben finden für die einheimischen und auswärtigen Entdecker der Hohen Schrecke Erlebnistage bzw. -märkte statt. Ein Mittel zur Erschließung des touristischen Potenzials ist natürlich die Werbung. Verwiesen sei hier auf die informative Internetseite zur Hohen Schrecke sowie auf das Hohe Schrecke Journal, das es gedruckt oder elektronisch gibt. Nicht zu vernachlässigen ist auch das Fernsehen. Hier möchte ich nur darauf hinweisen, dass der MDR letzten November eine sehr ausführliche Reportage zur Hohen Schrecke gebracht hat. Regionalentwicklung und Akteure haben einen sogenannten Tourismusstammtisch wiederbelebt, Weiterbildungsmaßnahmen und Qualifizierung regionaler Akteure wurden organisiert und bezuschusst, ebenso die Umsetzung eines Marketingkonzeptes. Weitere Einzelmaßnahmen wie eine Erlebbarkeit der Höhen, beispielsweise eine Wanderherberge, wurden und werden unterstützt und sind auch schon genannt worden. Themenwege werden nach Vorschlägen des naturschutzfachlichen Pflege- und Entwicklungsplanes umgesetzt; mit den entsprechenden Marketingmaßnahmen, wie zum Beispiel Karten und Flyer, werden sie auch überörtlich beworben. Ein digitaler Wanderführer in Form einer App wird in Abstimmung mit dem Netzwerk „Nationales Naturerbe“ zu Zwecken der Besucherlenkung sowie Umweltbildung auf Naturschutzflächen erstellt. Dadurch, dass mittlerweile auch ein Teil des Naturschutzgroßprojekts von der Planungs- in die Umsetzungsphase treten konnte, eröffnen sich aus meiner Sicht auch weitere Möglichkeiten für einen Schwerpunkt Naturschutz/Tourismus. Genannt sei hier die Verknüpfung von alter Natur und alter Kultur im Bereich des Unstruttales um die Hohe Schrecke. Es ist geprägt durch zahlreiche kulturhistorische Stätten, die Himmelsscheibe von Nebra ist nur etwa 5 Kilometer Luftlinie entfernt, ebenso die Kaiserpfalz Kloster Memleben und die Fundstelle des Homo erectus in Bilzingsleben. Kulturerbe trifft hier Naturerbe.

Vermarktungsoptionen werden insbesondere auch in Richtung der Ballungsräume Halle und Leipzig gesehen. Die Leipziger Tieflandbucht ist - wie wir alle wissen - arm an richtigen Wäldern. Vor der Sperrung als Militärgebiet war die Hohe Schrecke bereits ein wichtiges Ausflugsziel aus dem Bereich Halle/Leipzig. Daran kann und soll wieder angeknüpft werden. Der Hohen Schrecke kommt zugute, dass sie verkehrstechnisch bereits jetzt und künftig

(Minister Reinholz)

durch Autobahnverbindungen sehr gut angebunden ist. Da muss ich Herrn Adams deutlich widersprechen. Schon jetzt erreicht man die Anschlussstelle Heldrungen der A 71 vom Stadtzentrum in Halle in 45 Minuten und vom Stadtzentrum in Leipzig in 50 Minuten; aus Erfurt, wenn die Fertigstellung der A 71 durch ist, bereits in 30 Minuten.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Mit der Autobahn.)

Die Hohe Schrecke hat außerdem den großen Vorteil einer direkten Bahnanbindung. Der Bereich der Hohen Schrecke ist auch in das Netz der überregionalen Fahrradwege gut eingebunden. Nördlich und westlich der Hohen Schrecke liegt der immer stärker genutzte Unstrut-Radweg, im Süden wurde der Finnebahn-Radweg ausgebaut, er wird inzwischen durch den Landkreis Sömmerda auch mit dem Logo der Hohen Schrecke vermarktet.

Eine zentrale Zielstellung des Naturschutzgroßprojektes Hohe Schrecke ist der Verzicht der forstlichen Nutzung in größeren zusammenhängenden Waldgebieten. Hier soll sich der Wald ohne das Zutun des Menschen entwickeln. Derartig ungenutzte Wälder sind besonders wichtig für den Erhalt der Artenvielfalt. Hier finden sich viele seltene Arten: Spechte leben in den Bäumen, Fledermäuse nutzen ebenso die Baumhöhlen und Totholzkäfer sind auf alte zerfallene Bäume als Lebensraum angewiesen. Diesen Naturschutzschatz unter Beachtung der Verträglichkeit für die betreffenden Arten erlebbar zu machen, darin sehe ich ein weiteres Potenzial, das nach meinem Dafürhalten von den Projektträgern der Region auch genutzt werden wird. Der laufende Prozess muss, damit die Ergebnisse nachhaltig wirken, über das Projektende des Regionalentwicklungsteils hinaus weitergeführt werden. Wesentlich hierfür erscheint mir eine fortlaufende Vernetzung und der Austausch insbesondere der touristischen Akteure. Damit, denke ich, könnte man dort auch ganz stabile Strukturen schaffen, die über Jahre hinweg halten. Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen herzlichen Dank, Herr Minister Reinholz. Es gibt eine weitere Wortmeldung des Abgeordneten Dirk Adams. Sie haben noch 50 Sekunden Redezeit.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Carius ist jetzt vorsorglich hinausgegangen. Er hat den Zwischenruf gemacht, dass das alles nicht stimmen würde, dann wäre es doch einfach nur in Ordnung, wenn die Landesregierung hier eine Erklärung abgeben würde, in der

man sagt, Reinsdorf wird weiter ein Haltepunkt sein. Es macht weiterhin Sinn, die Wegekonzepte auf diesen Anfangspunkt auszulegen. Den Menschen, die dort vor Ort seit vielen, vielen Jahren an dem Projekt arbeiten, sollte jetzt auch Planungssicherheit gegeben werden, dass man sich auf Reinsdorf weiter konzentrieren kann, auch über 2015 hinaus. Vom Umweltminister würde ich mir einfach wünschen, dass man auch ein Wort zu einer möglichen Trophäenjagd dort sagt und einmal klarstellt, wie verträglich die mit dem Schutzziel dort in der Hohen Schrecke wäre. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen Dank, Herr Adams. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Dann schließe ich den dritten Teil der Aktuellen Stunde und rufe zugleich den **vierten Teil** auf

d) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema: „Rote Karte für Fracking in Thüringen - mit oder ohne gefährliche Chemikalien“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 5/7915 -

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort zunächst dem Abgeordneten Dr. Frank Augsten für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordneter Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, zunächst, damit es auch fachlich ordentlich abläuft, wenn wir jetzt in der nächsten halben Stunde von Fracking reden, dann ist damit das Erkunden und das Gewinnen von Gas aus tiefen Schichten, also aus unkonventionellen Lagerschichten, gemeint, aber es geht schneller, wenn wir über Fracking reden, zumal 5 Minuten wenig Zeit ist.

Meine Damen und Herren, diejenigen, die sich für das Thema interessieren, haben sicher mitbekommen, es gibt gerade einen kleinen Schlagabtausch zwischen der sehr aktiven Kampagnenorganisation Campact und der Bundesregierung. Campact hatte vor ein paar Wochen aufgerufen, einen möglichen Gesetzentwurf kritisch zu begleiten, der gerade heute diskutiert werden sollte. Die Bundesregierung hat darauf entgegnet, dass es einen solchen Gesetzentwurf gar nicht gibt und dass Campact einer Medienente aufgelaufen wäre. Wir haben uns als Grüne mehrheitlich an dieser Kampagne beteiligt, weil es uns gar nicht so sehr darum geht, ob der Zeitplan nun exakt ist, sondern weil es im Kern na-

(Abg. Dr. Augsten)

türlich um den Inhalt dessen geht, was uns da auf Bundesebene erwartet.

Meine Damen und Herren, ich will auch durchaus noch mal zur Ehrenrettung von Campact und auch mit Blick auf unsere Pressemitteilung darauf hinweisen, es gab durchaus auf Bundesebene mehrmals aus dem Bundeswirtschaftsministerium den Hinweis, dass es möglicherweise noch vor der Sommerpause zu einer Beratung im Bundestag kommt. Ich habe hier die Pressemitteilung der Grünen-Bundestagsfraktion vom 04.06.2014 vor mir liegen, auf die Bezug genommen wird. Ich weiß aus mehreren Veranstaltungen, als es um das Freihandelsabkommen ging, dass das Bundesministerium durchaus Eile geboten sah, gerade vor dem Hintergrund der Verhandlungen mit den USA, deswegen gab es durchaus auch solche Meldungen, das sehr schnell auf den Weg zu bringen. Wenn das jetzt anders ist, ist es so, aber lassen Sie uns nicht über den Fahrplan reden, sondern es geht im Kern um den Inhalt. Das ist viel wichtiger.

Meine Damen und Herren, Fakt ist eins, wir werden im Herbst eine Diskussion im Bundestag haben und bei den Mehrheitsverhältnissen mit Sicherheit auch ein Gesetz. Da werden zwei Dinge drinstehen, die wir auch hier im Thüringer Landtag, am 12.12.2012 zum Beispiel, diskutiert haben. Da liegen zwischen verschiedenen Fraktionen oder Parteien doch erhebliche Unterschiede. Ich will noch mal darauf hinweisen: Ich habe gerade hier eine Hausmitteilung der SPD-Bundestagsfraktion von der Vize-Fraktionsvorsitzenden Ute Vogt vor mir liegen, die die Bundestagsabgeordneten der SPD-Fraktion über den Sachstand informiert. Da gibt es zwei Punkte, über die wir reden müssen. Das eine ist, sie weist darauf hin, dass zum einen der Schutz des Trinkwassers und der Gesundheit natürlich oberste Priorität haben müssen. Das wird in diesem Gesetz drinstehen.

Meine Damen und Herren, wenn man sich ein bisschen in der Gesetzlichkeit auskennt, dann weiß man, dass heute schon die Trinkwasserschutzverordnung Fracking ausschließt, also es wäre heute unmöglich, in Trinkwasserschutzgebieten zu fracken. Das ist eigentlich auch in den letzten Jahren so kommuniziert worden. Und wenn man weiß, dass selbst in Kanada, in den USA, in Polen überhaupt kein Antrag auf neue Erkundungsfelder in Trinkwasserschutzgebieten genehmigt wird, dann sollte das doch eine Selbstverständlichkeit sein. Damit muss man nicht als besonders frohe Botschaft für die Verbraucherinnen und Verbraucher hausieren gehen. Viel wichtiger ist der zweite Punkt, nämlich umwelttoxische Substanzen dürfen beim Fracking nicht zur Anwendung kommen. Das entspricht genau dem, was der Landtag am 12.12.2012 beschlossen hat.

Meine Damen und Herren, da ist genau unsere Kritik, weil, wenn man diesen Satz im Gesetz findet, dann bedeutet der natürlich im Umkehrschluss, wenn man keine umwelttoxischen Substanzen einsetzt, ist Fracking erlaubt, wenn man sich an das Gesetz hält. Da ist unsere Kritik, weil wir - und da weiß ich, auch die Linke ist der Auffassung - fachlich davon ausgehen, dass es ein risikoloses oder ein risikoarmes Fracking nicht geben wird, weil es mindestens zwei Aspekte gibt, die in der Diskussion eine große Rolle spielen. Nämlich einmal der sogenannte Flowback, das heißt, das Abwasser, was aus dem Untergrund zurückgewonnen wird, ist mit radioaktiven Stoffen, mit Schwermetallen belastet. Es ist völlig unklar, was damit passieren soll. Zum Zweiten werden durch das Fracking in großer Tiefe auch stoffundurchlässige Schichten durchstoßen für alle Zeiten und niemand weiß, was das für Auswirkungen haben wird. Deshalb wird es ein risikoloses bzw. risikoarmes Fracking nicht geben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es bleibt dabei, wir dürfen die Bürgerinnen und Bürger draußen nur auffordern, hier wachsam zu bleiben und nicht auf verkürzte Botschaften zu hören so nach dem Motto: Die Thüringer Landesregierung oder die Bundesregierung ist gegen Fracking, sondern man muss dann wirklich auch in jeden Paragraphen hineinschauen. Es bleibt dabei, wir fordern die Bürgerinnen und Bürger auf, an unserer Seite dafür zu streiten und zu kämpfen, dass so etwas nicht passiert. Denn Fakt ist eins, das, was die Bundesregierung gerade im Bereich erneuerbarer Energien loslässt, passt sehr gut dazu. Frackgas passt viel besser zu Braunkohle als Windstrom und Biogas. Insofern ist es, glaube ich, logisch, dass die Bundestagsfraktionen von SPD und CDU einem solchen Gesetzesvorschlag auch zustimmen werden. Es bleibt also dabei, wir kämpfen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern gegen jegliche Form des Frackings, weil es gute Gründe dafür gibt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Abgeordneter Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wir hoffen, dass das auch irgendwann insgesamt einmal Niederschlag in diesem Parlament findet. Vielen Dank.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen herzlichen Dank, Herr Dr. Augsten. Als Nächster hat jetzt der Abgeordnete Egon Primas für die CDU-Fraktion das Wort.

Abgeordneter Primas, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, das letzte Mal haben wir uns mit diesem Thema auf Antrag unseres Koalitionspartners in einer Aktuellen Stunde befasst. Diesmal haben die Grünen offenbar Herrn Gabriel als den Bösen auserkoren.

(Zwischenruf Abg. Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und die CDU.)

Nicht, dass mich das sehr beunruhigt, das will ich dazusagen, aber dass wir hier wichtige Zeit darauf verschwenden, zum x-ten Mal dasselbe zu wiederholen, bloß weil die Grünen Falschmeldungen und Presse-Enten aufsitzen, das wundert mich schon, aber es ist schade um die Zeit. Aber es ist offensichtlich: Jeder Strohalm wird gefasst, um noch mal Öffentlichkeit herzustellen. Da das die Leute draußen alle interessiert, fasst man halt hin. Aber so richtig gefallen kann uns das nicht.

Meine Damen und Herren, ich sage es auch für die Letzten, die es immer noch nicht glauben wollen: Mit uns gibt es kein Fracking in Thüringen. Ich wiederhole das noch mal. Wir wollen das nicht und es findet hier auch nicht statt.

(Beifall CDU)

Ich dachte eigentlich, dass wir seit unserem mit großer Mehrheit, das sage ich noch einmal, im Dezember 2012 gefassten Beschluss darüber Klarheit haben. Alles andere in der Diskussion gehört jetzt nach Berlin. Es ist weder meine Aufgabe noch meine Absicht, Herrn Gabriel zu verteidigen, aber lassen wir doch die Kirche im Dorf! Fracking in Deutschland zu erlauben und dies noch schnell während der WM zum Gesetz zu machen, das ist doch wirklich absurd.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So eine Diskussion überhaupt zu führen, ist absurd. Fakt ist doch vor allem eines, ich weiß nicht, ob Sie es wissen oder nicht, aber Fracking ist in Deutschland derzeit grundsätzlich erlaubt.

(Zwischenruf Abg. Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, wie wahr.)

Wenn nun die neue Bundesregierung regeln will, dass die Nutzung von wassergefährdenden Chemikalien und die Verpressung des Rückflusses verboten werden, kann ich daran nichts Schlimmes erkennen.

(Zwischenruf Abg. Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das reicht.)

Wir in Thüringen waren es doch, die mit ihren Beschlüssen hier im Landtag einen umfassenden Schutz von Grund- und Trinkwasser gefordert haben. Und immer wieder haben wir ganz klar erklärt, dass Sicherheit für Mensch und Umwelt für uns höchste Priorität hat. Wenn nun im Bund mit einem

Gesetzgebungsverfahren den Erwartungen vieler Kritiker des Frackingverfahrens entsprochen wird, die Verunreinigung von Wasser und Boden durch Umweltgifte auf jeden Fall zu verhindern,

(Zwischenruf Abg. Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, eben nicht! Eben nicht!)

dann haben doch wir, die Koalitionsfraktionen, die Debatte von Anfang an in diese Richtung gelenkt. Wir begrüßen also grundsätzlich, dass an einem handhabbaren Regelwerk gearbeitet wird, das Rechtssicherheit schafft. Für die SPD ist allerdings schon schwierig zu erklären, dass nun in Regierungsverantwortung die gleichen Regeln getroffen werden sollen, die die vorige Regierung schon mal vorgesehen hat. Bis dahin war es noch ein Kampf von Rot-Grün gegen die üble Technologie. Bei der CDU gibt es ein solches Hin und Her nicht. Unsere kritische Haltung zu Fracking ist unverändert. Wir stehen weiterhin voll und ganz hinter den Beschlüssen des Thüringer Landtags. Wir unterstützen zudem den Beschluss der Umweltministerkonferenz im Mai in Konstanz. Thüringen, meine Damen und Herren, hatte dort einen Änderungsantrag zum Beschlussvorschlag eingebracht. Der Antrag bekräftigte einen früheren Umweltministerkonferenzbeschluss vom November 2012, den Einsatz der Frackingtechnologie umfassend zu beschränken. Darin steht der Satz, dass Fracking zur Aufsuchung und Förderung von unkonventionellem Gas unter Einsatz umwelttoxischer Substanzen zu verbieten ist. Ich darf mal zitieren aus dem Umweltministerkonferenzbeschluss: „1. Die Umweltministerkonferenz stellt fest, dass ein modernes Bergrecht neben der Rohstoffgewinnung ebenfalls dem Umweltschutz wie auch der Beteiligung der Öffentlichkeit stärker Rechnung tragen muss. Insbesondere im Hinblick auf Transparenz und Beteiligungsrechte Dritter sowie bei der Berücksichtigung umweltrelevanter Standards im Rahmen der Zulassung von Betriebsplänen sollte das Bergrecht weiterentwickelt werden. Daher sprechen sich die Umweltministerinnen, -minister, -senatorin und -senatoren der Länder für eine Novellierung des Bundes-Bergrechts aus.“ Das ist doch eigentlich das, was wir immer gefordert haben, was wir wollten, was Sie alle auch immer in Ihren Reden gefordert haben. Nun haben es die Umweltminister auch so beschlossen, in dem Antrag. Wir wollen mal sehen, ob wir es dann auch wirklich umsetzen. Das bleibt zu erwarten. Ich bin da sehr optimistisch.

Ich fasse noch mal zusammen: Wir waren gegen das Fracking und wir sind gegen das Fracking und wir bleiben auch gegen das Fracking. Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen Dank, Herr Primas. Als Nächster hat jetzt der Abgeordnete Tilo Kummer für die Fraktion DIE LINKE das Wort.

Abgeordneter Kummer, DIE LINKE:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich finde, diese Aktuelle Stunde ist keine vertane Zeit, denn, Herr Primas, wir werden mit dem Bundesrecht, was geschaffen wird, als Land leben müssen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bundesrecht bricht immer noch Landesrecht. Da hilft es uns nicht, uns hinzustellen und zu sagen, in Thüringen wird es kein Fracking geben. Wenn es nach Bundesrecht zulässig ist, ist es dem Thüringer Landtag nicht möglich, es zu verhindern.

(Unruhe CDU)

Deshalb müssen wir auf die Bundesebene Einfluss nehmen. Das ist sehr, sehr wichtig. Es gibt einen konkreten Anlass, von dem hat bis jetzt noch keiner gesprochen, nämlich den aktuellen Konflikt in der Ukraine. Die deutsche Wirtschaft und die deutsche Politik haben mal wieder ihre Verletzlichkeit entdeckt, ihre Abhängigkeit vom russischen Erdgas.

(Unruhe CDU)

Die Konsequenz daraus, die ich mir gewünscht hätte, wäre, dass man sagt, jetzt müssen wir wirklich ganz massiv die erneuerbaren Energien vorantreiben, jetzt müssen endlich Weichen gestellt werden, damit wir auch mit der Speichertechnologie so weit hinkommen, dass wir 100 Prozent Versorgung Deutschlands mit Energie aus Erneuerbaren hinbekommen,

(Beifall DIE LINKE)

dass die Abhängigkeit vom russischen Erdgas dadurch beendet wird, dass wir kein Erdgas mehr brauchen.

(Beifall DIE LINKE)

Aber stattdessen wird der Heilsbringer Fracking aus dem Hut gezogen, und das von weiten Kreisen in der entsprechenden Energiewirtschaft. Dem muss ein Riegel vorgeschoben werden! Der große Widerstand, der sich in Deutschland gegen diese Technologie formiert hatte, soll dadurch gebrochen werden, dass man geringfügige Zugeständnisse macht. Auf der einen Seite kein Fracking in Trinkwasserschutzgebieten, wobei ich sage, wenn man in 5 Kilometern Tiefe Gestein auseinanderpresst, wer will mir denn sagen, wo von diesem Vorgang her Dinge nach oben kommen? Passiert das an unmittelbarer Stelle der Bohrung, passiert das in 10 Kilometern Entfernung, vielleicht schon außerhalb des Gebiets, das man im Blick hatte? Das kann doch keiner abschätzen. Wer will mir überhaupt sagen, was da un-

ten los ist? Wenn ich an die Bleißberghöhle erinnere, da hatte man im Vorfeld geprüft und gesagt, es gibt keine großen Hohlräume, und dann war in 30 Metern Tiefe eine 3 Kilometer lange Höhle. Unser Wissen über den Untergrund ist sehr gering.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Frage, keine wassergefährdenden Stoffe als Träger für das Stützkorn einzusetzen: Nehmen wir einmal an, wir nehmen Schokopudding, das ist wirklich kein wassergefährdender Stoff, und pressen den da runter. Unter Luftabschluss entstehen da unten daraus Schwefelwasserstoff und eine ganze Reihe anderer giftiger Substanzen, die auch schon toxisch wären.

(Zwischenruf Abg. Bärwolff, DIE LINKE: Aus Schokopudding?)

Aus Schokopudding. Was dort unten ist, das weiß eben keiner. Die Gefahr, dass diese Wässer, die Tiefenwässer dort unten, radioaktiv belastet sind, dass sie Schwermetalle beinhalten, ist relativ groß. Uns hatte man damals im Ausschuss ganz großzügig gesagt, wir schaffen das dann in Deutschland alles in eine Industriekläranlage. Es gibt nur eine solche Industriekläranlage noch nicht. Wenn man sich ansieht, wie sich die Wismut müht, die Flutungswässer aus dem Uranbergbau heute mühevoll aufzubereiten, was wieder zu Anstiegen von Schwermetallgehalten und Uran in der Weißen Elster geführt hat, dass man Grenzwerte wieder hochsetzen muss. Das zeigt doch, dass solche Dinge sehr schwer beherrschbar sind. Man muss doch nicht neue Altlasten schaffen, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb ist für uns die wesentliche Frage: Wie schaffen wir es, die Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien so voranzutreiben, dass unsere Abhängigkeit von konventionellen Ressourcen sinkt? Da sind auch die Tendenzen beim Erneuerbare-Energien-Gesetz auf Bundesebene wenig hilfreich. Da ist auch die Planlosigkeit beim Aufbau einer funktionierenden Struktur bei erneuerbaren Energien bis hin zur Speicherung wenig hilfreich und das Handeln dieser aktuellen Landesregierung in Thüringen genauso wenig. Deshalb, meine Damen und Herren, müssen wir das Thema ganz klar mit diesen Fragen einer zukunftsgerichteten Energiewirtschaft verbinden. Nur das hilft, um diese Fragen hier zu lösen. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen herzlichen Dank, Herr Kummer. Als Nächste hat jetzt die Abgeordnete Franka Hitzing für die FDP-Fraktion das Wort.

Abgeordnete Hitzing, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt eine indianische Weisheit, die sagt: Wenn du erkennst, dass du ein totes Pferd reitest, dann steig ab.

(Beifall DIE LINKE, FDP)

Liebe Kollegen von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, lieber Herr Dr. Augsten. Ich finde, genau das tun Sie gerade. Herr Primas hat die Daten auch benannt, wann wir hier im Landtag über Fracking gesprochen haben, wie wir uns positioniert haben und er nannte auch noch die Umweltministerkonferenz vom Mai. Nach unserer Auffassung gehen Sie hier mit Mutmaßungen in die Debatte, in die Aktuelle Stunde und ich glaube, der Hauptgrund, weshalb Sie diese Aktuelle Stunde aufrufen, ist auch so ein bisschen mal wieder, die Thüringer in Angst und Schrecken zu versetzen.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ist doch eine Realität, dass die Bundesregierung hierzu berät.)

Das ist nach unserer Auffassung nicht redlich. Wir haben uns hier im Landtag ganz klar positioniert.

(Beifall FDP)

Aber lassen Sie mich bitte zuerst einige Worte zur Rechtslage sagen: Nach dem geltenden Bergrecht - Herr Primas hatte es, glaube ich, auch schon angesprochen - ist eine unkonventionelle Förderung grundsätzlich genehmigungsfähig. Das ist so.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Genau.)

Allerdings ist der Einsatz von umwelttoxischen Substanzen nicht ausreichend geregelt. Auch das ist klar. Schon die letzte Bundesregierung hatte deshalb Bestrebungen angestellt, dort eine Regelung und auch Reglementierungen zu finden. Die Vorschläge waren eben nicht, das Fracking leichter zuzulassen, sondern verpflichtende Umweltschutzprüfungen durchzuführen und natürlich auch darauf zu achten, dass auf gar keinen Fall in Gebieten von Trinkwasserschutzgebieten oder umweltsensiblen Gebieten Fracking zum Einsatz kommen darf. In der öffentlichen Diskussion

(Zwischenruf Abg. Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was ist daraus geworden?)

werden nach meiner Auffassung hingegen Sachverhalte verdreht. Da wird jetzt - und ich bin auch wirklich nicht in der Gefahr, dass man glauben

könnte, dass ich nun den Bundeswirtschaftsminister in irgendeiner Form schützen will -

(Beifall FDP)

aber da wird aus einer gesetzlichen Beschränkung, die vorgenommen werden soll, in Ihrer Argumentation jetzt ein Frackingzulassungsgesetz und da wird sogar behauptet, dass während der WM irgendwelche geheimen Abstimmungen gemacht werden sollen. Das ist völlig falsch, das ist fachlich völlig falsch. Erst nach der Sommerpause soll das Ganze im Bundeskabinett beraten werden und ich finde, das war von Campact reine Panikmache. Selbst wenn das Fracking unter Einschränkung in Deutschland möglich wäre, dieser Boom, wie es ihn in den Vereinigten Staaten von Amerika gibt, der wäre hier gar nicht zu erwarten. Ich rede wirklich mit Bedacht im Konjunktiv, denn die gewinnbaren Ressourcen in Deutschland betragen nur ein Zwanzigstel. Das wirtschaftliche Risiko ist hier wirklich sehr hoch, wir haben eine starke Besiedelung, ganz anders als in den Staaten. Wir haben große Widerstände und unsere Bürger sind sehr sensibilisiert auf das Thema.

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Aber das wird doch gemacht in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen).

Eine Förderung - hören Sie einfach zu, Frau Scheringer-Wright, dann werden Sie das auch mitbekommen - in Thüringen ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten und die bekannten Schiefergasvorkommen sind auch nicht in Thüringen, sondern in Niedersachsen. Ob sich andere Gesteinsformationen, wie zum Beispiel der Zechstein, hier im Thüringer Becken überhaupt eignen, technisch und wirtschaftlich überhaupt möglich sind für eine unkonventionelle Förderung, das ist momentan abzuwarten und überhaupt nicht klar. Diese Gebiete werden im Gegensatz zu Ihrer Interpretation, Herr Dr. Augsten, von der angesprochenen Studie im Übrigen auch gar nicht mit berechnet.

(Zwischenruf Abg. Bergner, FDP: Red' weiter.)

Für uns hat aber - und das sage ich ausdrücklich - vorrangig Schutz des Trinkwassers Priorität und daher ist es natürlich unbedingt zu verhindern,

(Zwischenruf Abg. Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Da müssen wir erst einmal bohren.)

dass durch den Einsatz toxischer Substanzen bei der unkonventionellen Erdgasförderung eine Verunreinigung des Grundwassers passieren würde. Wir wollen aber im Gegensatz zu Ihnen - dass muss ich auch noch einmal ganz deutlich sagen - kein Kompletterbot und von vornherein sagen, das muss alles risikolos sein und deshalb dürfen wir gar nicht einmal forschen oder weiter kommen in bestimmten

(Abg. Hitzing)

Erkenntnissen in der Wissenschaft. Das ist nach unserer Auffassung nach hinten gerichtet und entspricht auch gar nicht der innovativen Gesellschaft, in der wir leben. Wenn wir alles ohne Risiko machen würden, dann wären wir wahrscheinlich noch am Feuer und würden pusten, dass es angeht. Denn selbst Windkraft ist nicht ohne Risiko - ich kann Ihnen da einige Beispiele nennen, dass auch die nicht risikolos ist - und das müssen wir zur Kenntnis nehmen

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Frau Hitzing, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abgeordnete Hitzing, FDP:

- vielen Dank, Frau Präsidentin -, dass es eben im Leben immer nur mit Risiko geht. Selbst wenn wir beide zusammen über die Straße gehen würden, kann es passieren, dass uns der Bus überfährt.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, das kann passieren.)

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Frau Hitzing, Ihre Redezeit ist beendet.

(Beifall FDP)

Als Nächster hat jetzt das Wort Herr Abgeordneter Frank Weber für die SPD-Fraktion.

Abgeordneter Weber, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, es ist schon mehrfach gesagt worden, niemand hier in Thüringen will Fracking in irgendeiner Form zulassen und niemand im politischen Leben hier hat vor, Fracking-Maßnahmen zu befürworten. Das ist mehr als deutlich geworden und damit unterscheidet sich die Union im Übrigen massiv von der Position ihrer Bundespartei, die in der alten Bundesregierung noch eine völlig andere Position hatte. Da ist immer wieder beteuert worden, dass man überhaupt kein Problem hätte beim unkonventionellen Gasfördern und dass das alles nur Gespenstermalerei wäre. Deswegen freue ich mich, dass wir hier in Thüringen eine völlig andere Position haben. Egon Primas hat das an der Stelle deutlich gemacht. Aber die Behauptung, das ist schon dreist, zu sagen, wir würden jetzt ein Gesetz auf Bundesebene auf den Weg bringen, während die Fußballweltmeisterschaft läuft. Das ist völlig absurd. Ein Blick in den Zeitplan hätte für Aufklärung gesorgt. Momentan reden wir über Referentenentwürfe, danach kommen die Anhörungen der Verbände, dann wird es verschiedene Durchläufe geben. Wir reden frühestens im Oktober 2014 über die finale Phase des Gesetzgebungsvorhabens und dann ist die Weltmeisterschaft schon drei Monate zu Ende. Also das gehört schon zur sachlichen

Richtigkeit dazu. Herr Kummer, ich habe das schon einmal gehört. Alles, was Sie gerade erzählt haben, haben Sie original, ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, an den Pudding und die Bleißberghöhle kann ich mich gut erinnern, genau die gleiche Rede haben Sie hier im Haus schon einmal gehalten. Wir können im Protokoll nachsehen, sowohl der Schokoladenpudding war drin, als auch die Bleißberghöhle. Das haben Sie jetzt wieder aufgewärmt, weil Sie gedacht haben, damals sind wir so weit vom Wahlkampf weg gewesen, jetzt müssen wir gerade noch einmal dran erinnern, dass wir schon immer die Guten waren. Das ist in Ordnung und ich freue mich doch darüber, wenn wir uns alle so einig sind und Fracking verhindern wollen. Was ich nicht in Ordnung finde, dass Sie unserem Bundesminister unterstellen, er hätte eine andere Position. Denn eines müssen wir noch einmal klarmachen: Ein Gesetzesvorhaben auf den Weg zu bringen, was generell sagt,

(Zwischenruf Abg. Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Stimmt nicht.)

jede Form von Fracking verbieten wir, das würde nur dazu führen, dass wir mit Klagen in Größenordnungen überhäuft werden, dass diese Regelungen gekippt werden und dass wir das, was wir eigentlich gemeinsam erreichen wollen, nämlich zu verhindern, dass das stattfindet, dass wir das nicht auf den Weg bringen. Wenn ich zur Aufklärung beitragen darf, es gibt da eine Positionsbeschreibung der SPD-Bundestagsfraktion, da sind die einzelnen Punkte noch einmal ganz deutlich aufgeführt, da ist sowohl eine Änderung des Bundesbergrechtes mit mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung drin, da sind klare Auflagen, Umweltverträglichkeitsprüfungen, Moratorien über die Risiken und Möglichkeiten, all das ist vorgeschaltet, um überhaupt in so eine Diskussion einzusteigen. Das sind die Instrumente, die im Übrigen auch über den ganzen Zeitraum von den Bürgerinitiativen eingefordert wurden. Das ist alles Bestandteil des Verfahrens und der Entwürfe, die derzeit diskutiert werden. Ich würde mich freuen, wenn Sie sich an der Stelle konstruktiv mit einbringen und sagen, was wir unter Umständen noch vorschalten können, um das zu verhindern. Das politische Ziel ist klar, aber die handwerkliche Umsetzung ist natürlich aus der Oppositionsbank eine einfachere als in Regierungsverantwortung, wenn man es dann machen muss, dass es auch tatsächlich juristisch sicher und sattelfest ist. Da muss man schon zu anderen handwerklichen Maßnahmen greifen und ich bin der festen Überzeugung, wir müssen natürlich auf eines achten, dass wir nicht generell, was oft passiert, alles was mit Wasserdruck in Gesteinsschichten funktioniert und alles was Risse offenhält, unter dem Überbegriff Fracking verteufeln, denn da kann man auch keinen Brunnen mehr bohren, da können wir kein Geothermievorhaben mehr haben und ich

(Abg. Weber)

weiß aus den Reihen der Grünen, dass es eine ganz, ganz intensive Diskussion über Fragen wie Green Fracking zum Beispiel gibt - wie geht man damit um, gibt es im dem Zusammenhang eine Position - und die muss man natürlich auch immer wieder stellen, ist doch gar keine Frage. Zum Abschluss noch einmal: Wir wollen nicht, dass ge-frackt wird, um unkonventionelle Gasförderung in Thüringen oder anderswo zu ermöglichen und wir werden alle politischen Mittel einsetzen, um das zu verhindern. Mehr kann man an der Stelle nicht deutlich machen, weder im Wahlkampf noch außerhalb. Herzlichen Dank.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen Dank, Herr Weber. Es liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten vor. Für die Landesregierung hat sich Herr Minister Reinholz zu Wort gemeldet.

Reinholz, Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landesregierung steht beim Thema Fracking weiterhin voll und ganz zu den Beschlüssen des Thüringer Landtags. Der Landtag hat, wie Kollege Primas schon aufgezählt hat, in seiner Sitzung am 12. Dezember 2012 beschlossen, die Gewinnung von Erdgas mit der Fracking-Technologie mit umwelttoxischen Chemikalien in Thüringen grundsätzlich abzulehnen. Mit dem Beschluss wurde die Landesregierung gleichzeitig aufgefordert, die ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu nutzen, um sicherzustellen, dass die Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten mittels Fracking mit umwelttoxischen Chemikalien in Thüringen nicht stattfindet. Mehrere unabhängige Gutachten zu den möglichen Auswirkungen von Fracking hatten bereits zuvor ergeben, dass vor allem der Einsatz von umwelttoxischen Stoffen bei Fracking-Vorhaben Risiken birgt, die bisher eben nicht ausreichend abgeschätzt werden können. Ein entsprechender Beschluss der Umweltministerkonferenz vom November 2012 über eine umfassende Beschränkung des Einsatzes der Fracking-Technologie, die Thüringen in wesentlichen Teilen mit formuliert hat, wurde mit der Entschließung des Bundesrates am 01.02.2013 zum Umgang mit dem Einsatz von Fracking-Technologien mit umwelttoxischen Chemikalien bei der Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten aufgegriffen. Thüringen hat diese Entschließung auch mitgetragen.

In Bezug auf die Erkenntnislage zu möglichen Auswirkungen der Anwendung der Fracking-Technologie bei der Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten hat sich bisher kein neuer Sachstand ergeben. Deshalb hat Thüringen erst

kürzlich - und Kollege Primas hat auch das noch einmal angeführt - einen Änderungsantrag zum UMK-Beschluss zum Umgang mit Fracking eingebracht. Der Antrag bekräftigte den früheren UMK-Beschluss von November 2012 und sprach sich für eine obligatorische Umweltverträglichkeitsprüfung für alle Bohrungen zur Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen aus. Er wurde schließlich in seinen wesentlichen Punkten in den neuerlichen Beschluss der 82. UMK am 9. Mai 2014 in Konstanz übernommen.

Meine Damen und Herren, wie ich bereits mehrfach ausgeführt habe, gibt es in Thüringen keine Schiefergaslagerstätten. Nicht zuletzt deshalb haben jene Unternehmen, die hier solche Lagerstätten erkunden wollten, ihre Pläne auch aufgegeben. Neuerliche Anträge, meine Damen und Herren, liegen uns nicht vor.

Ich wiederhole noch einmal mit aller Deutlichkeit: Thüringen spricht sich für ein Verbot des Frackings unter Einsatz von umwelttoxischen Chemikalien bei der Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen aus unkonventionellen Lagerstätten aus und verlangt eine obligatorische UVP für alle anderen Fracking-Verfahren. Beides zielt darauf ab, schädliche Umweltwirkungen beim Einsatz der Fracking-Technologie zu vermeiden. Anträge für entsprechende Gesetzesänderungen wird Thüringen jederzeit unterstützen.

Unlängst wurde Niedersachsens Wirtschaftsminister Lies von einer Zeitung sinngemäß mit der Auffassung zitiert, man sollte die Federführung bei der Neuregelung den Ländern überlassen, in denen Erdgasförderung eine Rolle spielt. Dem kann ich nur beipflichten. Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen herzlichen Dank, Herr Minister Reinholz. Es liegen jetzt keine Wortmeldungen mehr vor. Ich schließe damit diesen Tagesordnungspunkt.

Gemäß der Festlegung zu Beginn unserer 155. Plenarsitzung heute rufe ich jetzt auf den **Tagesordnungspunkt 9**

Erarbeitung eines modernen Sportberichts mit Perspektiven für den Sport in Thüringen hier: Nummern I, III und IV
Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD

- Drucksache 5/6126 -

dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit
- Drucksache 5/7878 -

(Vizepräsidentin Rothe-Beinlich)

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Meißner aus dem Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit zur Berichterstattung.

Abgeordnete Meißner, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnetenkollegen, liebe Gäste und Zuschauer, der Antrag der CDU- und der SPD-Fraktion zum Sportbericht in Thüringen lag am 22. Mai 2013 in der Drucksache 5/6126 vor. Am 19. Juni 2013 erfolgte noch ein Änderungsantrag durch die FDP-Fraktion in der Drucksache 5/6252. Der Thüringer Landtag hat die Anträge in seiner 126. Plenartagung am 12. Juli 2013 beraten. Beim Plenum erfüllte Ministerin Taubert das Berichtser suchen zu Nummer II des Antrags und erstattete einen Sofortbericht. Der Antrag wurde an den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit überwiesen. Es wurde der beantragten Fortsetzung der Beratung zum Bericht gemäß § 106 Abs. 1 in Verbindung mit § 86 Abs. 2 der Geschäftsordnung im Ausschuss zugestimmt.

Die Nummern I, III und IV des Antrags mit dem Änderungsantrag wurden federführend an den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit sowie mitberatend an den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur überwiesen.

Nummer II des Antrags wurde sodann in öffentlicher Sitzung vom Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit in seiner 50. Sitzung am 10. Oktober letzten Jahres und in seiner 52. Sitzung am 14. November letzten Jahres beraten. Die Nummern I, III und IV sowie der Änderungsantrag wurden in nicht öffentlicher Sitzung beraten. Nummer II des Antrags wurde für erledigt erklärt. Für die Punkte I, III und IV wurde eine umfangreiche mündliche Anhörung im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit beschlossen. In der 54. Sitzung am 16. Januar 2014 wurde der Antrag erneut im Ausschuss beraten. Man legte den Kreis der Anzuhörenden, den Fragenkatalog sowie den Termin der Anhörung fest. Der Ausschuss beschloss einstimmig die mündliche Anhörung zu den Punkten I, III und IV des Antrags der Fraktionen der CDU und der SPD sowie zum Änderungsantrag der FDP, allerdings unter Einbeziehung des Sportberichts der Landesregierung, der mittlerweile vorlag. Diese Anhörung fand in einer außerplanmäßigen Ausschuss-Sitzung am 6. Mai dieses Jahres statt. Zu der beschlossenen öffentlichen Anhörung wurden zahlreiche Anzuhörende eingeladen, die sich zu bestimmten Themenfeldern äußern, aber auch zum Inhalt des Sportberichts Stellung nehmen konnten. Der Fragenkatalog war von allen Fraktionen auch am vorliegenden Sportbericht orientiert worden. Der federführende Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit hat die Nummern I, III und IV des Antrags einschließlich des vorliegenden Änderungsantrags abschließend in seiner 61. Sitzung am 12. Ju-

ni 2014 beraten. Ebenso beriet der mitberatende Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur den Antrag abschließend in seiner 58. Sitzung am 12. Juni.

Der federführende Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit sowie der mitberatende Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur empfehlen, die Nummern I, III und IV des Antrags in Drucksache 5/6126 ohne Änderungen anzunehmen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen herzlichen Dank für die Berichterstattung an Frau Meißner. Ich eröffne jetzt die Aussprache und es liegen Wortmeldungen aus allen Fraktionen vor. Als Erste hat die Abgeordnete Birgit Pelke für die SPD-Fraktion das Wort.

Abgeordnete Pelke, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, zunächst darf ich mich an dieser Stelle ganz herzlich bedanken. Ich mache das hier, weil ich nicht Mitglied des federführenden Sportausschusses bzw. des Sozialausschusses bin, wo all die Dinge, die Frau Meißner eben ausgeführt hat, beraten wurden. Ich war an der einen oder anderen Diskussion beteiligt, aber hier noch mal ganz herzlichen Dank an das Ministerium für den nunmehr vierten Sportbericht, der vorgelegt worden ist. Das geht auf eine Beschlussfassung von 1996 zurück, wo wir hier bereits im Landtag darum gebeten haben, regelmäßig über die Situation des Sports im Land Thüringen berichtet zu bekommen.

Ich möchte mich an dieser Stelle auch noch mal ganz herzlich bedanken, dass wir uns parteiübergreifend, fraktionsübergreifend zusammenfinden konnten, was die Fragestellungen und die Liste der Anzuhörenden, die an dieser Anhörung im Sozialausschuss teilgenommen haben, angeht. Ich will mich ausdrücklich bei allen sportpolitischen Sprechern und Sprecherinnen bedanken und auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die teilweise stellvertretend teilgenommen haben. Ich glaube, das war unter der Federführung des Freundeskreises Sport eine sehr effiziente Zusammenarbeit. Dank auch an den Landessportbund; die Vertreterinnen und Vertreter sind im Moment noch nicht anwesend, Präsident und Hauptgeschäftsführer stehen, glaube ich, noch im Stau und die beiden Vizepräsidenten, die stellvertretend kommen sollen, werden wahrscheinlich so gegen 17.00 Uhr hier anwesend sein. Also noch einmal herzlichen Dank an den Landessportbund.

Ich wünschte mir zu vielen inhaltlichen Themen, die ein solches breites Spektrum abbilden, wie das, was wir in den Fragen zur Anhörung formuliert ha-

(Abg. Pelke)

ben und auch in der Liste derer, die uns diese Fragen beantworten sollten, ich wünschte mir öfter eine so intensive parteiübergreifende Zusammenarbeit, an der Sache orientiert, und bin sehr dankbar, dass das für den Sportbereich funktioniert hat.

Vielleicht noch einmal einige wenige Hinweise auf das, was im Rahmen der Stellungnahmen, im Rahmen der Anhörung zum Sportbericht und zu den Fragestellungen deutlich geworden ist. Abgesehen davon, ich hatte es schon erwähnt, dass der Landessportbund aktiv mitgewirkt hat, seine Positionen eingebracht und auch Zahlenmaterial geliefert hat, haben verschiedenste Gruppierungen auf Dinge aufmerksam gemacht, die noch wichtig sind und die auch noch geklärt werden müssen. Der Gemeinde- und Städtebund beispielsweise hat nochmals darauf hingewiesen, dass der Sport als Querschnittsaufgabe zu sehen ist, auch das ist bereits im Sportbericht erwähnt worden. Das Sozialministerium hat alle Ministerien mit eingebunden, die in irgendeiner Form mit dem Thema Sport zu tun haben. Das halte ich für einen ganz wichtigen Aspekt. Allerdings hat der Gemeinde- und Städtebund auch darauf hingewiesen, dass im Rahmen der Sportstättensanierung immer noch der Aspekt der Barrierefreiheit intensiver mit zu beachten ist. Ich glaube, das ist auch ein ganz wesentlicher Hinweis. Der große Sanierungsbedarf, was Schulsportstätten und allgemeine Sportstätten angeht, wurde vom Gemeinde- und Städtebund noch einmal erwähnt und auch vom Thüringischen Landkreistag, der gesagt hat, die Qualität des Schulsports ist abhängig von der Qualität der Schulsportanlage. Der Sportlehrerverband hat noch einmal ganz deutlich darauf hingewiesen, wie groß das Potenzial des Schulsports ist, dass Sportunterricht eigentlich viel mehr ist als nur der Unterricht, sondern auch viele andere Aspekte mit eingebunden sind, hat ebenfalls darauf hingewiesen, dass die Sporthallen teilweise in schlechtem Zustand sind. Und sie haben - ich glaube, das ist auch ein ganz wichtiger Aspekt - darauf hingewiesen, dass Thüringen hochklassige Lehrer ausbildet, Lehrer und Lehrerinnen selbstverständlich, die aber natürlich auch in Thüringen Arbeit finden müssen, um den Sportunterricht weiterhin zu geben bzw. den Sportunterricht im Interesse der Schülerinnen und Schüler zu machen. Sie haben darauf hingewiesen, dass das Durchschnittsalter der Sportlehrer in Thüringen mittlerweile 57 Jahre beträgt, und das bedeutet auch, dass wir darauf achten müssen, was wir immer für ganz besonders wichtig halten, dass der Schulsport ein wesentlicher Aspekt an unseren Thüringer Schulen ist, dass dieser auch umgesetzt werden kann. Ein wichtiger Hinweis noch einmal von beiden Fanprojekten, sowohl Fanprojekt Jena als auch Fanprojekt Erfurt, war der Verweis darauf, dass wir nach wie vor noch damit beschäftigt sind, was die rechtsextremen Tendenzen im Sport angeht. Das ist nicht nur der Fußballbereich, der allenthalben natürlich mit er-

wähnt ist, sondern wir haben an dieser Stelle auch schon des Öfteren darüber geredet, dass Rechtsextreme versuchen, sich in Vereine mit einzubringen, auf welchem Wege auch immer, bzw. Vereine zu gründen und dann ihr unseliges Tun unter diesem Deckmantel an den Tag legen. Wir haben das in Erfurt, ich in meiner Eigenschaft als Stadtsportbundvorsitzende, selbst miterleben müssen, aber es gibt auch andere Beispiele, Germania Hildburghausen und, und, und. Es gibt mittlerweile selbst die Aspekte, wo man darüber nachdenken muss, welchen Sponsor man denn in Anspruch nehmen kann, weil auch da mittlerweile Tendenzen zu sehen sind, die dem Sport nicht guttun und die im Sport keiner will.

MOBIT hat auch noch einmal ganz deutlich auf diese Situation hingewiesen und im Übrigen ist auch bei der letzten Kommunalwahl deutlich geworden, dass dieser rechtsextreme Aspekt weiter zugenommen hat und dass man auch davon ausgehen kann, dass hinsichtlich der Landtagswahl möglicherweise dieses böartige Engagement von Rechtsextremen hinsichtlich von sozialen Vereinen, von Sportvereinen und von anderen Bereichen noch zunehmen wird. Die Landesseniorenvertretung, auch das finde ich noch mal wichtig, hat sehr deutlich gesagt, dass man sich eine stärkere Beschäftigung mit der Alterung der Gesellschaft und damit auch mit dieser Situation im Sport wünscht. Sie wünschen sich mehr seniorenspezifische Strukturen, wie zum Beispiel Seniorensportbetreuer oder -koordinatoren, und sie sprechen sich natürlich für eine unbedingte Beibehaltung der kostenfreien Nutzung von Sportstätten für Vereine aus.

Das alles sind Punkte, die auch der Landessportbund nachgefragt hat und ich glaube, wir werden uns in der heutigen Plenarsitzung nicht mit allen Aspekten und allen Facetten beschäftigen können. Fakt ist allerdings, dass - und das will ich an dieser Stelle noch einmal deutlich sagen - sich die Rahmenbedingungen für den Sport im Berichtszeitraum 2009 bis 2013 zumindest aus unserer Sicht positiv entwickelt haben. Die zur Förderung des Thüringer Sports zur Verfügung stehenden Mittel wurden nahezu konstant gehalten, trotzdem ständig, auch hier in diesem Hause, vom Sparen geredet worden ist. Dieser Blickwinkel liegt natürlicher immer im Auge des Betrachters. Wir selbst wissen auch, dass das eine oder andere notwendigerweise ergänzt werden muss. Auf diese Dinge gehe ich dann nachher noch einmal kurz ein.

Die Einnahmeuntergrenze aus dem Glücksspielgesetz für den Landessportbund wurde bis einschließlich 2016 festgeschrieben. Dafür haben wir uns, insbesondere die SPD-Fraktion, aber auch alle anderen Fraktionen, ganz deutlich eingesetzt. Ich kann mich noch entsinnen, dass wir seinerzeit auch vor einem parlamentarischen Abend des Thüringer Sports eine solche Diskussion geführt haben und

(Abg. Pelke)

dann diese gute Nachricht überbringen konnten. Ich halte das für eine wichtige Sache. Das schließt aber nicht aus, dass wir uns natürlich auch Gedanken darüber machen müssen, wie es denn nach 2016 weitergeht, denn auch der Sport ist auf kontinuierliche Unterstützung angewiesen. Nicht umsonst haben wir immer auf den gesellschaftspolitischen Aspekt des Sports insgesamt und natürlich auch für alle Teile der Bevölkerung hingewiesen. Die Gesamtfördersumme für den Sport - 2012 waren es rund 22,9 Mio. € und 2013 22,22 Mio. €. Die Summe für die Förderung des Breitensportes hat sich 2013 leicht erhöht und auch die Leistungssportförderung über das Sozialministerium ist im Berichtszeitraum gestiegen.

Natürlich müssen wir uns mit der Frage beschäftigen, wie es mit der Sanierung, dem Ausbau und dem Neubau von Sportanlagen weitergeht. Auch das ist ganz deutlich eine Frage des Landessportbundes hinsichtlich der Wahlprüfsteine für die Landtagswahl 2014 gewesen. Es wurde insbesondere nachgefragt, wie wir als Vertreter der Politik denn eine Erhöhung der Landesförderung für den Investitionsbereich im Bereich Sportstätten unterstützen. Ich darf für meine Fraktion sagen, dass wir es sehr wohl wissen und auch wollen und dass die Maßnahmen und Zuwendungen beim Sportstättenbau verstärkt werden müssen. Deshalb sollen aus unserer Sicht die Mittel der Sportstättenförderung in der nächsten Legislatur von bisher rund 9,5 Mio. € auf 20 Mio. € verdoppelt werden. Das möchte ich auch, weil ich einmal davon ausgehe, dass Sie alle das genauso sehen und dann noch Ihren Teil dazu äußern werden. Ich möchte das aber nicht unter populistischen und Wahlkampfaspekten sehen, sondern es ist einfach eine Notwendigkeit, in die Sportstätten zu investieren. Im Übrigen ist es eine gute Variante gewesen, dass wir jetzt die Bürokratie vereinfacht haben, so dass Förderung für Sportstätten auch über den Landessportbund abgewickelt werden kann. Das war noch einmal eine Frage, die wir eindeutig bejahen. Ich glaube, wenn wir wollen, dass junge Menschen, ältere Menschen, das „Mittelalter“ - wenn ich es einmal so nennen darf -, Sport treiben wollen, dann ist das einfach notwendigerweise wichtig, dass die Sportstätten entsprechend ausgestattet werden.

Vielleicht darf ich an dieser Stelle noch einmal einen Aspekt mit einbringen, der mir auch wichtig erscheint: Der Sport ist - so will ich einmal sagen - die größte gesellschaftliche Organisation im Vereinsbereich und ich will mich damit um Gottes willen nicht brüsten, aber auch in Erfurt ist in diesem Bereich Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Wir sind in Erfurt mittlerweile beinahe 34.000 Mitglieder in 266 Vereinen. Ich bin insofern stolz darauf, weil das auch einen Zuwachs im Bereich der Kinder und Jugendlichen unter 14 Jahren und auch im Bereich der Älteren beinhaltet. Aber genau deshalb müssen

wir sehen, dass wir die Rahmenbedingungen weiter gut aufrechterhalten. Das bezieht sich einmal auf die Finanzstruktur, bezieht sich zweitens auf die Struktur der Sporthallen, der Sportstätten insgesamt gesehen. Aber es bezieht sich auch auf eine weitere Unterstützung des Ehrenamts, das bezieht sich auf Übungsleiter, das bezieht sich auf Vorstände. Auch hier ist eine Altersstruktur zu verzeichnen, über die wir nachdenken müssen, was Vorstandsarbeit und was andere Tätigkeiten in den Vereinen angeht. Im Sport müht man sich sicherlich, das Dankeschön sehr deutlich zum Ausdruck zu bringen, und es gibt mehrere Varianten, wie ein Dankeschön auch ausgesprochen werden kann, aber nicht alles kann nur mit Danke, mit Ehrung und mit Urkunde geklärt werden. Wir müssen also ein Auge darauf halten, dass die Unterstützung für das Ehrenamt auch im Sport noch umfassender deutlich gemacht werden kann. Die Frage, dass immer mehr Sportvereine die Tatsache beklagen, dass für die Nutzung von Sportstätten Entgelte und Gebühren erhoben werden, ist ein Aspekt, den wir auch in der nächsten Legislatur diskutieren müssen. Möglicherweise muss notwendigerweise das Sportförderungsgesetz ergänzt werden. Wir haben, das, glaube ich, kann ich hier in der Deutlichkeit sagen, dass wir in Zeiten knapper Kassen nicht unbedingt das Sportförderungsgesetz aufmachen, neu diskutieren wollten, weil, möglicherweise ist es dann nur eine Verschlimmbesserung und nicht eine Verbesserung tatsächlich für den Sport. Aber ich denke schon, dass das eine oder andere konkretisiert werden muss. Städtebund und Landkreistag haben sehr deutlich gemacht, dass wir von Landesseite in dieser Frage die Kommunen nicht allein lassen dürfen.

Ich habe mich jetzt bemüht, sehr sachlich auf einzelne Dinge einzugehen, will mich für die sehr umfassende Unterstützung insbesondere des Sozialministeriums - und an der Spitze unsere Sportministerin - für den Sport bedanken. Ich glaube, dass wir hier auch gemeinsam das eine oder andere haben unterstützen können. Ich habe am Anfang schon gesagt, dass ich mich sehr freue, dass wir dieses im Wesentlichen fraktions- und parteiübergreifend tun konnten. Ich möchte unbedingt vermeiden, dass wir das Thema Sport insgesamt, die Frage von Sport in der Schule, von Breitensport, von Leistungssport in irgendeiner Form parteipolitisch ausnutzen wollen. Aber eins muss deutlich sein: Wir können uns auf dem, was wir bislang erreicht haben, nicht ausruhen. Es muss auf jeden Fall auch finanziell mehr in den Sport investiert werden. An anderer Stelle habe ich es schon deutlich gemacht, wer möchte, dass sowohl der Breitensport ein ganz wichtiger Teil der Gesellschaft bleibt, wer möchte, dass wir in Thüringen Medaillengewinner unser Eigen nennen können, der muss auch wissen, dass wir die Rahmenbedingungen dafür nicht nur beibehalten, sondern noch ausbauen müssen, und dazu gehört es eben auch, dass die Finanzen

(Abg. Pelke)

entsprechend mit eingestellt werden. Insofern wünsche ich mir auch weiterhin, dass wir unter dem Aspekt „Freundeskreis Sport“ in diesem Landtag weiter gemeinsam für den Sport arbeiten und damit dafür Sorge tragen, dass Thüringen Sportland bleibt. Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen herzlichen Dank, Frau Pelke. Als Nächster hat jetzt das Wort der Abgeordnete Marian Koppe für die FDP-Fraktion.

Abgeordneter Koppe, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will es am Anfang vorwegstellen, aus meiner Sicht, es ist gut und es ist schön, dass wir in der heutigen Plenarsitzung noch einmal eine abschließende Beratung über den Antrag, ich will es noch mal ganz deutlich sagen und ausführlich: „Erarbeitung eines modernen Sportberichts mit Perspektiven für den Sport in Thüringen“ reden dürfen. Ich habe den Titel deswegen noch einmal so ausführlich genannt, weil ich im Laufe meiner Ausführungen noch darauf zurückkommen werde. Am Anfang, das gehört auch hierher, wo es immer mal wieder gemacht wird, aber das Thema des Sports provoziert das regelrecht, noch einmal vielen herzlichen Dank, und zwar an alle Ehrenamtlichen, die hier im Freistaat im Sport unterwegs sind. Weil, ohne die wären solche Sachen wie Vereinsleben, Sportveranstaltungen sowohl im Breiten- als auch im Leistungssport schlichtweg nicht möglich.

(Beifall FDP)

Aus diesem Grund - und das wiederhole ich auch zum wiederholten Male hier an dem Ort - stehen wir Liberalen dafür, die Wertschätzung des Ehrenamtes deutlich zu stärken. Ich betone an der Stelle, das bedeutet aus unserer Sicht nicht, ehrenamtliche Tätigkeit zu bezahlen, sondern es bedeutet vor allem, sie leichter zu ermöglichen und vor allen Dingen auch Sicherheit bei der Ausübung dieser zu gewährleisten. Auch hierzu - und das auch am Anfang - kann der geforderte Bericht Ihrem Antrag als Diskussionsgrundlage zumindest ein guter Beitrag sein. Ich möchte - Kollegin Pelke hat es schon angesprochen - auch den vielen Anzuhörenden, die mit ihrem Expertenwissen und mit ihren Beiträgen an der einen oder anderen Stelle auch zu unserer Erhellung beigetragen haben, meinen Dank aussprechen.

(Beifall FDP)

Ein besonders großes Dankeschön - das wird jetzt den einen oder anderen überraschen, aber ich sage es trotzdem - geht auch an das zuständige Ministerium, das - ich habe lange über eine gelungene

Formulierung nachgedacht, ich bin dann auf die folgende Formulierung gekommen - im vorausseilenden Gehorsam den Bericht, über dessen Inhalt wir heute hier beraten, schon mal vor zwei Wochen fertiggestellt und der Presse vorgestellt hat. Vielleicht muss man da im Ministerium auch über hellseherische Fähigkeiten verfügen.

Aber auch zu den Einzelheiten würde ich hier noch einmal kommen wollen. Ich zitiere aus dem hier zu beratenden Antrag „Erarbeitung eines modernen Sportberichts ...“: Die Landesregierung wird in Punkt III.3 aufgefordert: „... in dem zu erarbeitenden und im Jahr 2014 zu veröffentlichenden Sportbericht insbesondere folgende Aspekte aufzunehmen“. Dann werden sie alle im Antrag aufgelistet. Ich könnte sie vorlesen, erspare uns das aber. Unter IV steht geschrieben: „Die Landesregierung wird gebeten, den Sportbericht und dessen Ergebnisse unmittelbar nach Fertigstellung im Parlament vorzustellen.“ Okay. Jetzt ist es für mich schon eine recht komische Situation, wenn zwei Tage vor der abschließenden Beratung im zuständigen Ausschuss der fertig gedruckte Sportbericht auf einer Pressekonferenz vorgestellt wird.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Über was, meine sehr geehrten Damen und Herren, reden wir hier heute eigentlich? Was würde denn passieren, wenn das Parlament aus unterschiedlichen Gründen nicht zustimmt oder vielleicht sogar noch weitere Punkte aufgreifen möchte? Würde dann der Sportbericht ein Einlegeblatt bekommen? Ich frage mich da schon, wie die Vorgehensweise zu diesem Thema ist.

(Beifall FDP)

Aber nichtsdestotrotz - aber vielleicht hört man dann vom Kollegen Grob, da er im Ausschuss auch ein bisschen überrascht geschaut hat, als wir dann den Sportbericht schon vorliegen hatten, ich kann mich an den Gesichtsausdruck gut erinnern, ich hoffe, das war auch deswegen - gibt es ja durch eine solche zeitliche Verschiebung auch Dinge, die sich positiv auswirken; ab und zu auch mal für eine Oppositionsfraktion. So wurde unser Änderungsantrag, der hier in der ersten Beratung im Plenum heiß diskutiert und im Ausschuss dann abgelehnt wurde, dennoch aber im Sportbericht der Landesregierung eingearbeitet. Herzlichen Dank dafür, Frau Taubert.

(Beifall FDP)

(Zwischenruf Taubert, Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit: Sportlich eben.)

Ehre, wem Ehre gebührt.

(Zwischenruf Abg. Bergner, FDP: Das ist sportlich, ja.)

(Abg. Koppe)

Genau. Halten wir fest, es hat schon mal ein Sportbericht das Licht der Welt erblickt, ohne - und ich wiederhole es noch einmal - dass die Aspekte über diesen Inhalt abschließend im Ausschuss und im Plenum beraten wurden. Dann frage ich mich natürlich: Welche Information hatte denn das Ministerium? Hat man gedacht, wir machen jetzt erst mal einen und der Antrag erübrigt sich? Meines Wissens nicht. Jetzt kann man auch noch auf die Idee kommen, weil im Antrag, der heute beraten wird, der im Ausschuss einstimmig und einvernehmlich beschlossen wurde, fordern wir einen modernen Sportbericht von der Landesregierung. Jetzt könnte man ganz böse denken, der, der uns vorher vorgelegt wird, ist noch nicht modern. Aber schauen wir mal, was bei dem zweiten Bericht rauskommt, ob es da auch wirklich eine qualitative Erhöhung dessen geben wird, was wir uns hier alle wünschen.

Die Idee des Sportberichts, der aus dem Zusammenwirken vieler Menschen aus Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, aus vielen unterschiedlichen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens Anregungen geben soll, ist aus unserer Sicht ehrenwert und auch wichtig für den Freistaat. Ja - und das sage ich ganz deutlich -, wir haben in Thüringen immer noch Probleme auf diesem Gebiet. Es gibt - auch wenn vorige Woche eine Studie vorgestellt worden ist, dass bei Kindern und Jugendlichen die sportliche Betätigung zugenommen hat, und wenn man im Land unterwegs ist, sieht man das auch - alarmierende Anzeichen, dass in puncto Sport in Thüringen doch noch nicht alles optimal läuft. So stehen zum Beispiel bei manchen Kindern und Jugendlichen erschreckende Leistungen bei Sportfesten zu Buche. Sicherlich ist grundsätzlich - das muss man auch sagen - außer bei der Schulpflicht jedem freigestellt, sich sportlich zu betätigen oder auch nicht. Aber ganz so einfach stellt sich aus unserer Sicht die Sachlage dann doch nicht dar. Ich sage es hier ganz deutlich: Bekommen wir diese Problematik nicht in den Griff, werden Probleme in Größenordnungen auf unser Gesundheitssystem und damit auf uns alle zukommen. Ganz ausdrücklich, aus unserer Sicht muss ein Umdenken und - aus unserer Sicht ganz wichtig - eine Neubewertung der Situation erfolgen, denn Sport ist eine gesellschaftliche Querschnittsaufgabe, die nicht nur den Einzelbereich, sondern viele Bereiche umfasst.

(Beifall FDP)

Das geht über Medizin, über Bildung und Förderungen bis zur Entwicklung im Leistungs- und Breitensport, dies alles auch, das dürfen wir nicht vergessen, im Zeichen des demografischen Wandels. Diese Vielfalt, die ich gerade genannt habe, zeigt aus unserer Sicht die enorme Bedeutung des Sports für unsere Gesellschaft und somit auch für die Menschen im Freistaat. Auch das gehört heute hierher: Thüringen ist ein Sportland, meine sehr verehrten Damen und Herren, bekannt für viele sportliche

Highlights: Biathlon in Oberhof, internationaler Radsport in Thüringen, der Rennsteiglauf, Rallyes, Rodeln, Volleyball, Erfolge im Handball. Sogar den Fußball will ich heute hier nennen, auch wenn ich weiß, dass der eine oder andere nicht so eine richtige Meinung dazu hat, wer da nun der beste Fußballverein in Thüringen ist, aber nichtsdestotrotz. Vielleicht kann man es einfach an der Klasse festmachen, wo die eine oder andere Mannschaft spielt. Aus unserer Sicht hat der Sportbericht viele wichtige Aspekte aufgegriffen, das ist richtig, zum Beispiel allgemeine Sportförderung, Schulsport, Sport in Kindertageseinrichtungen - das ist aus unserer Sicht ganz wichtig -, das Ehrenamt, ich nannte es schon, und viele, viele andere Dinge mehr. All dies sind Dinge, die in diesem Bericht untersucht werden müssen. Damit sind wir einer Meinung mit allen anderen Fraktionen im Thüringer Landtag.

Wir werden dem Antrag „Erarbeitung eines modernen Sportberichts mit Perspektiven für den Sport in Thüringen“ zustimmen. Bei einem Antrag, der trotzdem heute noch einmal beraten wird, obwohl es diesen Sportbericht schon gibt und der die eine oder andere Änderung, die wir bei der letzten abschließenden Beratung im Ausschuss getroffen haben, noch gar nicht berücksichtigen konnte, wird dieses Ziel von uns nicht infrage gestellt. Aber der Bericht dürfte trotz der verfrühten Fertigstellung durch das Ministerium eine gute Grundlage sein, um sich der Herausforderung stärker bewusst zu werden. Der Bericht kann aus unserer Sicht auch Anstöße geben, Fehlentwicklungen entgegenzusteuern.

Jetzt bin ich bei Kollegin Pelke: Lassen Sie uns fortsetzen, lassen Sie uns bei diesem Thema nach einer gemeinsamen Lösung suchen, denn - da bin ich ausdrücklich bei Ihnen, obwohl ich bei der einen oder anderen Aussage den leichten Verdacht habe, dass es vielleicht doch schon Wahlkampf ist oder es ist gerade losgegangen oder wir machen uns schon beide warm - ich glaube, das Thema ist nicht geeignet, damit Wahlkampf zu machen, weil es viel zu wichtig ist.

(Beifall SPD, FDP)

(Zwischenruf Abg. Pelke, SPD: Genau das habe ich gemeint.)

Ganz zum Schluss noch eine kleine Anmerkung in eigener Sache. Ich fand es wichtig, dass heute beantragt und dann auch einstimmig beschlossen wurde, diesen Tagesordnungspunkt heute vor dem parlamentarischen Abend des Landessportbundes zu beraten. Ich hätte mir diese Einmütigkeit und dieses Pflichtbewusstsein auch bei dem einen oder anderen Antrag aus den Oppositionsfraktionen gewünscht. Ich erinnere nur an den parlamentarischen Abend des Thüringer Handwerks, da ist es mit der Anmerkung, man könne doch keine Anträge vor der Gesetzesberatung behandeln, noch abge-

(Abg. Koppe)

lehnt worden. Also, Frau Pelke und liebe Kolleginnen und Kollegen, vielleicht bekommen wir das demnächst auch auf anderen Gebieten hin. Wir stehen dazu. Wir haben auch heute dafür gestimmt und würden uns wünschen, dass das keine Einbahnstraße bleibt. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen herzlichen Dank, Herr Koppe. Als Nächster hat jetzt der Abgeordnete Manfred Grob für die CDU-Fraktion das Wort.

Abgeordneter Grob, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Sportfreunde! Thüringen ist ein Sportland. Schon seit langer Zeit wird bei uns viel Sport getrieben, was sich auch in vielen sehr guten Ergebnissen bei Wettkämpfen und bei Meisterschaften niederschlägt. Um sich ein differenziertes Bild von der Situation des Sports im Freistaat verschaffen zu können und Perspektiven auszuloten, haben die Koalitionsfraktionen im vergangenen Jahr den Antrag gestellt, den wir heute hier im Plenum beraten. Der elementare Teil unseres Antrags war die Aufforderung an die Regierung, den Sportbericht zu erarbeiten, der uns heute hier vorliegt und den wir diskutieren. An dieser Stelle möchte ich die Gelegenheit nutzen, der Landesregierung für die Ausarbeitung des Berichts zu danken.

(Zwischenruf Abg. Koppe, FDP: Und die hellseherischen Fähigkeiten.)

Nach unserer ausgiebigen Debatte hier und im Sozialausschuss und vor allem der intensiven Anhörung im Mai freue ich mich, dass wir nun Ergebnisse und Zahlen vorliegen haben, die wir zur Grundlage des weiteren Nachdenkens über den Sport in Thüringen nehmen können. Und wenn ich sage, dass wir das im Ausschuss so behandelt haben, lieber Sportfreund Marian, da muss ich auch sagen, dass der Antrag der Opposition natürlich gern behandelt worden wäre, wenn die Opposition anwesend gewesen wäre, die den Antrag gestellt hat. Das war natürlich auch ein Fehler, den man dann wirklich hätte ausschließen können, indem man dort noch einmal eine Erklärung gegeben hätte, woran vielleicht nachvollziehbar war, dass das auch mit eingearbeitet werden müsste. Das nur einmal so am Rande der Diskussion.

Lassen Sie mich hier einige wesentliche Inhalte des Sportberichts kurz zusammenfassen. Quer durch die Themenfelder lässt sich konstatieren, dass der Sport als gesamtgesellschaftliche Aufgabe einer soliden und sachgerechten Förderung bedarf. Der Sportbericht erläutert die derzeitige Situation. Doch wir als sportpolitische Verantwortliche müssen uns nun fragen: Wie kann man die Finanzierung des

Sports auch in Zukunft sicherstellen? Das betrifft einerseits die Förderung des Landessportbundes, dessen Vertreter, die anwesend sind, mein herzlicher Dank gilt. Die andere Hälfte wird wahrscheinlich den Abend vorbereiten in einer gewohnt guten Form. Und vor allen Dingen, was heute auch genannt worden ist, die Tatsache, dass wir hier gerade in der Situation Sportstättenförderung die Möglichkeit geschaffen haben, dass der Landessportbund über 400.000 € die Sportstättenförderung selbst entscheiden kann, ist ein hervorragender erster Schritt. Bei der näheren Betrachtungsweise dieser Sache und der Auswirkungen, denke ich mir schon, dass da vielleicht ein Grundsatz entsteht, den wir vielleicht noch verbessern können.

Die Arbeit des Landessportbunds ist unschätzbar wichtig, sowohl für die Gesundheitsvorsorge in unserem Land als auch für die Persönlichkeitsentwicklung der jungen Menschen. Daher wird es uns auch in der nächsten Legislaturperiode ein wichtiges Anliegen sein, durch eine sachgerechte Unterstützung diese Arbeit zu fördern. Hier ist auch von Frau Pelke noch einmal der Freundeskreis Sport genannt worden. Vielleicht sollte man - wir haben gemerkt, dass wir gerade beim Sportbericht wieder ein bisschen intensiver miteinander gearbeitet haben, aber man sollte es vielleicht auch nicht abreißen lassen nur beim Sportbericht, sondern dass man sich ständig feste Pläne vornimmt und dort eventuell zusammenkommt mit Vertretern des Sports, um dann dementsprechend auch das eine oder andere abzusprechen. Das wäre eine gute Sache, das müssen wir uns einfach so einmal auf die Fahnen schreiben, dass wir das wieder in den Griff bekommen. Das wäre eine gute Arbeit für die nächste Legislatur. Im Grunde genommen kann man keinen Wahlkampf damit machen, weil die Sache zu wichtig ist. Ich meine, Wahlkampf macht man mit allen wichtigen Sachen, aber Sport versteht nicht, wenn man Wahlkampf mit ihm macht. Deswegen denke ich, ist es schon richtig, dass hierbei, sage ich einmal, diese sportliche Familie der Politiker auch auf einer Seite steht. Wenn es in einzelnen Sachen auch unterschiedliche Meinungen gibt, deswegen kommen wir trotzdem immer zum Ende, dass wir hier etwas für den Sport tun sollten. Das ist auch richtig so bei allen Diskussionen.

Der Landessportbund ist der mitgliederstärkste Verein in Thüringen. Nirgendwo sonst engagieren sich so viele Menschen ehrenamtlich wie im Sport. Das sollte Grund genug sein, Ansporn sein, auch vonseiten des Staates dafür zu sorgen, die Voraussetzungen für die fruchtbringende Arbeit des Landessportbunds zu erhalten und weiter auszubauen. Diese Gelegenheit zur zweiten Anhörung haben wir ja heute Abend. Ich denke, da gibt es bestimmt viele Gespräche, die auch uns wieder ein Stück weiterbringen können und vor allen Dingen den Sport vor. Zu den Grundlagen des Sporttreibens in Thü-

(Abg. Grob)

ringen zählen daneben insbesondere die Sport- und Spielanlagen; deren Sicherung und Weiterentwicklung dient dem Breiten- sowie dem Spitzensport und ist deshalb Aufgabe des Bundes, der Länder und der Kommunen. Auch das stellt der Sportbericht fest und auch hier sehe ich eine wichtige Herausforderung für die Zukunft, gemeinsam mit den Kommunen tragen wir die Voraussetzungen für die funktionierende Sportinfrastruktur.

Hier gilt es, ausreichend Mittel für die Sportstättenanierung zur Verfügung zu stellen. Dem Investitionsstau bei den kommunalen Sportstätten, den wir in diesem Jahr hier bereits intensiv thematisiert haben, müssen wir dringend entgegenwirken. Die Förderung muss in die Breite wirken, ohne die Spitze - ich brauche hier nur Oberhof zu nennen - zu vernachlässigen. Der Sportbericht spricht zwar von einer deutlichen Verbesserung der Bedingungen für den Sport in den vergangenen Jahren, doch gerade die Situation der Sportstätten lässt hier leise Zweifel aufkommen. Aus der Praxis hören wir gelegentlich, das Gegenteil sei der Fall. In diesem Zusammenhang sei auch daran erinnert, dass immer mehr Sportstätten nicht mehr unentgeltlich genutzt werden dürfen. In diesem Bereich liegen die Herausforderungen der nächsten Jahre, das macht der Sportbericht deutlich.

Einen weiteren entscheidenden Aspekt des Sports möchte ich hier aufgreifen: die gesellschaftspolitische Bedeutung des gemeinnützigen Sports. Die Zahlen lesen sich eindrucksvoll, der Vereins- und Verbandssport ist quantitativ der mit Abstand größte Bereich der Freiwilligenarbeit in Deutschland und bei uns in Thüringen. Fast 17 Prozent der Bevölkerung sind im Sport organisiert. Sport ist in besonderer Weise geeignet, Bürger zu motivieren und zu integrieren. Die Sportförderung ist daher auch ein Beitrag, das ehrenamtliche Engagement zu fördern und zu sichern. Ich möchte das Fazit des Sportberichts an dieser Stelle ausdrücklich aufgreifen und Sportvereine und -verbände ermuntern und ermutigen, neue Wege in der Engagementförderung zu gehen und durch neue Ideen die Sportvereinslandschaft in Thüringen weiterhin lebendig zu erhalten und zukunftsfähig zu machen.

Ein weiteres wichtiges Bindeglied zwischen Schule und Vereinssport sind die Sportkoordinatoren an den staatlichen Schulämtern, die dafür sorgen, dass Sportangebote und heranwachsende Generationen auch zukünftig zueinander finden, dass Talente entdeckt und gefördert werden. Die CDU wird sich dafür einsetzen, dass die Arbeit auch in der nächsten Legislaturperiode gesichert ist. Ich als Präsident des Thüringer Ringerverbandes kann das nur bestätigen, weil ich weiß, wie wichtig es ist, diese Talente zu finden, zu fördern und es ist ganz wichtig, dass wir auch von den Schulen Unterstützung bekommen. Wir versuchen das jedes Jahr, indem wir in den Grundschulen Ringeturniere ma-

chen, um dort einmal zu veranschaulichen, wie das alles funktioniert, wie diszipliniert diese Schüler an diese Sache herangehen. Wir hoffen dabei immer, auch mithilfe dieser Sportkoordinatoren, eventuell den einen oder anderen zu finden, um bei uns im Ringen einzusteigen, genauso wie Sie das in Ihrer Sportart auch machen.

Ganz wichtig ist dabei, dass man dementsprechend auch die Motivation so anbringt, dass die Eltern mitgehen, dass die Familie mitgeht - und den Fall haben wir oft -, aber, wie gesagt, wichtig dabei ist, dass wir auch Ansprechpartner in den Schulen haben.

Dass der Sport auf nahezu allen gesellschaftlichen Feldern Wichtiges leistet, dokumentiert der Sportbericht, wenn es um Sport und Bildung, Sport und Gesundheit, Sport und Wirtschaft und Sport und Inklusion geht. Sport weist zahlreiche Berührungspunkte mit anderen sozialen Themenfeldern auf, so dass wir alle uns als Aufgabe für die nächste Legislaturperiode stellen sollten, die Ergebnisse des Sportberichts gewissenhaft zu analysieren und notwendige Schlussfolgerungen daraus zu ziehen.

Im Sport - das ist meine Überzeugung - steckt noch wesentlich mehr gesellschaftliches Potenzial, als wir vermuten. Wenn ich noch einmal auf den Schulsport zurückschaue, ich habe immer noch die Aussage von unserem Altlandrat Kaspari im Kopf, der immer gesagt hat: Wenn die Kinder in der Sporthalle sind und wenn sie Sport treiben, schmeißen sie keine Fensterscheiben ein. Er hat das ein bisschen runtergebrochen, aber im Grunde genommen hatte er recht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es würde jetzt zu weit führen, hier zu jedem einzelnen Punkt des Sportberichts Stellung zu nehmen. Bei einzelnen Punkten - das gebe ich gern zu - hätte ich mir auch etwas mehr Prägnanz gewünscht. Das galt auch für die Anhörung mit Ihrem ausufernden Fragenkatalog. Eine Frage und ein Hinweis dabei war natürlich auch, was sich vielleicht am leichtesten machen lässt - ich glaube, es kam vom Landessportbund, dass das Wort „Sport“ in dem Ausschuss nicht vorkommt. Deswegen ist es bestimmt das Einfachste, das Wort mit einzubauen und damit gleich zu zeigen, dass es in dem Ausschuss auch um Sport geht. Das wäre nachdenkenswert, in welcher Art und Weise wir den ersten Schritt machen und dem Landessportbund und den Sportlern entgegenkommen können.

(Zwischenruf Abg. Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und das sagen Sie zwei Monate vor der neuen Legislatur!)

Ja, genau. Ich meine, das kann auch mit übertragen werden für die nächste Legislatur. Wir wissen noch nicht die Zuordnung der einzelnen Ministerien,

(Abg. Grob)

wo der Sport dann hingehört, aber man sollte ihn in der Namensfindung nicht vergessen, denke ich.

Lassen Sie mich abschließend noch betonen, dass der Auftrag an die Regierung, den Sportbericht zu verfassen, gut und richtig war. Er bildet einen Querschnitt über die Situation des Thüringer Sports im Jahr 2014 ab und kann uns wichtige Anregungen für die Sportpolitik in den nächsten Jahren liefern. Auf dass Thüringen noch lange ein attraktives Sportland bleibt! In diesem Sinne danke ich Ihnen.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen Dank, Herr Grob. Als Nächste hat jetzt die Abgeordnete Anja Siegesmund für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

(Zwischenruf Abg. Koppe, FDP: Ich dachte, Herr Meyer kommt.)

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für Sport bin ich zuständig, sehr geehrte Herren. Deswegen haben wir uns auch im Freundeskreis Sport und darüber hinaus immer gut austauschen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir freuen uns natürlich als Grüne auf den parlamentarischen Abend mit dem Landessportbund heute Abend

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und finden es richtig und gut, heute hier über den 4. Thüringer Sportbericht - wer ihn nicht kennt, so sieht er aus - zu sprechen. Der Antrag der CDU und der SPD sprach davon, dass es darum geht, einen modernen Sportbericht zu entwickeln. Also haben wir uns natürlich in der Auseinandersetzung mit dem Sportbericht immer die Frage gestellt: Weist er auch in die Richtung eines modernen Sportlandes Thüringen? Unter dieser Überschrift will ich gern unsere Bewertung des Sportberichtes vornehmen.

Ich will aber als allererstes sehr herzlich den vielen, vielen Menschen in Thüringen, es sind über 60.000, danken, die sich insbesondere ehrenamtlich jedes Jahr um das Sportland Thüringen kümmern. Das sind 13 Millionen ehrenamtlich geleistete Arbeitsstunden pro Jahr und das ist eine Menge, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist eine Menge Freizeit, die da viele begeben, persönlich begeben, investieren. Dafür einen herzlichen Dank. Als Zweites natürlich der große Dank an die hauptamtlich Tätigen, allen voran der Landessportbund, das gehört dazu, vor allen Dingen auch an jene, die mit ihrem breiten und ganzen Wissen, ihren großen Erfahrungen seit vielen Jah-

ren den Thüringer Leistungs- und Breitenport voranbringen. Natürlich gilt das auch dem Schulsport und allem, was im weitesten Sinne dazugehört.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, fast vor einem Jahr wurde der Antrag von CDU und SPD zur „Erarbeitung eines modernen Sportberichts mit Perspektiven für den Thüringer Sport“ hier im Plenum eingebracht. Seitdem hat nicht nur der Ausschuss diskutiert, sondern hat sich auch der Freundeskreis Sport getroffen. Ich will einmal was zum Verfahren sagen. Ich fand es gut, dass es die Möglichkeit für alle Fraktionen gleichermaßen gab, Schwerpunkte, die im Sportbericht beleuchtet werden, einzubringen. Das ist eine gute, eine kooperative Art und Weise. Ich würde sogar sagen, da haben alle Fraktionen miteinander Sportsgeist bewiesen. Richtig so! Gut auch das weitere Verfahren, nämlich die Möglichkeit der Anhörung mit dem Olympischen Sportbund, den 16 Landessportbünden und vielen anderen, die sich engagiert haben, bis hin zu den Sportgymnasien Jena, Erfurt, natürlich auch beteiligt der Breitensport, auch vertreten durch die Thüringer Sportjugend, das sportwissenschaftliche Institut und viele andere, die dabei waren, bis hin zu Vertreterinnen und Vertretern aus den Schulen oder auch der Fanprojekte und - nicht zu vergessen - der Mobilen Beratung in Thüringen Für Demokratie - Gegen Rechtsextremismus. Das heißt, das ganze Spektrum war einmal abgedeckt. Das war gut, das war wertvoll, das war umfassend. Ich will aber an dieser Stelle auch einen großen Dank an den Thüringer Behinderten- und Rehabilitationssportverband und die Landesseniorenvertretung richten, die sich auch mit viel Expertise, Akribie und Details eingebracht und auf verschiedene Aspekte hingewiesen haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der moderne Sportbericht - und nun kommt das Aber, was auch sein muss an dieser Stelle - ist in erster Linie aber eine Rückschau, wenn Sie so wollen, eine Bestandsaufnahme und bietet wirklich wenig Ausblick auf das, was kommen kann. Vielleicht ist das auch der Tatsache geschuldet, ich stelle jetzt einfach mal die Vermutung an, dass wir eben auch am Ende dieser Legislatur sind, dass die Zukunft des Leistungs- und Breitensportes eben nicht vollumfänglich beleuchtet werden kann. Das ist vielleicht auch das, was Herr Grob vorhin meinte, mit: ihm fehle an der einen oder anderen Stelle die nötige Präzision. Mir fehlt auch komplett, das sage ich so klar, ein dezidiertes Konzept, dezidierte Gedanken zur Frage der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Sport. Auch da bleibt das Ganze vage, zu vage im Bereich Inklusion. Eine der größten Aufgaben, die Thüringen in den nächsten Jahren hat, wie können Menschen zusammen gemeinsam Sport erleben? Wie kann man gerade jene im Spitzen-, Breiten- und Schulsport fördern? Da hätte ich mir, wenn es wirklich ein moderner Sport-

(Abg. Siegesmund)

bericht sein soll, nicht nur den Ist-Bestand gewünscht, sondern auch Ideen dafür, wie es weitergehen kann. Dazu kein Konzept.

Punkt zwei, wo wir sagen, auch hier hätten wir uns, ich bleibe mal bei dem Bild von Herrn Grob, mehr Präzision gewünscht: Im Sportbericht steht, eine der Hauptaufgaben des Landes ist, den Sportstättenbau voranzutreiben, zu unterstützen. Es weiß jeder, dass Bund, Land und Kommunen an dieser Stelle gemeinsam agieren müssen. Aber wir haben auch, wer ein bisschen aufmerksam Zeitung liest, gesehen, dass in den vergangenen Monaten gerade der Sanierungsstand von bestimmten Sporteinrichtungen, insbesondere Sporthallen, ein großes Problem ist. Es gibt zwei aktuelle Beispiele, die ich benennen will. Das eine ist im Landkreis Greiz - kommunale Aufgabe, nichtsdestotrotz muss es benannt werden - die Frage, dass in den Turnhallen nach dem Sport wegen Legionellenbefalls nicht mehr geduscht werden kann. Wenn man sich darüber auseinandersetzen muss, wo das Geld herkommt, um das entsprechend sicherzustellen. Scheint eine kleine Sache zu sein, aber es ist eine präzise Sache. Das zweite ist ein Beispiel in der Montessori-Schule in Jena, wo die Turnhalle so verschimmelt ist, dass die Eltern sich inzwischen fragen, können wir unsere Kinder dort tatsächlich turnen lassen?

Also das eine ist natürlich die Landesaufgabe des Sportstättenbaus, aber ein gutes rundes Bild zum Thüringer Sport heißt auch, dass man sich anschaut, wie agieren Bund, Land und Kommune gemeinsam, um Sportstätten so gut wie möglich nicht

(Zwischenruf Abg. Grob, CDU: Und die Träger.)

nur zu bauen, sondern auch auf einem guten Stand zu halten? Deswegen geht es darum, den Sanierungsstau zum einen zu benennen, aber zum anderen genau konzeptionell da heranzugehen und Wege aufzuzeigen, wie solche Mängel zügig abgestellt werden können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, uns geht es darum, ich will fünf Schwerpunkte benennen, einfach auch noch einmal vertiefend zu sagen, was wir uns wirklich für einen modernen Sportbericht wünschen. Wir haben als Fraktion ein sportpolitisches Positionspapier verabschiedet, einige Punkte benannt und die seien hier auch erwähnt:

Erster Punkt, ganz klar: Sanierungsstau beenden. Die Ministerin hat gesagt, sie möchte die Investitionen verdoppeln. Man wird sehen, was die Haushaltsberatungen für die nächste Legislatur und das Jahr 2015 oder gegebenenfalls auch 2016 bedeuten. Ja, es geht darum, ganz klares Bekenntnis von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Fördermittel für die Sanierung und Modernisierung von Sportstätten bereitzustellen und die Schulsportstättenförderung

zu verbessern, um ganz früh an den Schulen da anzusetzen. Dazu gehört, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch, dass man auf Barrierefreiheit achtet, sehr bewusst achtet und so saniert, dass man auch unter modernen, gesellschaftlich angemessenen Bedingungen saniert und einen guten Sanierungsstand erreicht.

Punkt 2, Gesundheits- und Bewegungskonzepte: Zugang für alle. Wir wollen Gesundheits- und Bewegungskonzepte fördern und setzen uns natürlich auch für den Ausbau altersgerechter und gesundheitsorientierter Sportangebote ein. Das gilt im Übrigen auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn es um Frauen- und insbesondere um Mädchenförderung im Sport geht. Herr Grob, ich erinnere mich gern an unsere illustre Debatte vor drei Jahren zu unserem bündnisgrünen Antrag zur Stärkung des Frauen- und Mädchenfußballs und bekomme noch heute Briefe deswegen, die uns dafür danken, dass wir uns da engagiert haben. Das Gleiche gilt auch, wenn es darum geht, natürlich Sportangebote für Menschen mit Migrationshintergrund bereitzustellen.

Punkt 3, grünes Herzensanliegen: Uns ist wichtig, Bewegungsräume zu schaffen und die Umwelt zu schützen. Jetzt geht natürlich die Grüne her und schaut als Erstes - das stimmt nicht, als Erstes, wir haben es gemacht -, wie viel räumt denn dieser Sportbericht dem Thema Sport und Umwelt ein? Es war einer der Punkte, die wir Grüne auch in die Debatte hineingetragen haben. Laut Inhaltsverzeichnis sind das drei Seiten - Seite 110 bis Seite 112 -; faktisch, wenn Sie sich den Text ansehen, kommen Sie auf eine dreiviertel A-4-Seite, weil noch dieses hübsche Foto dabei ist, es zeigt ausgerechnet, wie ein Biker durch den Wald tourt und sich austobt. Was ich sagen will, ist, wir haben vorhin in der Aktuellen Stunde über die Hohe Schrecke geredet. Das ist immer so die eine Baustelle. Wenn man mal über Umwelt- und Naturschutz redet, das ist immer so in der Blase und wenn es dann um das richtige Leben geht, ist Umwelt- und Naturschutz schnell wieder vergessen. Ich wünschte mir, wenn wir über Oberhof, wenn wir über Skitunnel, wenn wir über viele andere Dinge sprechen, dass Sport und Umwelt nicht nur irgendwie ein Muss unter ferner liefen auf einer Seite in einem modernen Sportbericht ist, sondern klar ist, Umweltschutz ist etwas, was Sport gut tut. Es gibt gute Ansätze von der Naturstiftung David angefangen über das Wildkatzenprojekt des BUND und viele andere Dinge. Verstecken Sie doch solche Dinge nicht in einem Bericht, sondern heben Sie sie wenigstens hervor und zeigen Sie doch Perspektiven auf, das kann doch nicht so schwer sein! Das Gleiche gilt übrigens, wenn es darum geht, eine integrierte und nachhaltige Verkehrs- und Stadtplanung zu machen, die Spiel-, Sport- und Bewegungsräume eröffnet.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Abg. Siegesmund)

Das sind, meine sehr geehrten Damen und Herren, Dinge des Alltags. Da muss man nicht so tun, als sei das nur eine Sache, die zwischen zwei Buchdeckel gehört, um alle zwei Jahre einmal darüber geredet zu haben.

Punkt 4 - Ehrenamtsförderung durch ein Bildungsfreistellungsgesetz: Da kennen Sie unsere Position. Wir als Grüne haben ein Bildungsfreistellungsgesetz eingebracht. Das kommt auch dem Ehrenamt und damit auch dem Sport zugute. Auf das der Landesregierung warten wir immer noch.

Punkt 5 und letzter Punkt zu unserem Positionspapier Sport und damit auch unseren Anmerkungen zum Sportbericht, Demokratieförderung im Sport voranbringen: Frau Pelke und andere Vorredner auch haben es erwähnt, natürlich geht es um die Förderung von Informations- und Aufklärungs- und Präventionsprojekten zum einen, es geht aber auch darum, Sport als das zu sehen, was die Gesellschaft zusammenhält, wo es darum geht, der Gefahr von rechts außen klar und früh zu begegnen und konsequent zu sein. Dazu ist Sport genau das richtige Feld, um sich miteinander auszutauschen und auch gute Projekte zu unterstützen.

Ich denke, dass wir zurückbetrachtend, zurückliegend eine gute Debatte im Vorlauf zu diesem Sportbericht hatten. Über die eine Woche, als es erst die Pressemitteilung gab und dann den Beschluss im Ausschuss, werde ich mich jetzt gar nicht auslassen, das ist an der Stelle nicht das Entscheidende. Ich fand den Prozess gut, den Weg gut, der gemeinsam gegangen wurde. Unsere Fraktion wird dem Antrag von CDU und SPD an dieser Stelle zustimmen. Ich wünsche mir, dass der 5. Thüringer Sportbericht den Titel „modern“ tragen wird, weil mehr Zukunftsideen drin sind und man bewusst auf Nachhaltigkeit setzt und nicht nur auf anderthalb Seiten, sondern dies insgesamt eine deutlich stärkere Rolle spielt.

In diesem Sinne wünsche ich uns heute einen guten parlamentarischen Abend gemeinsam mit dem Landessportbund.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen herzlichen Dank, Frau Siegesmund. Als Nächster hat jetzt das Wort der Abgeordnete Knut Korschewsky für die Fraktion DIE LINKE.

Abgeordneter Korschewsky, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte damit beginnen, dass der Sport hier in diesem Thüringer Landtag in den letzten fünf Jahren leider viel zu kurz gekommen ist, vor allen Dingen in diesen Räumlichkeiten. Wenn ich mich recht erinnere, ha-

ben wir außer über den Antrag damals von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Fragen des Mädchen- und Frauenfußballs ausschließlich über Dinge, die über Sportfinanzierungen etc. gingen, hier in diesem Haus diskutiert. Ich glaube, bei der Bedeutung des Sports, die von all meinen Vorrednerinnen und Vorrednern betont wurde, wäre es durchaus auch richtig und gut gewesen, wenn wir uns hier in diesem Haus auch zu anderen unterschiedlichen Dingen des Thüringer Sports hätten austauschen können.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch mein Dank gilt der Landesregierung für die Erstellung dieses Sportberichts, weil wir damit auch gezwungen waren, uns im letzten Jahr intensiv mit diesen Fragen zu beschäftigen. Auch das wurde von den Kolleginnen und Kollegen schon gesagt. Dazu hat der Freundeskreis Sport sicherlich ein kleines Teilstückchen mit geleistet. Ich möchte mich auch bedanken bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der mündlichen Anhörung, weil sie tatsächlich noch einmal sehr deutlich gemacht haben, wo die Probleme liegen. Hier will ich doch ein bisschen Sand in das Getriebe hineinstreuen, weil ich glaube, dass die Bedingungen für einen erfolgreichen Thüringer Sport, wie es im Sportbericht steht, sich in den letzten Jahren nicht verbessert haben. Sie haben sich aus meiner Sicht an den einen oder anderen Stellen sogar verschlechtert und ich werde da auch an einzelnen Stellen noch einmal darauf zurückkommen. Es wurde hier auch schon gesagt, aber ich will es noch einmal wiederholen und ich will das noch mit einer anderen Position verbinden, auch ich hätte mir gewünscht, dass die Ergebnisse der Anhörung in den Sportbericht mit eingeflossen wären.

(Beifall FDP)

Frau Siegesmund hat den gedruckten Sportbericht, den wir vor zwei Wochen im Ausschuss gesehen haben, schon vorliegen. Ich habe ihn leider noch nicht vorliegen. Ich hätte mir gewünscht, dass in den letzten 14 Tagen, wenn er denn schon einmal gedruckt ist, wir ihn auch noch hätten bekommen können.

(Zwischenruf Abg. Koppe, FDP: Ich kann dir einen geben.)

Ich will noch einmal deutlich sagen, auch was die Ausschusstätigkeit anbetrifft oder die Diskussion im Ausschuss, ich habe mich schon ein bisschen gewundert, dass in der letzten Ausschussberatung, als noch einmal Fragen aufgeworfen wurden, die im Protokoll der Anhörung vermerkt waren, aus meiner Sicht heraus das Kultusministerium in keinsten Weise darauf vorbereitet war, auf diese Fragen zu antworten. Ich finde schon, es gehört eine entsprechende Vorbereitung dazu, auch von einem Minis-

(Abg. Korschewsky)

terium, das jetzt nur indirekt mit dem eigentlichen Thema befasst ist.

(Beifall DIE LINKE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Finanzierung des Sports einige Bemerkungen. Ja, es gibt diese Befristung des Lotteriegesetzes bis 2016, die hier in diesem Haus schwer erkämpft wurde. Ich will aber deutlich sagen, dass, wenn es denn überhaupt nur eine Finanzierung des Sports über das Lotteriegesetz geben soll, dann diese Befristung grundsätzlich aufgehoben werden sollte, damit nicht immer wieder der Kampf besteht, ob überhaupt die finanziellen Mittel zur Verfügung stehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Fraktion steht für eine ganz kontinuierliche und langfristige Förderung, und zwar über einen festen Haushaltstitel und diesen festen Haushaltstitel in Abstimmung mit dem Landessportbund. Das betrifft im Übrigen ebenso die Frage, dass in diesem Jahr erstmalig eine Förderung für Investitionsvorhaben der Sportvereine durch den Landessportbund ausgegeben werden konnte von 400.000 €. Auch das, glauben wir, sollte in einem festen Haushaltstitel verankert werden, damit eine jährliche Förderung in dieser Frage an die Sportvereine möglich ist, dass wir nicht erst darüber diskutieren müssen, ob es möglich ist, und dass wir darüber nicht erst diskutieren müssen, ob es das gibt, sondern dass es eine feste Größe ist, auf die sich der Landessportbund und auf die sich auch die Vereine verlassen können.

(Beifall DIE LINKE)

Rahmenbedingungen für den Sportbericht - die Finanzen der Kommunen werden immer klammer. Wir merken, dass eine unentgeltliche Nutzung der Sportstätten, die nach § 14 des Sportfördergesetzes eine vorgegebene Sache ist, immer weiter aufgeweicht wird, dass damit für Vereine kontinuierliche sportliche Arbeit schwieriger wird und, ich glaube, hier müssen wir als die Fraktion DIE LINKE ganz deutlich sagen und eine Forderung aufmachen, Sport gehört als eine Pflichtaufgabe in die zukünftige Arbeit.

(Beifall DIE LINKE)

Der Sanierungsstau bei den Sportstätten bezieht sich auf ca. 200 Mio. €. Ich bin froh, dass die Ministerin vor 14 Tagen gesagt hat, sie wird sich dafür einsetzen, dass im nächsten Jahr 20 Mio. € für diese Sanierung von Sportstätten eingesetzt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist aber, glaube ich, nicht damit getan, dass wir jetzt in Jahresscheiben denken, sondern ich glaube, bei einem Investitionsstau von rund 200 Mio. € gehört ein Masterplan „Investitionen für Sportstätten“ aufgelegt, wo

deutlich wird, was in den nächsten Jahren passiert und wie die Sportstätten dort entsprechend saniert werden können. Ich möchte auch noch einmal sagen, dass meine Fraktion deutlich sagt, dass wir überlegen müssen, ob vor allen Dingen der hohe Sanierungsstau, der bei den Sporthallen aufgetreten ist, bei Schulsporthallen, nicht auch damit entkrampft werden kann, dass die Schulsporthallen wieder dahin gehen und von dem verwaltet werden und auch damit die Investitionen getätigt werden - das ist nicht neu, was ich hier sage -, wo es schon einmal war, nämlich im Kultusministerium. Ich denke, da wäre der richtige Platz, dass die Schulturnhallen im Kultusministerium angesiedelt werden, weil dort auch die Hauptaufgabe geleistet wird und hierüber auch mit einem eigenen Haushaltstitel dann die entsprechenden Turnhallen, Schulsporthallen besser saniert werden können. Im Übrigen ist von allen Fraktionen hier gesagt worden, dass mehr Mittel für die Sanierung von Schulsporthallen und auch von weiteren Sportstätten eingestellt werden sollen. Ich verweise nur auf den Punkt 8 unserer heutigen bzw. morgigen Tagesordnung, einen Gesetzentwurf meiner Fraktion zur Sicherung der kommunalen Haushalte, das Schulinvestitionsgesetz. Da geht es unter anderem auch um die Sanierung von Schulsporthallen. Sie hätten also hier die Möglichkeit, diesem Gesetz zuzustimmen. Wir würden damit noch in dieser Legislaturperiode einen Beitrag leisten, um die Schulsporthallen besser sanieren zu können und damit auch die Dinge, die von Frau Siegesmund angesprochen wurden, also die Bedingungen für Menschen mit Handicap etc., weiter verbessern zu können und damit solche Dinge, wie Sie sie angesprochen haben, die zwei Beispiele, der Vergangenheit angehören lassen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Thüringen als Sportland, wie wir es nennen, was gut ist, was richtig ist, was ein Aushängeschild für Thüringen ist. Ich stelle aber die Frage: Wie lange wird Thüringen tatsächlich noch als Sportland wahrgenommen werden können? Was ist in den letzten Jahren passiert? Hier komme ich zu den Punkten, warum die Bedingungen - glaube ich - nicht besser geworden sind. Wir haben in den letzten Jahren einige hochkarätige Sportveranstaltungen, die auch Bedingung für die Ausstrahlung des Sports aus Thüringen in andere Länder sind, verloren. Ich sage hier: Zuletzt die Tour de Ski, Weltcups im Skispringen, nordische Kombination, Radrundfahrt der Männer, Hochsprung mit Musik in Arnstadt, um nur einige zu nennen. Es ist leider so, dass solche Veranstaltungen, die auch mit internationaler Bedeutung Ausstrahlung haben, nur schwer wieder zurückzuerobert sind. Wir müssen stark aufpassen, dass wir nicht weitere internationale Veranstaltungen verlieren und ich kann da deutlich sagen, die Investitionen in Oberhof sind ein Beitrag, aber es gibt die Notwendigkeit, weitere Investitionen zu täti-

(Abg. Korschewsky)

gen, auch in andere Sportanlagen, damit der internationale Standard überhaupt gehalten werden kann. Sowohl andere Bundesländer als auch international die Länder, die sich um solche Veranstaltungen bemühen, schlafen nicht.

Ein zweiter Punkt, der notwendig ist, damit Thüringen weiter als Sportland auch international fähig ist zu konkurrieren, ist, wir brauchen gute Trainerinnen und Trainer. In den letzten Jahren sind leider viele gute Trainerinnen und Trainer aus Thüringen weggegangen, weil die entsprechenden Finanzierungen immer auf der Kippe gestanden haben und nie auf einer gesicherten Stufe waren, dass diese Finanzierung zumindest über einen Olympiazzyklus gesichert werden konnte. Wenn wir hier nicht ansetzen und hier für gute Arbeit auch guten Lohn zahlen, dann werden die guten Trainer, die derzeit noch in Thüringen sind, sich in den nächsten Jahren möglicherweise auch dahin bewegen, wo das entsprechende gute Geld bezahlt wird.

Einige Worte noch zur Rolle von Oberhof: Ich denke, Oberhof ist als Aushängeschild für den Thüringer Sport, für den Wintersport immer eine wichtige Station. Wir sollten aber in den nächsten Jahren auch dafür sorgen, dass die angefangenen Projekte sehr schnell zu Ende geführt werden. Leider sind wir bei einigen dieser Projekte schon wieder in Verzug geraten, so dass die Sorge besteht, dass diese Projekte zu den Fertigstellungsterminen auch tatsächlich fertiggestellt werden. Hier gibt es eine große - glaube ich - Unsicherheit auch bei den Sportlerinnen und Sportlern; auch bei den Sportlerinnen und Sportlern, die in Oberhof trainieren.

Sport und Gesundheit: Sport und Gesundheit ist eine sehr wichtige Frage, die zunehmend eine größere Rolle spielt. Hier kann ich auch als Präsident des Thüringer Gebirgs- und Wandervereins deutlich sagen, dass die Frage des Gesundheitswanderns eine immer größere Rolle spielt. Da spielt natürlich in diesem Zusammenhang auch die Frage des Naturschutzes eine Rolle. Hier sollten wir auch weiterhin deutlich die Anstrengung unternehmen, dass wir bezüglich der hier von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern genannten Dinge, wie Ausfallstunden in Schulstunden oder älter werdende Sportlehrer, Veränderungen herbeiführen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein ganz besonderes Dankeschön möchte ich an die Thüringer Sportjugend richten. Die Thüringer Sportjugend leistet, glaube ich, einen erheblichen Beitrag dafür, Kinder und Jugendliche tatsächlich auch in den Sport zu integrieren. Am vergangenen Freitag haben wir ja in Bad Blankenburg - die stellvertretende Vorsitzende der Sportjugend, Frau Meißner - eine Auszeichnungsveranstaltung als Thüringer Sportjugend gemacht. Ich finde es ganz wichtig, dass diese Arbeit auch weiter gefördert wird.

Von Kollegen Grob wurden die Zuständigkeiten für den organisierten Sport angesprochen. Ich weiß, dass immer wieder die Frage aufkommt: Warum haben wir denn in Thüringen keinen eigenen Sportausschuss? Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich mache da ein Fragezeichen dran, ob ein eigener Sportausschuss die Probleme des Sports hier tatsächlich allumfassend über die gesamten fünf Jahre einer Legislaturperiode klären könnte. Ich glaube, es wäre viel getan, und da bin ich beim Kollegen Grob, wenn sowohl im Ausschuss, egal welcher Ausschuss, als auch im zuständigen Ministerium das Wort „Sport“ eine entsprechende Rolle hätte und auch entsprechend dargestellt würde. Ich glaube, das würde die Bedeutung des Sports für Thüringen noch ein wenig erhöhen.

Lassen Sie mich jetzt zum Schluss sagen, ich finde es richtig, dass Aushängeschilder des Thüringer Sports - und Aushängeschilder des Thüringer Sports sind unter anderem der ThSV Eisenach, die VolleyStars Suhl, die Handballerinnen vom THC, aber auch die Fußballer von Erfurt und Jena - Unterstützung brauchen, um auch weiter als Aushängeschilder da zu sein. Das ist für mich unstrittig. Ich finde es aber unredlich, wenn, wie auch in letzter Zeit wieder vom Kollegen Mohring zu lesen war, mit einem Mal „Millionen-Beträge hervorgezaubert“ werden, um angeblich die Halle in Eisenach für 1,5 Mio. € zu rekonstruieren oder aber die Halle in Bad Langensalza oder auch die entsprechenden Stadien. Lassen Sie uns lieber auch für diese Aushängeschilder des Thüringer Sports eigene Wirtschaftstitel, eigene Haushaltstitel finden, um somit eine entsprechende Unterstützung auch für diese Vereine und für diese Sportstätten zu haben. Sie haben es verdient, aber sie können nicht zulasten des ehrenamtlichen Sports und der Vereine, die hauptsächlich auf ehrenamtliche Art und Weise arbeiten, belastet werden. Das geht nicht. Deshalb glaube ich, dass hier eine gesonderte Förderung dringend notwendig ist.

In diesem Sinne: Lassen Sie uns den organisierten Sport gemeinsam unterstützen. Der organisierte Sport hat es verdient. Ich glaube auch, es ist die Notwendigkeit da, dieses auch noch weiter auszuweiten. In diesem Sinne: Sport frei!

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen herzlichen Dank, Herr Korschewsky. Es gibt jetzt noch eine Wortmeldung aus den Reihen der Abgeordneten. Frau Meißner hat für die CDU-Fraktion um das Wort gebeten. Sie haben noch 8 Minuten Redezeit.

Abgeordnete Meißner, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnetenkollegen! Herr Korschewsky, in der Funktion, wie Sie mich gerade angesprochen haben, aber auch als Ausschussvorsitzende hat es mich jetzt doch noch einmal hier nach vorn getrieben, denn ich möchte schon ganz deutlich sagen, dass diese Anhörung auch zum Sportbericht in unserem Ausschuss wichtig und richtig war und auch etwas bewirkt hat. Es gab durchaus einen Punkt, der ganz deutlich macht, dass wir als Parlament hier an diesem Sportbericht tatsächlich mitgeschrieben haben, nämlich das Kapitel zur Thüringer Sportjugend. Aus welchen Gründen auch immer ist in der Erarbeitung des Sportberichts dieses Kapitel nicht mit eingearbeitet worden. Wie es dazu kam, wer was geschickt hat, wo es nicht ankam, will ich jetzt mal dahingestellt lassen. Aber im Rahmen der Anhörung war es der LSB, der eben dieses Kapitel erneut eingebracht hat, und ich freue mich, dass wir als Ausschuss, aber auch das Ministerium dankenswerterweise dieses mit aufgenommen hat und wir dieses Kapitel jetzt auch in dem gedruckten Sportbericht finden. In diesem Sinne, Herr Koppe, Herr Korschewsky, hat die Anhörung im wahrsten Sinne des Wortes etwas bewegt. Ich wünsche uns heute Abend beim LSB mit der Thüringer Sportjugend einen schönen parlamentarischen Abend.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen herzlichen Dank, Frau Meißner. Aus den Reihen der Abgeordneten liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Für die Landesregierung hat sich Frau Ministerin Taubert zu Wort gemeldet.

Taubert, Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Sportlerinnen und Sportler, will ich heute mal all die ansprechen, weil ich glaube, in irgendeiner Form ist jeder sportlich aktiv. Ich bedanke mich ganz herzlich für die rege Diskussion sowohl im Ausschuss als auch hier heute noch mal im Plenum zum Thüringer Sportbericht. Die Regelmäßigkeit ist uns ganz wichtig. Wir haben bei der Erarbeitung natürlich alle, die etwas mitzureden haben, die auch etwas zu sagen haben, mit einbezogen. Ich denke, der Sportbericht ist dem gerecht geworden, was wir von ihm erwarten, nämlich ein Bericht über die Situation des Sports. Ich will auch noch einmal betonen, wir haben natürlich mit einer schwierigen Haushaltslage angefangen, wenn Sie sich erinnern, weil, wenn die Lage nämlich besser ist, denkt keiner mehr daran, deswegen war uns Konstanthalten ganz wichtig bei der Investitionsförderung, bei der Förderung des Landessportbundes und auch bei der Trainerförderung. Ich will mich ausdrücklich noch einmal beim Präsi-

den, beim Geschäftsführer, bei den Kolleginnen und Kollegen des Präsidiums und auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landessportbundes bedanken, die heute stellvertretend hier anwesend sind, für diese gute Zusammenarbeit, auch für das Verständnis für die Situation des Freistaats Thüringen. Ich denke, das hat man nicht in allen Bereichen derer, die uns ansprechen, hier war eine gute kollegiale Zusammenarbeit gewesen.

Ich möchte jetzt nur noch darauf verweisen, dass wir durchaus Gutes auch im Bereich der investiven Sportförderung geschafft haben. Man kann sicher darüber reden, Herr Korschewsky, ob man die Schulturnhallen wieder in das TMBWK zurückführt oder ob man einfach mehr Geld in die Hand nimmt. Was nicht passieren darf, egal wo man es ansiedelt, das ist für uns nicht erste Priorität, wo, wichtig ist, dass wir dann nicht mit mehreren Ministerien zusammenarbeiten müssen, dass nicht dann der Vereinssport noch mal kommt, beim Sportministerium anfragen muss, und dass so eine koordinierte Finanzierung dann zusammenlaufen muss, das erschwert die Investition einfach nur. Aber ich denke, wir sind uns einig, es muss mehr investiert werden. Deswegen habe ich als zuständige Ministerin natürlich in der Haushaltsanmeldung 2015/16 die Verstärkung der Mittel im investiven Bereich angemeldet, nicht 9,5 Mio. €, sondern rund 20 Mio. € für die Sportförderung. Das hat auch harte Hintergründe. Wenn wir im Biathlon - Sie haben es angesprochen - weiterhin in der Liga mitspielen wollen, die wir selbst auch ein Stück weit qualitativ aufgewertet haben mit der letzten WM, dann müssen wir beim Biathlon investieren. Das wird nicht billig sein, muss jetzt gleich angeschoben werden, 2015/16, damit wir dort

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Geldverschwendung.)

- Herr Barth, wenn Sie das als Geldverschwendung bezeichnen, dann ist das Ihr Ding, ich sehe es jetzt so nicht. Ich glaube, die Südhüringer werden es jetzt auch nicht so sehen und die sportbegeisterten 40.000 Fans, die da jedes Jahr hochfahren, meines Wissens auch nicht.

Ich will auch etwas zu dem Skispringen sagen. Ganz deutlich habe ich mich am Anfang der Legislaturperiode dagegen ausgesprochen, dass wir eine große Schanze bauen. Das war natürlich eine Forderung, die halte ich nicht für gut, weil wir in Deutschland schon genügend Sportanlagen haben, die sehr teuer hergestellt worden sind. Für uns ist wichtig, dass wir unseren Sportlerinnen und Sportlern im Sportgymnasium, dem Nachwuchs und auch bestimmten Athleten eine neue Schanze zur Verfügung stellen, wo geübt werden kann, wo Frauen Ski springen - das freut mich besonders -, was bis Olympia Wintersport außer der Blickrichtung gewesen ist, jetzt doch ganz verstärkt hier reinge-

(Ministerin Taubert)

rutscht ist, wo wir auch solche Skispringen durchaus ausführen können und die sportbegeisterten Ehrenamtlichen, die im Südthüringer Raum am Rennsteig arbeiten, werden sich auch über solche Events freuen können. Insofern auch eine gewisse Stabilität bei den Großereignissen, aber auch den Blick, wir sind ein kleines Bundesland, wir sind ein Sportland. Das werden wir auch bleiben. Aber wir sollten uns an der Stelle nicht überheben.

Dass der Sport im Namen des nächsten Ausschusses und auch des nächsten Sportministers/-ministerin enthalten sein muss, da stehe ich im Wort beim Landessportbund. Ich werde natürlich alles dafür tun, dass das stattfindet. Ich glaube, die anderen sind auch nie dagegen gewesen. Es ist immer nur erst angemeldet worden, nachdem alles fertig war. Deswegen war es eben jetzt auch so, wie es ist.

Abschließend von mir ein Wort zu Bad Langensalza, Eisenach. Da bin ich auch ganz klar, wir können das nicht aus der Breitensportförderung nehmen. Das hat aber einen ganz anderen Grund als vielleicht jetzt nur des Geldes wegen, sondern wir haben als Sportministerium in der letzten Legislaturperiode auch vom Landesrechnungshof ein Achtungszeichen bekommen, dass wir das nicht einfach so finanzieren können, wenn der Leistungssport, Profisport betroffen ist. Deswegen denke ich, bedarf es da tatsächlich eines separaten Beschlusses hier aus dem Landtag und einer Ausweisung, damit wir ganz klar sagen, das ist außerhalb dieser Förderung etwas, was wir unbedingt wollen, weil es gute Vereine sind, und wo wir anpacken müssen. Ich denke, da sollten wir auch einfach korrekt sein und uns hinterher nicht rügen lassen. Ich will es auch nicht auf meinen Kollegen sitzen lassen, dass das Referat dann die Androhung bekommt, dass sie nicht korrekt gearbeitet hätten. Ich denke, davon sollte man sie befreien.

Abschließend, auch wenn Sie jetzt gleich zum Sport gehen, möchte ich mich natürlich als Sportministerin noch mal auch zu der - ja, darf ich das jetzt? - ich soll es nicht tun. Dann mache ich es nicht. Wenn mein Kollege mir das so rät, dann ver-

zichte ich darauf. Ich wünsche uns, dass wir auch in Zukunft gute Sportveranstaltungen haben werden, dass wir unseren Ehrenamtlichen zeigen, dass wir ein sportbegeistertes Plenum sind, sportbegeisterte Abgeordnete, denke ich, haben wir viele, und dass wir all das, was bisher an Kritik auch angemerkt ist, ernst nehmen und in den nächsten Landeshaushalten mit umsetzen. Ich denke, dann kann es uns auch gelingen, die Aktiven mit dabei zu behalten. Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Hitzing:

Vielen Dank, Frau Ministerin Taubert. Es liegen mir jetzt keine weiteren Redemeldungen vor, das heißt, ich schließe den Tagesordnungspunkt 9. Damit schließe ich auch die Plenarsitzung für heute und wünsche uns allen -

(Zwischenruf Abg. Koppe, FDP; Abg. Grob, CDU: Abstimmung.)

Entschuldigung, ich wollte gleich zum Landesportbund - wir kommen erst zur Abstimmung. Danke. Abgestimmt wird direkt über die Nummern I, III und IV des Antrags der Fraktionen der CDU und der SPD in der Drucksache 5/6126. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen aus allen Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? Die sehe ich nicht. Gibt es Stimmenthaltungen? Die sehe ich auch nicht. Damit ist der Antrag angenommen und ich schließe den Tagesordnungspunkt 9 und wünsche Ihnen allen einen schönen Abend beim parlamentarischen Abend des Landessportbundes. Bis morgen!

Ende: 18.09 Uhr